ETHIK UND MILITÄR

KONTROVERSEN
IN MILITÄRETHIK UND
SICHERHEITSPOLITIK

AUSGABE 02/2018

Ein Europa – eine Armee? Vom Wert militärischer Integration

SPECIAL

Ein Leitbild für gemeinsame Streitkräfte

zebis

EIN EUROPA – EINE ARMEE? VOM WERT MILITÄRISCHER INTEGRATION

Editorial
Veronika Bock Seite 3

Die Europäische Union und ihre Werte – normative Leitvorstellungen oder moralisches „Feigenblatt"?
Alexander Merkl Seite 4

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit der Europäischen Union: Meilenstein auf dem Weg zur Militärmacht oder Neustart der Friedensmacht EU?
Bernhard Rinke Seite 10

Die Europäische Union muss an der Friedensorientierung festhalten
Christof Mandry Seite 16

Europäische Armee: Von Realitäten und Chimären
Hans-Georg Ehrhart Seite 23

Auf der Suche nach strategischer Konvergenz in der europäischen Rüstungsindustrie
Sophie Lefeez Seite 30

Der Worte sind genug gewechselt …
Jörn Thießen Seite 37

Emanzipation mit Augenmaß
Interview mit Karl-Heinz Kamp Seite 41

Würde sich Estland durch PESCO und eine europäische Armee sicherer fühlen? Viljar Veebel Seite 44

Nur eine weitere nutzlose Sicherheitsinitiative? Russlands Blick auf PESCO Maxim Kuzmin Seite 51

SPECIAL: EIN LEITBILD FÜR GEMEINSAME STREITKRÄFTE

„Mein Bild für das sich einigende Europa sind mehr und mehr Inseln funktionierender Kooperation"
Interview mit Hans-Peter Bartels Seite 60

Überlegungen zu ethischen Standards für Soldatinnen und Soldaten europäischer Streitkräfte
Angelika Dörfler-Dierken Seite 62

Mindeststandards müssen gelten! Europäisierung der Armee nicht ohne Innere Führung
Klaus Beck Seite 67

Eurokorps: Für Europäische Union und NATO im Einsatz
Fünf Angehörige des Eurokorps im Interview Seite 70

Glossar Seite 77

Impressum/Alle Ausgaben Seite 79

EDITORIAL

Am 11. November 1918 ging der Erste Weltkrieg zu Ende. Wie der französische Präsident Emmanuel Macron in seiner Rede zum 100. Jahrestag des Kriegsendes verdeutlichte, bildet dieses historische Datum einen wesentlichen Bezugspunkt für das „Friedensprojekt Europa". Kurz vor den Gedenkfeiern in Paris hatte er sich zugleich erneut für den Aufbau einer europäischen Armee ausgesprochen.

Die Idee der europäischen Armee ist nicht neu. Wenn auch der neue Vorstoß Details ausklammert, bleibt die Gewissheit: Die Europäische Union sieht sich in schwierigen sicherheitspolitischen Fahrwassern. Über die bisherigen Formen und Institutionen der militärischen Zusammenarbeit hinaus unternimmt sie konkrete Schritte, um sich für eine als zunehmend unsicher empfundene Zukunft zu rüsten. Eine bedeutende Maßnahme ist die im November 2017 beschlossene Einrichtung einer Permanent Structured Cooperation (PESCO) im Verteidigungsbereich.

Bei diesem Instrument mit seinen nun 34 Projekten geht es offensichtlich nicht um Macrons „großen Wurf"; dennoch werten einige Politiker PESCO als Auftakt zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion, an deren Ende zumindest langfristig doch eine gemeinsame Armee stehen werde, ja müsse. Ein Szenario, das für Kritiker aus verschiedensten Gründen wenig realistisch und kaum wünschenswert ist.

Die vorliegende Ausgabe des E-Journals unternimmt den Versuch, die Situation kritisch zu reflektieren. Unsere Autoren und Interviewpartner nehmen zu den zentralen friedensethischen und sicherheitspolitischen Fragen Stellung: Was macht die Besonderheit der „Wertegemeinschaft" EU aus, und woran muss sich das Staatenbündnis messen lassen, wenn das Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte, zu Demokratie, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz nicht ad absurdum geführt werden soll? Impliziert der Aufbau gemeinsamer militärischer Strukturen eine Abkehr vom Leitbild der „Friedensmacht"? Muss die EU angesichts von Rechtspopulismus und existenzbedrohenden Fliehkräften auf die einigende Wirkung eines Sicherheitsversprechens setzen, anstatt dem europäischen Wertefundament eine neue Plausibilität zu verleihen?

Bereits in den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts waren die Bestrebungen, eine europäische Armee zu gründen, weit gediehen, scheiterten aber letztlich an der ablehnenden Haltung Frankreichs. Heute lässt sich erneut fragen, welche Hindernisse dem Vorhaben entgegenstehen. Schließen sich die NATO und eine europäische Armee nicht aus? Wird die bereits bestehende und nun in vielen Einzelprojekten intensivierte militärische Zusammenarbeit eine Dynamik entfalten, der sich niemand entziehen kann? Oder wird ein weiteres Mal der zweite Schritt vor dem ersten gemacht – schafft die Union also erneut ein gemeinsames Instrument, ohne sich zuerst auf eine gemeinsame strategische Ausrichtung zu verständigen? Und welches neue Konfliktpotenzial birgt dies, sowohl im Binnenverhältnis als auch nach außen, etwa gegenüber Russland als einem der Hauptadressaten?

Zu guter Letzt gilt es natürlich, einen Blick auf die Soldatinnen und Soldaten selbst zu werfen, die schon jetzt in vielfältige europäische Kooperationen eingebunden sind. Das Special dieser Ausgabe widmet sich unter anderem der Frage, inwiefern sich das deutsche Leitbild des Staatsbürgers in Uniform in die unterschiedlichen militärischen Kulturen und Traditionen „übersetzen" lässt.

Die Redaktion bedankt sich bei allen, die zum Gelingen dieser Ausgabe beigetragen haben. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine gewinnbringende Auseinandersetzung mit der Frage, wie und wofür sich Europa in Zukunft starkmachen sollte.

Dr. Veronika Bock
Direktorin des zebis

DIE EUROPÄISCHE UNION UND IHRE WERTE

NORMATIVE LEITVORSTELLUNGEN ODER MORALISCHES „FEIGENBLATT“?

Autor: ***Alexander Merkl***

Abstract

Alexander Merkl unterzieht die fast schon zum Allgemeinplatz gewordene Charakterisierung der Europäischen Union als „Wertegemeinschaft“ einer kritischen Prüfung. Er definiert Werte als übergeordnete Gestaltungsprinzipien bzw. als Kriterien für die konkrete Handlungswahl und Entscheidungsfindung. Die grundlegenden Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf die sich die Europäische Union im Vertrag von Lissabon beruft, bilden die normativen Leitvorstellungen, mithin die „Werte“ der EU. Deren Wahrung ist sie zuvorderst nach innen verpflichtet, denn sie gründet (aus guten historischen Gründen) ihre Existenz und ihre Identität darauf.

Im Anschluss greift Merkl die Hauptkritikpunkte an einer solchen expliziten Wertorientierung auf und leitet daraus zentrale Forderungen ab. Um den Vorwurf der Inhaltsleere sowie der moralischen Bemäntelung und Selbstüberhöhung zu entkräften, gelte es erstens, je nach Kontext zu differenzieren, zu konkretisieren und abstrakte Begriffe wie etwa „Gerechtigkeit“ mit Inhalt und Leben zu füllen. Die propagierten Werte müssten zweitens in der Verfasstheit und im Handeln der EU manifest werden, ohne über allzu hehre Ziele das bereits Erreichte und aktuell Mögliche aus dem Auge zu verlieren.

Die häufige Bestimmung der europäischen Werte als „christlich“ greift dem Autor zufolge zu kurz, wenn dies exklusiv gemeint ist – weder dürfe das römische und griechische Erbe vernachlässigt werden noch das Nicht-Christliche damit ex definitione zum Nicht-Europäischen deklariert werden.

Als einen, wenn nicht den wesentlichen europäischen Wert identifiziert Merkl den Frieden. Diesen klarer als in der Vergangenheit als stetigen Konfliktbewältigungsprozess zu begreifen sei eine der Aufgaben für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die erklärtermaßen auf dem allgemeinen europäischen Wertefundament basiert. Wenn die EU wie angestrebt die eigenen Werte fördern und verbreiten und diese bei der Beantwortung der konkreten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderung wahren will, muss sie sich – auch mit und in einer möglichen gemeinsamen Armee – im Wesen und im Handeln an ihren Leitvorstellungen orientieren.

Die Europäische Union sei eine „Wertegemeinschaft“. Diese Bestimmung ist nicht neu. Sie scheint mittlerweile gar zu einem Allgemeinplatz geworden zu sein, wenn über deren moralischen Anspruch gesprochen wird. Prominente Bestätigung erfuhr die EU hierin im Jahr 2012, als sie für ihren erfolgreichen Einsatz für Werte wie Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Jedoch ist diese Bestimmung nicht unumstritten, denn unterschiedliche landesspezifische Prägungen, divergierende nationale Identitäten und abweichende Gewichtungen sowie die Erosion eines einheitlichen und klar umgrenzten Wertekonsenses in Zeiten von Pluralisierung und Globalisierung erschweren zusehends eine wirklich überzeugende Rede von einem gemeinsamen europäischen Wertefundament, ungeachtet dessen schriftlicher Fixierung im Vertrag von Lissabon. Dies lässt sich durch aktuelle Zahlen veranschaulichen: So ist zwar eine knappe Mehrheit (53 Prozent) der befragten Europäerinnen und Europäer eines aktuellen Eurobarometers aus dem Frühjahr 2018 der Meinung, dass sich die Mitgliedstaaten der EU im Hinblick auf gemeinsame Werte „nah“ seien, jedoch vertreten ebenso 41 Prozent der Befragten die Ansicht, dass die EU-Länder in diesem Punkt „weit voneinander entfernt“ seien.[1]

Hinzu kommt, dass der Rekurs auf Werte zu oft bei wohlfeilen Absichtsbekundungen haltzumachen scheint. Wertekodizes werden im politischen Spannungsfeld wirtschaftlichen Interessenkalküls, strategischer Beziehungen und realpolitischer Möglichkeitsabwägungen nicht selten zum moralischen „Feigenblatt“ degradiert, an die Ränder entsprechender Entscheidungsprozesse gedrängt oder gänzlich außer Acht gelassen.

Sollen europäische Werte aber mehr sein als ein moralisches „Feigenblatt“ und wollen sie bei ihren Bürgerinnen und Bürgern als gemeinsame Werte (besser) ankommen, dann muss die EU ihr politisches Handeln an diesen, doch von ihr selbst gesetzten ethischen Vorgaben zu jeder Zeit sowie allerorts messen lassen und

noch entschiedener klären, was europäische Werte und was die europäischen Werte eigentlich sind.

Werte als normative Leitvorstellungen

Dies setzt mit der ganz grundlegenden Frage ein, was mit jenem ursprünglich der Ökonomie entlehnten Wertebegriff, vor jeder materialen Füllung, formal gemeint ist. Obgleich dies hier nicht abschließend im Sinne einer umfassenden Wertetheorie zu bestimmen ist, lässt sich doch auf allgemeiner Ebene sagen, dass Werte wie Frieden, Sicherheit, Glück und viele mehr normative Leitvorstellungen von Individuen oder Gruppen sind und diese bei deren Handlungswahl und Weltgestaltung orientieren sowie unterstützen. Sie fungieren als motivierender Bestimmungsgrund menschlichen Tuns und Leistens und sollen zumeist durch Normen, das heißt durch konkrete Richtschnüre für und Sollensforderungen an das menschliche Verhalten, geschützt werden. Ihre Festlegung ist dabei immer auch abhängig von sozialen, kulturellen, subjektiven und situativen Faktoren, was einen umfassenden, weithin geteilten Wertekonsens, wie eingangs angedeutet, oftmals erschwert.

Dabei können Werte durchaus auch als Gestaltungsprinzipien, d. h. als letzte und grundlegendste Orientierungsmaßstäbe politisch-ethischer Urteilsbildung, oder als Kriterien, das heißt als Unterscheidungsmerkmale für eine differenzierte und zugleich objektive Entscheidungsfindung, eingebracht werden, um Handlungen zu orientieren und die Praktikabilität von Normen zu überprüfen.[2]

Werte als normative Grundlage der EU

Als europäische Werte sind sodann jene normativen Leitvorstellungen zu verstehen, an denen sich die EU als globaler politischer Akteur in ihrem Handeln orientiert und auf die sie sich an zentralen Stellen ihrer Verfassungstexte wiederholt bezieht. Hierbei ist „auffällig, dass diese Werte eher den Charakter von politisch-rechtlichen Grundsätzen haben, die zudem als Kernprinzipien moderner Demokratien nicht spezifisch europäisch sind, sondern universale Bedeutung haben, weil sie eben für rechtsstaatliche Demokratien schlechthin grundlegend sind“[3]. Entsprechende Wertevorgaben setzt sich die EU selbst unter dem Titel „Gemeinsame Bestimmungen“ in Artikel 2 des Vertrages von Lissabon (EUV-L). Dort heißt es in recht rhapsodischer und wohl unabgeschlossener Aufzählung:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Werte wie Frieden, Sicherheit, Glück und viele mehr sind normative Leitvorstellungen von Individuen oder Gruppen und orientieren sowie unterstützen diese bei deren Handlungswahl und Weltgestaltung

Dieser expliziten Wertefundierung, die sich in ähnlicher Diktion auch in der Präambel der EU-Grundrechtecharta findet, ist die EU gleich einer normativen moralischen Grundlage verpflichtet: Das heißt, ihr kommt einerseits eine Bedeutung nach außen zu, da sie richtunggebend ist für das konkrete politische Handeln der Union auf allen Feldern internationaler Politik. Andererseits und vorrangig aber hat sie eine Bedeutung nach innen: Die europäischen Werte spiegeln als fundamentalpolitische Grundlage die (kollektive) Identität – besser: einen wichtigen politischen Identitätsbestandteil – und das vor allem historisch bedingte, gewaltgeprägten Teilen europäischer Geschichte gezielt entgegengesetzte Selbstverständnis der EU als politischer Gemeinschaft wider.

Die im Einzelnen aufgeführten Werte sind somit maßgeblich für die Entstehung, die Entwicklung, den Bestand und für die Erweiterung

der Union, wodurch ihnen eine konstitutive Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess zukommt. Sie werden als universelle, von allen Mitgliedstaaten geteilte und somit gemeinsame, einander verbindende Grundwerte begriffen. Sie sollen den innereuropäischen Zusammenhalt festigen, den europäischen Lebensstil auszeichnen und gefördert werden (Art. 3 EUV-L). Daher können nur europäische Länder, die sich ausdrücklich zu diesen Werten bekennen, sie achten und ihnen Geltung verschaffen, eine Mitgliedschaft in der EU beantragen (Art. 49 EUV-L). Entsprechend formulieren die „Kopenhagener Kriterien", ein im Jahr 1993 von den damaligen EU-Staats- und Regierungschefs verabschiedeter Kriterienkatalog, als politisches Kriterium, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsschutz bei Beitrittskandidaten unbedingt vorauszusetzen sind. Besteht hingegen die Gefahr einer schwerwiegenden und anhaltenden Verletzung der in Artikel 2 genannten Werte durch einen bereits in die EU aufgenommenen Staat, so kann der Rat nach Anhörung und Stellungnahme des betroffenen Landes gemäß Artikel 7 EUV-L mit qualifizierter Mehrheit den Beschluss fassen, bestimmte Rechte dieses Staates außer Kraft zu setzen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Debatte über die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in Polen.

Zu oft bleibt es schlichtweg nebulös, was Werte allgemein sind und was man unter den im Einzelnen proklamierten Werten näherhin und im jeweiligen Kontext zu verstehen habe

Abstrakte Wertsprache und -ideale

An diesem vertraglich fixierten Wertefundament wird immer wieder, und nicht zu Unrecht, die Kritik geäußert, es handle sich vor allem um ideelle Programmatik und leere politische Rhetorik, die unter anderem moralische Überlegenheit aufgrund praxispolitischer Schwächen demonstrieren solle. Einem verbreiteten Empfinden nach blieben die genannten Werte zudem inhaltlich allzu häufig unbestimmt. Dieser Vorwurf liegt nahe, denn Wertediskussionen zeigen sich vornehmlich als Verständigungen über Abstraktes, und die daraus resultierende abstrakte Wertsprache ist ein offenes Problem, nicht nur für die ethische Reflexion, sondern auch für die Vermittlung ebendieser Werte in die europäischen Gesellschaften und für deren Umsetzung innerhalb der politischen Praxis. Zu oft nämlich bleibt es schlichtweg nebulös, was Werte allgemein sind und was man unter den im Einzelnen proklamierten Werten näherhin und im jeweiligen Kontext zu verstehen habe.

Denn gewiss, wer möchte ernsthaft in Zweifel ziehen, dass die Menschenwürde unantastbar, dass sie zu achten und zu schützen ist? Was aber zeichnet dann das nicht nur friedensethisch so oft beschworene „menschenwürdige Leben" oder entsprechende Mindeststandards für ein menschenwürdiges Leben ganz konkret aus, ohne hier nur an die aktuellen Herausforderungen im Zuge von Flucht und Migration zu denken? Und noch weiter ließe sich fragen: Wird die EU als Staatengemeinschaft und in Gestalt ihrer einzelnen Mitgliedstaaten dieser Werteverpflichtung stets gerecht?

Sicherlich zählt auch Gerechtigkeit zu den zentralen Säulen unseres europäischen Moralkompasses. Doch von welcher (Form der) Gerechtigkeit sprechen wir eigentlich? Von Gesetzes-, Verteilungs- oder Tauschgerechtigkeit, wie schon Aristoteles zu unterscheiden wusste? Von Chancen-, Beteiligungs-, Befähigungsgerechtigkeit oder von intergenerationeller Gerechtigkeit und von Letzterer nicht erst im Kontext der Herausforderungen des Klimawandels? Auch hier bedürfte es einer immer wieder neuen Auswertung, ob die EU durch ihre praktischen Maßnahmen wirklich immer gerecht handelt.

Zuletzt: Wer mag nicht Position beziehen für die Einhaltung der auf der Menschenwürde gründenden Menschenrechte – aber für welche Menschenrechte im Einzelnen? Für das Menschenrecht auf Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, vor Verfolgung Asyl zu suchen, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf den Schutz vor Sklaverei (auch vor ihren modernen Formen)? Und auch hier stellt sich die Frage: Erfüllt die EU, erfüllen ihre Institutionen und ihre Mitgliedstaaten diese Ansprüche?

Diese möglicherweise provokanten Fragen sind nicht einfach und schon gar nicht pauschal zu beantworten, sie mögen vielleicht auch verkürzen, können aber doch hoffentlich für mindestens drei Aspekte sensibilisieren:

- dass erstens mit einem theoretisch-abstrakten Werteappell noch nicht viel gewonnen ist; dass europäische Werte das Sein und das Handeln der EU, ihrer Strukturen, Institutionen und Mitgliedstaaten praktisch-konkret prägen müssen.
- dass zweitens stets zu klären bleibt, wovon genau gesprochen wird. Innerhalb der EU-Grundrechtecharta finden sich hier weiterführende Differenzierungen, zum Beispiel für abstrakte Werte wie Freiheit und Gleichheit. Dort werden klassische negative Freiheitsrechte wie der Schutz personenbezogener Daten, Gedanken-, Versammlungs-, Vereinigungs- sowie Berufsfreiheit genannt. Im Kapitel zur Gleichheit wird unter anderem auf die beiden allgemeinen Grundsätze der Gleichheit vor dem Gesetz und des Verbots der Diskriminierung aufgrund genetischer Merkmale oder aufgrund der sexuellen Ausrichtung hingewiesen. Andere Werte wie der Menschenrechtsschutz werden in der Europäischen Menschenrechtskonvention weiter entfaltet.
- dass drittens Werte im Spannungsfeld des realpolitisch Möglichen immer auch ideellen Charakter besitzen, ohne diese damit a priori als ohnehin unerreichbare Zielvorgaben abtun zu wollen. Die Erfüllung von Idealen erfolgt schrittweise und steht nicht selten am Ende eines langen und beschwerlichen Weges. Man ist unterwegs zu diesem Ideal, das die Richtung vorgibt, und die EU hat hier bereits eine sehr große Wegstrecke zurückgelegt. Ein Stück mehr Bescheidenheit und die Einsicht in die Realität des eigenen, europäischen Ungenügens ist daher ebenso angeraten wie das ausdauernde Festhalten an einer klar und deutlich definierten, gemeinsamen europäischen Werteorientierung. Wertneutralität nämlich darf, bei aller berechtigten Kritik, keine Option sein.

Sind europäische Werte christliche Werte?

Schnell bei der Hand ist auch die (Näher-)Bestimmung der europäischen Werte als christliche Werte, die es zu bewahren und vielerorts wieder neu zu entdecken gelte. Dies ist gewiss keineswegs falsch, wie ein Blick in die Präambel des Unionsvertrages zeigt:

„Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben […].“

Jedoch ist einerseits vor einer unlauteren Instrumentalisierung und einseitigen Vereinnahmung europäischer Werte als christlicher Werte um der Abgrenzung und mehr noch der Ausgrenzung willen zu warnen; andererseits bedarf es der Präzisierung, um die Rede von den christlichen Werten Europas einem allzu allgemeinen Niveau zu entheben.

Dabei darf an der besonderen christlichen Prägung Europas und der EU kaum ein Zweifel bestehen. Nach wie vor erwähnenswert und den Blick weitend ist dabei jedoch jene Trias,

Vor einer unlauteren Instrumentalisierung und einseitigen Vereinnahmung europäischer Werte als christlicher Werte um der Abgrenzung und mehr noch der Ausgrenzung willen ist zu warnen

die nicht erst auf den emeritierten Papst Benedikt XVI. zurückgeht: Europa und dann auch die EU sind geprägt vom christlichen Glauben, vom römischen Recht und von griechischer Philosophie. Dieser Dreiklang findet sich schon beim ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss: „Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgatha, die Akropolis in Athen, das Capitol in Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und man darf alle drei, man muss sie als Einheit sehen.“[4] Benedikt XVI. hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im September 2011 genau dieses Bild verwendet: „Die Kultur Europas ist aus der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom – aus der Begegnung des Gottesglaubens Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem Rechtsdenken Roms entstanden. Diese dreifache Begegnung bildet die innere Iden-

tität Europas."[5] Damit begegnet uns der christliche Glaube bei Heuss und Papst Benedikt als ein wesentlicher, aber nicht als alleiniger Quellgrund der europäischen (Werte-)Kultur.

Europäische Werte sind somit in besonderer, aber eben keinesfalls in ausschließlicher Weise innerhalb des christlichen Glaubens beheimatet und von diesem inspiriert. Die adjektivische Attribuierung „christlich" darf nicht dadurch vereinnahmend und mit einem Ausschließlichkeitsanspruch verbunden werden, dass europäische und christliche Kultur, europäische und christliche Werte keinen Raum mehr für das „Nicht-Christliche" lassen.

Friede als zentraler Wert

Als ein, wenn nicht gar als der zentrale europäische Wert darf der Friede gelten. Jüngste Ergebnisse des eingangs benannten Eurobarometers zeigen, dass der Wert Friede aus Sicht der Europäerinnen und Europäer sowohl die Europäische Union am besten repräsentiere (39 Prozent) als auch ihnen persönlich (45 Prozent) am wichtigsten sei. Bei aller Heterogenität der Wertempfindung ist dies ein sehr klares und mit Blick auf die europäische Geschichte nur folgerichtiges Votum.

Heute muss sich die EU mehr denn je die Frage stellen, was Friede bedeutet und wie dieser Friede herzustellen beziehungsweise zu bewahren ist

Denn Friede ist nicht nur ein Grundwert, sondern auch ein originäres Wesensmerkmal der EU, die nach zwei verheerenden Weltkriegen ausgehend von der Montanunion als Wirtschaftsunion, aber auch als Friedens- und Versöhnungsprojekt ins Leben gerufen wurde. Womöglich hätten die Europäer dies selbst nicht ohne Anstöße von außen geschafft, und gewiss ging es zunächst um wirtschaftliche Interessen sowie um Kontrolle. Dennoch: Die EU sollte den europäischen Nationalstaaten Frieden bringen und tat dies, wenn auch zunächst auf die westeuropäischen Länder beschränkt. Über die Jahrzehnte verschiedentlich und nicht nur durch den Kalten Krieg und die Balkankonflikte herausgefordert, hat sich ihr Charakter als Friedensprojekt jedoch nachhaltig gewandelt. Heute muss sich die EU mehr denn je die Frage stellen, was Friede bedeutet und wie dieser Friede herzustellen beziehungsweise zu bewahren ist.

So kann es gewiss nicht nur um die Abwesenheit kriegerischer und gewaltsamer Konflikte gehen, ohne dies geringzuschätzen. Friede ist vor allem und mehr noch ein sich stets neu zur Aufgabe stellender, dynamischer, kontinuierlicher und spannungsvoller, an klaren Prinzipien orientierter, gewaltmindernder sowie ursachenorientierter Prozess zunehmender Konfliktbewältigung. Daran hat sich die EU gegenwärtig vor allem im Rahmen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zu orientieren. Aktuell stehen darin jedoch Begriffe wie Sicherheit und Resilienz stärker als der Friedensbegriff selbst im Fokus.

Werteorientierung konkret: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Nicht nur für die Ausrichtung am Zentralwert Friede, sondern für die praktische Umsetzung des gesamten Wertekodex eröffnet sich mit der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ein weitverzweigtes, höchst aktuelles und relativ junges Anwendungs- und Bewährungsfeld, das insbesondere seit Beginn der 1990er-Jahre über die einzelnen „Vertragsetappen" hinweg stetig weiterentwickelt und gestärkt wurde.

Bei aller bleibenden berechtigten Kritik und bei allen bislang ungelösten Umsetzungsproblemen, die hier nicht im Einzelnen zur Sprache gebracht werden müssen, mangelt es gegenwärtig nicht an weiterführenden Ansatzpunkten und Impulsen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die zugleich mit veränderten Begrifflichkeiten einhergehen. Durch einen europäischen Verteidigungsfonds und Übereinkünfte im Rahmen einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO – Permanent Structured Cooperation) wurden im Bereich der Verteidigung im Jahr 2017 wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

Im Wissen um diese aktuellen Tendenzen

soll die GASP und ihr operativer Bestandteil, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), ihrer Grundidee nach ausdrücklich zur Wahrung grundlegender Werte und Interessen der EU und damit zu Frieden und Sicherheit in der Welt beitragen, um die EU als verlässlichen Stabilitätsfaktor und Partner sowie als Vorbild in einer globalisierten Welt zu profilieren. Ein Übertrag des allgemeinen europäischen Wertefundaments auf das spezifische Anwendungsfeld der Außen- und Sicherheitspolitik in Art. 21 EUV-L überrascht daher kaum:

„Die Union lässt sich bei ihrem Handeln auf internationaler Ebene von den Grundsätzen leiten, die für ihre eigene Entstehung, Entwicklung und Erweiterung maßgebend waren und denen sie auch weltweit zu stärkerer Geltung verhelfen will: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts."

Im Zuge dieser hier ausdrücklich ins Wort gesetzten „wertgeleiteten Außenpolitik"[6] verfolgt die EU vor allem zwei Absichten: zum einen die Förderung und Verbreitung der europäischen Werte jenseits der EU-Grenzen, wie in Artikel 8 EUV-L angedeutet wird; zum anderen deren Einhaltung im Rahmen der konkreten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU. Hierfür werden innerhalb der sogenannten Global Strategy, die am 28. Juni 2016 unter dem Titel „Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe" als zentrales sicherheitspolitisches Strategiedokument veröffentlicht wurde, mehrere Beispiele genannt: Terrorismusbekämpfung, Klimawandel, Migration und Flucht, Cybersicherheit und einiges mehr.

Sollen die zunächst abstrakten und unspezifischen Werte aus Artikel 2 des Vertrags von Lissabon wirkliche europäische Werte und gemeinsame richtunggebende Leitvorstellungen sein, dann müssen sie die Identität und das Handeln der EU als Ganzer, ihrer Mitgliedstaaten im Einzelnen, aber auch von potenziellen Exekutivorganen wie einer europäischen Armee angesichts dieser Problemfelder konkret prägen.

1 Europäische Kommission (2018): Standard Eurobarometer 89, Frühjahr 2018. Bericht: Die Europäische Bürgerschaft. http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/83539 (Stand: 7. November 2018).
2 Vgl. Merkl, Alexander/Schlögl-Flierl, Kerstin (2017): *Moraltheologie kompakt. Ein theologisch-ethisches Lehrbuch für Schule, Studium und Praxis.* Münster, S. 10–12.
3 Mandry, Christof (2018/2019): „Das Wertefundament als ethisch-normative Grundlage der Europäischen Union – ‚empty rhetoric'? Kritik und Verteidigung." In: Merkl, Alexander/Koch, Bernhard (Hrsg.): *Die EU als ethisches Projekt im Spiegel ihrer Außen- und Sicherheitspolitik* (Studien zur Friedensethik 63). Baden-Baden/Münster (im Erscheinen).
4 Heuss, Theodor (1956): *Reden an die Jugend.* Tübingen, S. 32.
5 Benedikt XVI. (2011): Rede im Deutschen Bundestag am 22. September 2011. https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/benedict/rede/250244 (Stand: 7. November 2018).
6 Algieri, Franco (2010): *Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.* Wien, S. 158–164.

Der Autor

Prof. Dr. Alexander Merkl ist Juniorprofessor für Theologische Ethik am Institut für Katholische Theologie der Universität Hildesheim. Zuvor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Regensburg und als Projektleiter für Europäische Außen- und Sicherheitspolitik am Institut für Theologie und Frieden in Hamburg tätig. Seine Dissertation „‚Si vis pacem, para virtutes.' Ein tugendethischer Beitrag zu einem Ethos der Friedfertigkeit" wurde 2017 von der European Society for Catholic Theology als „Theological Book of the Year" in der Kategorie „emerging scholar" ausgezeichnet.

DIE STÄNDIGE STRUKTURIERTE ZUSAMMENARBEIT DER EUROPÄISCHEN UNION

MEILENSTEIN AUF DEM WEG ZUR MILITÄRMACHT ODER NEUSTART DER FRIEDENSMACHT EU?

Abstract

Obwohl die EU auf dem Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den letzten zwanzig Jahren deutlich an Profil gewonnen hat, lässt sich ein Missverhältnis zwischen ihrem Anspruch als „global security provider" und den dafür erforderlichen militärischen Fähigkeiten konstatieren. Bernhard Rinke erläutert zunächst, warum das bereits im Vertrag von Lissabon (2009) vorgesehene Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ, auch PESCO) erst Ende 2017 aktiviert wurde. Aus friedensethischer Sicht ist dabei weniger die absehbare Verbesserung militärischer Fähigkeiten interessant als vielmehr die Frage nach dem Leitbild, dem sie sich unterordnen. Hier stehen sich zwei konträre Optionen gegenüber: die klassische Weltmacht, die aufgrund ihrer militärischen Stärke Bedrohungen abwenden und ihre eigenen Interessen vertreten kann, sowie das Konzept der „Friedensmacht", die primär auf zivile, kooperative und regelbasierte Konfliktbearbeitung inklusive Prävention setzt.

Welcher dieser normativen Vorstellungen die EU sich verpflichtet sieht und ob die jüngsten Entwicklungen im Bereich der militärischen Zusammenarbeit einen etwaigen Richtungswechsel widerspiegeln, lässt sich dem Autor zufolge nicht eindeutig bestimmen. Die Globale Strategie von 2016 definiert die EU nicht als reine Zivilmacht, sondern legt den Schwerpunkt auf einen integrierten Ansatz zur Konfliktbearbeitung, der allerdings „bessere Instrumente im Bereich Sicherheit und Verteidigung" erfordere. Jedoch wird PESCO von Politikern durchaus als wesentlicher Schritt zu einer „Sicherheits- und Verteidigungsunion" aufgefasst. Dass damit langfristig ein Wandel zur klassischen Weltmachtrolle eingeleitet wird, ist laut Rinke nicht völlig auszuschließen. Immerhin jedoch sei hier die oft beklagte „Not" der EU – der langwierige zwischenstaatliche Abstimmungs- und Entscheidungsprozess – eher ihre Tugend, indem dieser als eine Art „Schutzmechanismus vor militärischer Machtpolitik klassischer Art" diene.

Autor: ***Bernhard Rinke***

Seit als Reaktion auf die weitgehende militärische Handlungsunfähigkeit der EU im Kosovokrieg Ende der 1990er-Jahre die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) geschaffen wurde, hat die EU in diesem Politikfeld deutlich an Profil gewonnen. Zahlreiche Institutionen zum internationalen Krisenmanagement wurden auf- und ausgebaut und eine Reihe ziviler und militärischer Krisenmanagementoperationen durchgeführt.[1]

Und dennoch: Immer wieder hat die Lücke zwischen dem deklaratorischen Anspruch der EU, als Bereitsteller von Sicherheit weltpolitische Verantwortung zu übernehmen, und der rauen politischen Wirklichkeit, zwischen den an die EU gerichteten Erwartungen und ihrer tatsächlichen Handlungs(un)fähigkeit als zivil-militärischer Krisenmanager Anlass zur Klage gegeben. Mehr noch: Vielfach wurde und wird der EU sogar sicherheitspolitische Irrelevanz attestiert, da es ihr letztlich an den für eine Rolle als *global security provider* notwendigen militärischen Fähigkeiten mangele.[2]

Zwar sollte der Vertrag von Lissabon, mit dem die ESVP 2009 in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) überführt und weiter ausgebaut wurde, hier Abhilfe schaffen. Zumindest wurde mit dem darin vorgesehenen Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ, englisch PESCO = Permanent Structured Cooperation) ein abermaliger Anlauf zur Verbesserung der militärischen Leistungsfähigkeit der EU unternommen. Demnach sollten die EU-Mitgliedstaaten, die militärisch „anspruchsvollere Kriterien" erfüllen und die im Hinblick auf Missionen im Rahmen der GSVP „mit höchsten Anforderungen untereinander feste Verpflichtungen eingegangen sind", die SSZ als vertiefte Form sicherheits- und verteidigungspolitischer Zusammenarbeit nutzen (vgl. Art. 42 Abs. 6 und Art. 46 EUV sowie das dazugehörige Protokoll Nr. 10). Die SSZ ist also ein auf dem EU-Vertrag beruhender dauerhafter Handlungsrahmen, der von den teilnehmenden Staaten erst noch ausgefüllt werden muss.

Allein: Bis zum Herbst 2017 machten die Mitgliedstaaten von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch. Die Ständige Strukturierte Zusam-

menarbeit lag – mit den Worten von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker – im Dornröschenschlaf.[3] Verantwortung dafür trugen vor allem die „Großen Drei“, die es an politischer Führung fehlen ließen.[4] Denn während Frankreich und Großbritannien bei der Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten zunächst gar bewusst auf einen Bilateralismus außerhalb der EU-Strukturen setzten, indem sie Ende 2010 die Zusammenarbeit bei größeren Rüstungsprojekten, regelmäßige Konsultationen zu sicherheitspolitischen Fragestellungen und die Aufstellung gemeinsamer Interventionstruppen vereinbarten, galt das europapolitische Hauptaugenmerk der Bundesregierung dem Management der europäischen Schuldenkrise. Derweil befürchteten die ohnehin nicht zu den militärischen Leistungsträgern gehörenden kleineren Mitgliedstaaten, auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik noch weiter abgehängt und dem informellen Direktorat der vorgenannten „Großen Drei“ unterworfen zu werden. Vorerst also mangelte es schlicht am politischen Willen, die SSZ zum Leben zu erwecken.

Neue Impulse auf dem Weg zu stärker integrierten europäischen Streitkräften

Erst die radikalen Veränderungen des strategischen Umfeldes der EU und die damit verbundenen neuen Herausforderungen haben hier zu einem Umdenken geführt und die Frage der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit erneut auf die Agenda der EU gesetzt. Der Handlungsdruck ist zweifellos hoch:

Unter Druck gesetzt sehen sich die Europäer zunächst durch US-Präsident Donald Trump, der sehr viel nachdrücklicher als seine Amtsvorgänger von den Europäern höhere finanzielle Aufwendungen im militärischen Bereich verlangt(e) und die aus der NATO resultierenden Bündnisverpflichtungen schon in seinem Wahlkampf offen infrage stellte. Gleichzeitig vollzieht sich immer deutlicher eine strategische (Neu-)Ausrichtung der USA, welche sich vermehrt von Europa ab- und dem asiatisch-pazifischen Raum – vor allem dem als Rivalen wahrgenommenen China – zuwenden. So herrscht inzwischen weithin der Eindruck vor, dass die US-amerikanischen Sicherheitsgarantien offenbar nicht mehr selbstverständlich sind und die EU ihr Schicksal endgültig in die eigenen Hände nehmen muss. Dabei ist der Handlungsdruck zweifellos umso höher, als sich die EU an ihren Grenzen einem Krisenbogen aus politischer Instabilität, Gewalt und Terror gegenübersieht. An ihrer Ostflanke ist sie im Kontext der Ukraine-Krise mit der russischen Annexion der Krim und dem darin sichtbar werdenden Anspruch Russlands konfrontiert, als Großmacht akzeptiert zu werden. Weite Teile des Nahen Ostens und Nordafrikas werden zudem seit vielen Jahren von Gewalt und islamistischem Terrorismus erschüttert. EU-intern ist schließlich auch noch der sogenannte Brexit-Schock in Rechnung zu stellen.[5]

Erst die radikalen Veränderungen des strategischen Umfeldes haben die Frage der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit erneut auf die Agenda der EU gesetzt

In der Folge haben die Bemühungen um stärker integrierte und leistungsfähigere europäische Streitkräfte einen neuen Impuls erhalten: Am 23. November 2017 unterzeichneten die Außen- und Verteidigungsminister von 23 EU-Mitgliedstaaten eine Note, in der sie dem Ministerrat und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik ihre Absicht zur Gründung einer SSZ mitteilten.[6] Um sicherheitspolitische Herausforderungen wirksamer als bislang bewältigen zu können, soll die Zusammenarbeit im Rahmen der GSVP weiter vorangetrieben und die Verbesserung der Verteidigungs- und Interventionsfähigkeit der teilnehmenden Staaten maßgeblich vorangebracht werden. Der Rat der EU wiederum beschloss daraufhin in seiner Sitzung am 11. Dezember 2017 die formale Begründung der SSZ und nahm die Liste der teilnehmenden Staaten an. Zudem verständigte man sich auf eine Liste von zunächst 17 Projekten zur Entwicklung gemeinsamer Verteidigungsfähigkeiten (von der Schaffung eines gemeinsamen Sanitäts-

kommandos über ein Exzellenzzentrum für EU-Ausbildungsmissionen bis hin zur Aufstellung gemeinsamer Kampfeinheiten nach Regionen)[7] sowie nationale Implementierungspläne und deren Bewertung durch den Rat auf Ebene der EU.

Die SSZ ist also zum Leben erweckt, das schlafende Dornröschen des Vertrages von Lissabon wachgeküsst worden. Allerdings ist die SSZ kein Politikersatz. Die Betrachtung darf sich daher auch keinesfalls in der Analyse der militärischen Fähigkeiten und der daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten und -grenzen der EU erschöpfen. Bleibt die Debatte darauf beschränkt, läuft sie jedenfalls Gefahr, den letztlich zentralen Aspekt aus den Augen zu verlieren – die entscheidende Frage nämlich, welchem politischen Zweck die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit eigentlich dienen soll.

Leitbilder für die sicherheitspolitische Rolle der EU

Die Debatte über die Bemühungen um Verbesserungen der militärischen Handlungsfähigkeit der EU darf also nicht von der normativen Frage getrennt werden, welches Leitbild die EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur eigentlich verfolgen soll.

Bislang handelt es sich bei der EU nur um eine „Friedensmacht im Werden“

Soll sich die EU angesichts der Machtverschiebungen im internationalen System sowie der neuen Bedrohungsszenarien in eine politisch wie militärisch umfassend handlungsfähige Welt- oder Militärmacht traditionellen Zuschnitts transformieren?[8] Für die Vertreter dieser auch als „Globalmachtthese“ bezeichneten Position erscheint die Union jedenfalls als eine „verwundbare Insel der Stabilität, umgeben von einem durch Instabilität und Unberechenbarkeit“[9] geprägten anarchischen internationalen System. Gefragt sind demnach einerseits der Willen und die Fähigkeit der EU, den „Frieden auf dem europäischen Kontinent zu bewahren und auch gegen Aggressoren wiederherzustellen“[10], und andererseits der legitime Anspruch, eigene Interessen gegebenenfalls auch militärisch auf globaler Ebene zu vertreten.

Oder soll sie dem „Leitbild der Friedensmacht“ folgen, wobei die Aufgabe der zivilen Konfliktbearbeitung mit einer militärischen Rolle bei der Abwendung von Gefahren für den Weltfrieden und der Wahrung der internationalen Sicherheit in Einklang gebracht wird? Hans-Georg Ehrhart zufolge ist die EU demnach „weder ein ausschließlich auf zivile Mittel setzender Akteur, noch betreibt sie im Stile einer klassischen Großmacht militärische Machtpolitik. Vielmehr ist sie ein internationaler Akteur, der die ganz Palette seiner Fähigkeiten für die Prävention und konstruktive Bearbeitung von Gewaltkonflikten […] einbringt.“[11] Bislang allerdings handelt es sich nur um eine „Friedensmacht im Werden“. Ehrhart zufolge müsste eine „Friedensmacht EU jedenfalls

- erstens normativ auf kooperative Sicherheit und friedlichen Wandel ausgerichtet sein;
- zweitens präventiven Strategien eindeutig Vorrang einräumen, ohne jedoch regelkonforme Interventionen mit Zwangsmitteln auszuschließen;
- drittens über die notwendigen zivilen und militärischen Instrumente zur konstruktiven Konfliktbearbeitung verfügen;
- viertens eng mit gesellschaftlichen Akteuren, insbesondere mit Nichtregierungsorganisationen, zusammenarbeiten und
- fünftens intensive kooperative Beziehungen zu internationalen und regionalen Sicherheitsorganisationen unterhalten, insbesondere zu den Militärinterventionen mandatierenden Vereinten Nationen“[12].

Die Richtung bleibt unklar

Die entscheidende Frage lautet also, was die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit für die Rolle der EU als sicherheitspolitischer Akteur im internationalen Kontext bedeutet. Handelt es sich um einen Meilenstein auf dem Weg zur Militärmacht EU oder um einen „Neustart der EU als Friedensmacht?“[13].

Wer sich hier eine eindeutige Antwort auf diese Frage erwartet, sei gleich enttäuscht. Denn der Befund ist ambivalent.

Einerseits finden sich durchaus Interpretationen, welche in Richtung einer Militärmacht EU weisen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen jedenfalls würdigte die Erweckung der SSZ aus dem Dornröschenschlaf als Meilenstein auf dem Weg zum bereits im Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr aus dem Jahr 2016 formulierten „Fernziel der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“[14]. Anlässlich der Notifizierung der SSZ erklärte sie: „Heute ist ein großer Tag für Europa. […] Wir gründen heute die europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion.“ Und sie ergänzte, dass die SSZ aus ihrer Sicht „ein weiterer Schritt in Richtung der Armee der Europäer“[15] sei.

Ob die Zeit für die Idee einer europäischen Armee heute tatsächlich gekommen ist oder ob es sich bei dieser Idee nicht vielmehr nur um eine „Chimäre“[16] handelt, ist indes wenigstens strittig. Mindestens ebenso strittig ist jedoch die Frage, ob die Gründung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion überhaupt einen Beitrag zum Frieden darstellen kann.

An der Annahme, dass die Gründung einer Verteidigungsunion friedensfördernde Konsequenzen zeitigen kann, sind jedenfalls schon lange vor Schaffung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit deutliche Zweifel angemeldet worden. Bereits vor Jahrzehnten etwa verlieh der Integrationstheoretiker David Mitrany der Sorge Ausdruck, dass ein solcher Prozess die Konflikthaftigkeit im internationalen System sogar eher noch erhöhe.[17] Und bereits Mitte der 1990er-Jahre wurde gemahnt, dass „Militärallianzen“ – gemeint ist die Entwicklungsperspektive der EU – wenig geeignet seien, „die Anarchie des internationalen Systems zu überwinden und der ‚Stärke des Rechts‘ zum Durchbruch zu verhelfen. Im Gegenteil verkörpern sie prototypisch die ‚Macht der Stärkeren‘ und sind als ‚Selbsthilfeeinrichtungen‘ integraler Teil dieser Anarchie.“[18]

Derweil versteht sich die EU selbst aktuell offenkundig tatsächlich weniger als Militärmacht im Werden, sondern vielmehr als Friedensmacht, wenn sie den Anspruch erhebt, als globaler Bereitsteller von Sicherheit Verantwortung in der Welt übernehmen zu müssen. Deutlich wird dies insbesondere in der Beschreibung der EU als zivil-militärischer Krisenmanager. So wird in der „Globale(n) Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union“ angesichts gescheiterter militärischer Interventionen in der Vergangenheit einerseits daran erinnert, dass die Stärke der EU in der Friedensbildung mit zivilen Mitteln liegt. Gleichzeitig hält Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, bereits in ihrem Vorwort für die Globale Strategie fest, dass die „Vorstellung von Europa als einer ausschließlich ‚zivilen Macht‘ […] der sich entwickelnden Wirklichkeit nicht gerecht [wird]“[19]. Vor allem jedoch beinhaltet auch dieses Grundlagendokument ein deutliches Bekenntnis zu einem integrierten Ansatz zur Bewältigung von Konflikten:

Die Frage, ob die Gründung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion überhaupt einen Beitrag zum Frieden darstellen kann, ist strittig

„Wenn gewaltsame Konflikte zum Ausbruch kommen, sind unsere gemeinsamen lebenswichtigen Interessen bedroht. Die EU wird in einer praktischen und auf Grundsätzen beruhenden Weise bei der Friedenskonsolidierung zusammenarbeiten und die Sicherheit der Menschen durch einen integrierten Ansatz unterstützen. Die Umsetzung eines ‚umfassenden Ansatzes der EU für Konflikte und Krisen‘ durch eine kohärente Nutzung aller der EU zur Verfügung stehenden Strategien ist von wesentlicher Bedeutung. […] Die EU wird auf allen Ebenen des Konfliktverlaufs handeln und prompt handeln, wenn es um die Prävention, die verantwortungsvolle und entschlossene Krisenreaktion, Investitionen in die Stabilisierung und die Vermeidung eines voreiligen Rückzugs beim Ausbruch einer neuen Krise geht.“[20]

Um „von der Vision zur Aktion“ zu kommen, wird indes auch hier ein Schwerpunkt auf die Verbesserung der militärischen Handlungsfähigkeit der EU gelegt:

„Insbesondere sind Investitionen in Sicherheit und Verteidigung dringlich. Das gesamte Spektrum der Verteidigungsfähigkeiten ist erforderlich, um auf externe Krisen zu reagieren, die Kapazitäten unserer Partner aufzubauen und die Sicherheit Europas zu gewährleisten. […] zum Erwerb und zur Aufrechterhaltung vieler dieser Fähigkeiten muss die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung zur Norm werden."[21]

Denn: „Europa muss sich – in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht – bessere Instrumente im Bereich Sicherheit und Verteidigung geben, um Frieden zu konsolidieren, Sicherheit zu garantieren und das Leben von Menschen, insbesondere Zivilisten, zu schützen. Die EU muss in der Lage sein, rasch, verantwortungsvoll und entschieden auf Krisen zu reagieren."[22]

Die außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsstruktur der EU ist einer Rolle als Welt- oder Militärmacht auch weiterhin wenigstens hinderlich

Unter dieser Perspektive erscheint die Gründung der SSZ im Herbst 2017 als Schritt zur Implementierung der Globalen Strategie der EU.

Wer nun den Einwand formuliert, mit den im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit vorgesehenen Aufrüstungsmaßnahmen wandele sich die EU dennoch in eine Militärmacht, mag jedoch bedenken, dass die außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsstruktur der EU einer Rolle als Welt- oder Militärmacht auch weiterhin wenigstens hinderlich ist. Der andauernde Intergouvernementalismus der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, an dem sich auch mit den Reformen der EU-Außenbeziehungen durch den Vertrag von Lissabon nichts verändert hat, dürfte als Hemmschuh solcher Ambitionen wirken. Zumindest „erschwert das Konsensprinzip […] schnelle Entscheidungen, die entschlossene Mobilisierung von Machtressourcen und deren Konzentration auf einen Punkt, mithin genau die Fähigkeiten, die eine Militärmacht auszeichnen"[23].

Aus friedenspolitischer Perspektive ist die andauernde intergouvernementale Entscheidungsstruktur demnach keineswegs – wie häufig gleichsam gebetsmühlenartig behauptet – das zentrale Problem der GSVP. Vielmehr erscheint diese Entscheidungsstruktur als eine Art Schutzmechanismus mit Blick auf militärische Machtpolitik klassischer Art zu fungieren. Wenigstens scheint diese Entscheidungsstruktur ein Garant dafür zu sein, dass über das Für und Wider von Interventionen und die damit verbundenen Interessen intensiv diskutiert wird.

Dennoch kann selbstverständlich nicht völlig ausgeschlossen werden, dass die EU ihre im Rahmen der SSZ aufgebauten Fähigkeiten in Zukunft vorrangig bzw. vermehrt für klassische militärische Machtprojektion zur Durchsetzung von Eigeninteressen zum Einsatz bringen wird.

Mit anderen Worten: Die Verwirklichung der „Friedensmacht Europa" bleibt Ansporn und Auftrag, bleibt weiterhin Projekt. Jedenfalls dann, wenn die EU ihren Anspruch aufrechterhalten möchte, dass sie mit der schrittweisen Verwirklichung der GSVP einen Beitrag zur Förderung von „Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt" leistet, wie sie es gleich zu Beginn ihres Gründungsvertrages formuliert.

1 Eine Übersicht über die laufenden und abgeschlossenen militärischen und zivilen Operationen findet sich unter https://eeas.europa.eu/topics/military-and-civilian-missions-and-operations_en?page=1 (Stand: 7. November 2018).
2 So etwa exemplarisch Bahr, Egon (2014): „Braucht die Europäische Union eine eigenständige Sicherheitspolitik?" In: Staack, Michael/Krause, Dan (Hrsg.): *Europa als sicherheitspolitischer Akteur.* Opladen, Berlin & Toronto, S. 15 ff.
3 Vgl. Speech by President Jean-Claude Juncker at the Defence and Security Conference Prague: In Defence of Europe, www.europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-17-1581_en.pdf (Stand: 7. November 2018). Der nachfolgende Abschnitt stützt sich auf Rinke, Bernhard (2015): „Formen differenzierter Integration und ihre Konsequenzen in der GASP/GSVP." In: Stratenschulte, Eckart D. (Hrsg.): *Der Anfang vom Ende? Formen differenzierter Integration und ihre Konsequenzen.* Baden-Baden, S. 165–185.
4 Ebd., S. 174 f.
5 Vgl. Fiott, Daniel/Missiroli, Antonio/Tardy, Thierry (2017): *Permanent Structured Cooperation: What's in a name?* (European Union Institute for Security Studies. Chaillot Papers No 142.) Paris, S. 20. Siehe auch: Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die

Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. https://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/eugs_de_0.pdf (Stand: 7. November 2018), S. 2.
6 Notification on Permanent Structured Cooperation (PESCO) to the Council and the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. www.consilium.europa.eu/media/31511/171113-pesco-notification.pdf (Stand: 7. November 2018). Nicht unterzeichnet wurde das Dokument zunächst von den Außen- und Verteidigungsministern folgender Staaten: Dänemark, Großbritannien, Irland, Portugal und Malta. Dänemark beteiligt sich grundsätzlich nicht an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Malta wollte die Teilnahmekriterien der PESCO nicht erfüllen. Großbritannien will ohnehin aus der EU austreten, nachdem am 23. Juni 2016 bei einem Referendum rund 52 Prozent der Wähler für diesen Schritt gestimmt haben. Irland und Portugal unterzeichneten nachträglich.
7 Permanent Structured Cooperation (PESCO) first collaborative PESCO projects – Overview. www.consilium.europa.eu/media/32082/pesco-overview-of-first-collaborative-of-projects-for-press.pdf (Stand: 7. November 2018).
8 Wessels, Wolfgang (2000): „Die Europäische Union als Ordnungsfaktor." In: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): *Weltpolitik im neuen Jahrhundert.* Bonn, S. 575–590, S. 576. Sowie Weidenfeld, Werner (1995): „Europa – Weltmacht im Werden?" In: *Internationale Politik.* 56. Jg., Nr. 5; S. 17–22. Dieser Abschnitt stützt sich insbesondere auf: Rinke, Bernhard (2007): „Von der Zivilmacht zur Weltmacht? Die Europäische Union als Akteur im internationalen System." In: Ehrhart, Hans-Georg et al. (Hrsg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik.* Wiesbaden, S. 108 ff. Sowie Ehrhart, Hans-Georg (i. E.): „Friedensmacht." In: Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch Frieden.* 2. Auflage. Wiesbaden.
9 Naumann, Klaus (2002): „Der Begriff der Sicherheit im Wandel." In: Hoyer, Werner/Kaldrack, Gerd F. (Hrsg.): *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Weg zu integrierten europäischen Streitkräften?* Baden-Baden, S. 27–33, S. 32.
10 Janning, Josef (2002): „Frieden in Europa." In: Weidenfeld, Werner (2002): *Europa-Handbuch.* Bonn, S. 827–853, S. 847.
11 Ehrhart, Hans-Georg (2007): „Friedensmacht in Aktion? Der Militäreinsatz der EU in der DR Kongo zwischen Symbolik, Realpolitik und kosmopolitischem Engagement". In: Ehrhart, Hans-Georg et al. (Hrsg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik.* Wiesbaden, S. 148 ff., S. 150.
12 Ehrhart, Hans-Georg (i. E.): „Friedensmacht." In: Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch Frieden.* 2. Auflage. Wiesbaden.
13 Dembinski, Matthias (2017): „Ist die EU als Friedensmacht am Ende?" In: *Friedensgutachten 2017.* Berlin, S. 69–81, S. 77.
14 Bundesministerium der Verteidigung (2016): *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr.* Berlin, S. 73.
15 Zitiert nach: Becker, Markus: „23 EU-Staaten gründen Militärunion." *Spiegel Online* vom 13. November 2017, http://www.spiegel.de/politik/ausland/bruessel-23-eu-staaten-gruenden-pesco-zusammenarbeit-bei-verteidigung-a-1177685.html (Stand: 7. November 2018).
16 Vgl. dazu den Beitrag von Hans-Georg Ehrhart in dieser Ausgabe (ab S. 23).
17 Mitrany, David (1975): „The prospect of integration: Federal or Functional?" In: Groom, Arthur J.R./Taylor, Paul (ed.): *Functionalism. Theory and Practice in International Relations.* London, S. 53–78, S. 56.
18 Spanger, Hans-Joachim (1995): *Europa als Wille ohne Vorstellung. Zur Außen- und Sicherheitspolitik der SPD.* (HSFK-Standpunkte Nr. 11/12 1995.) Frankfurt am Main, S. 1.
19 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. 2016. https://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/eugs_de_0.pdf (Stand: 7. November 2018), S. 3.
20 Ebd., S. 7–8.
21 Ebd., S. 9.
22 Ebd., S. 25.
23 Dembinski, Matthias (2017): „Ist die EU als Friedensmacht am Ende?" In: Friedensgutachten 2017. Berlin, S. 69–81, S. 78.

Der Autor

Dr. Bernhard Rinke *ist externer Projektmitarbeiter des Instituts für Theologie und Frieden in Hamburg, Mitglied des Zentrums für Demokratie- und Friedensforschung an der Universität Osnabrück sowie Lehrbeauftragter am dortigen Institut für Sozialwissenschaften. Er studierte Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft und Geografie an der Universität Münster. Von 2002 bis 2008 war er Doktorand und Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Von 2009 bis 2015 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Osnabrück. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen unter anderem Fragen nach der ethischen Legitimität militärischer Gewalt, humanitäre Interventionen sowie die EU-Außen- und Sicherheitspolitik.*

DIE EUROPÄISCHE UNION MUSS AN DER FRIEDENSORIENTIERUNG FESTHALTEN

Abstract

Die veränderte Sicherheitslage und die in Reaktion darauf formulierte Globale Strategie der EU haben zu neuer Initiative im besonders souveränitätssensiblen Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geführt. Christof Mandrys Beitrag versucht eine Bewertung dieser Entwicklung jenseits von vorschneller Euphorie oder grundsätzlicher Ablehnung.

Mandry gründet seine Analyse auf die Betrachtung der EU als Wertegemeinschaft. Diese wirkt einerseits nach innen: Die Verpflichtung der Verfassung wie auch der konkreten Politik des Staatenbündnisses auf Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist eine Lehre aus der historischen Erfahrung zweier Weltkriege in Europa; es ist gelungen, diese Vorstellung in einem friedlichen, demokratischen und sozialen europäischen Gesellschaftsmodell zu verwirklichen. Im Außenverhältnis beinhaltet die Werteorientierung den Verzicht auf direkte Machtausübung und die Stärkung der globalen Friedens- und Rechtsordnung.

Im Folgenden geht Mandry der Frage nach, ob eine „vertiefte Koordination und Zusammenarbeit und die operative Verstärkung (der GSVP) durch PESCO" das Außenhandeln der EU in diesem Sinne konsistenter machen – oder ob die Union dadurch nicht Gefahr läuft, ihren Werten zuwiderzuhandeln beziehungsweise unter humanitärem Deckmantel auch mit militärischen Mitteln Interessenpolitik zu betreiben. Tatsächlich, so der Autor, sei Letzteres nicht ganz von der Hand zu weisen, selbst wenn der aktuelle Stand der Entwicklung derartige Szenarien kaum stütze.

Mandry lehnt eine GSVP, die militärische Handlungsfähigkeit einschließt, zwar nicht grundsätzlich ab; für die EU als „Friedensmacht" greift sie seiner Ansicht nach jedoch zu kurz. Anstatt der Versuchung zu erliegen, Frieden mittels (militärischer) Interventionen „herstellen" zu wollen, gelte es erstens, die gemeinsame Wertebasis wiederzubeleben und dem wiedererstarkenden Nationalismus, Autoritarismus und Illiberalismus eine „neue Plausibilität" für die Idee der europäischen Integration entgegenzusetzen. Zweitens sei es gerade angesichts der aktuellen Krise des Multilateralismus geboten, sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer „einigermaßen belastbaren und funktionsfähigen internationalen Rahmenordnung" starkzumachen, die eine möglichst friedliche und menschenrechtskonforme Konfliktlösung erlaubt.

Autor: ***Christof Mandry***

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU war lange Zeit ein Politikfeld, auf dem keine besonderen Vorkommnisse zu vermelden waren. Dies hat zweifellos damit zu tun, dass die Verteidigungspolitik ein Bollwerk im Denken nationaler Souveränität ist. Mit Sicherheit und Verteidigung ist eine zentrale Raison d'Être des Nationalstaates angesprochen. Jede substanzielle Kompetenzabgabe an die EU und im Besonderen jedes Unterwerfen eines sicherheitssensiblen Teilbereichs unter das Prinzip des Mehrheitsbeschlusses müsste als Abbau nationaler Souveränität und als weiterer Schritt zur Staatswerdung der Europäischen Union verstanden werden. Dies ist innereuropäisch hoch umstritten, und selbst jene Staaten, die bislang entschieden proeuropäisch eingestellt waren, haben sich hier sehr zurückhaltend, wenn nicht sogar direkt ablehnend gezeigt. Daher ist die GSVP bislang nicht nur durchweg intergouvernemental verfasst, sondern auch von einem hohen Beharrungsgrad gekennzeichnet. Trotz verschiedener Initiativen, Programme und Instrumente wird die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in ihren wesentlichen Bereichen weiterhin national verantwortet, insbesondere in der Rüstungspolitik und in den militärischen Kernbereichen.

Die Europäer sind sicherheits- und verteidigungspolitisch nur bedingt handlungsfähig

In den letzten Jahren hat sich allerdings die Sicherheitslage nicht nur global betrachtet, sondern auch in der direkten europäischen Nachbarschaft deutlich verändert. In diesem neuen Kontext ist die Einsicht unvermeidbar geworden, dass es um die Handlungsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten in Sicherheitsbelangen und insbesondere hinsichtlich der Fähigkeit zur Krisenintervention nicht besonders gut bestellt ist: Ineffizienz, Material- und Personalschwäche, empfindliche Lücken bei wesentlichen militärischen und logistischen Fähigkeiten, geringe Reaktionsfähigkeit und schleppende Koordinationsabläufe machen die Europäer sowohl als Einzelne als auch im Verbund zu einem schwachen Akteur, wie es viele Fälle –

etwa die Libyen-Intervention, die Krim-Krise und der Bürgerkrieg in Syrien – gezeigt haben. Die USA drängen seit Längerem darauf, dass die europäischen NATO-Partner erheblich größere Beiträge zum NATO-Schirm über Europa leisten und sich auch global stärker in der Krisenbewältigung engagieren. Russland sorgt für Unruhe unter den östlichen Staaten Europas. Die Konfliktherde Afrikas und des Nahen Ostens klopfen in Gestalt der Migrationsbewegungen buchstäblich an die Haustüren Europas. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU wird die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch weiter an Gewicht verlieren. Tatsächlich dürften die Zeiten vorbei sein, da die unter dem Schutz der NATO – also vor allem der USA – in Europa erwirtschaftete Friedensdividende hier ungestört von allen globalen Konflikten verzehrt werden konnte.

Bereitschaft zu einer substanziellen EU-Militärpolitik?

Es scheint nun, als hätten die veränderten Umstände die EU-Mitgliedstaaten endlich wachgerüttelt und zu einer neuen Handlungsbereitschaft in Sachen GSVP motiviert. Die 2016 veröffentlichte Globale Strategie stellt mit dem Stichwort *„strategic autonomy"* das Ziel in Aussicht, sich wenigstens teilweise von den USA zu emanzipieren und eigene, deutlich leistungsfähigere Interventionskapazitäten aufzubauen, die vor allem der Stabilisierung in der östlichen und südlichen Nachbarschaft dienen sowie im Rahmen von mittel- und langfristigen regionalen Partnerschaften eingesetzt werden sollen. Die im Lissaboner Vertrag vorgesehene, aber seither nicht realisierte Möglichkeit einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich (Permanent Structured Cooperation, PESCO) nimmt seit 2017 allmählich konkrete Gestalt an – und wird als Wachküssen einer „sleeping beauty" (Kommissionspräsident Juncker) gefeiert. Am Ende einer solchen, der erklärten Absicht nach „ambitionierten" Zusammenarbeit zwischen fähigen und willigen Verteidigungspartnern könnte eine Armee der EU stehen, so die Hoffnung der einen und die Befürchtung der anderen.

Tatsächlich sind hier noch viele Fragen offen. Die Antworten darauf werden darüber entscheiden, wie ambitioniert, wie effizient und wie handlungswirksam für die effektive Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU PESCO wirklich sein wird oder ob die Riesenschlange EU nicht doch nur um ein Glied länger geworden ist, das sie mühsam voranschleppt. Immerhin sind Aktivitäten zu verzeichnen, mit denen die GSVP-Handlungsstarre überwunden wird und sich die EU mindestens tendenziell zu einem aktiveren Vorgehen in den Feldern

Am Ende einer Zusammenarbeit zwischen fähigen und willigen Verteidigungspartnern könnte eine Armee der EU stehen

Sicherheit, Rüstung und Militär und damit zu einer wahrnehmbareren Interventionsrolle entschließt. Diese neuen Aktivitäten sind grundsätzlich erfreulich, insofern die EU damit auf dem Weg der Integration in einem besonders souveränitätssensiblen Bereich voranschreitet, ein Weg, an dessen Ende tatsächlich so etwas wie eine integrierte, EU-gemeinsame Verteidigungspolitik stehen kann. Jenseits der Euphorie, dass es mit der Europäisierung überhaupt weiterzugehen scheint – worüber man angesichts des Brexits und einer in den Mitgliedstaaten verbreiteten Europaskepsis, ja Europagegnerschaft erfreut sein muss –, ist allerdings die doppelte Frage nicht zu umgehen, wie die hier eingeschlagene Richtung der Europäisierung zu bewerten ist.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft

Mit Recht wird die EU als ein europäisches Projekt angesehen, das seine Motivation und seine Legitimation nicht in erster Linie den Interessen der europäischen Staaten verdankt, sich eine Machtposition im globalen Konzert der Großmächte zu sichern. Im Gegenteil ist die europäische Einigung die Konsequenz aus dem blutigen Scheitern eines solchen Politikverständnisses. Die EU ist von Grund auf als ein Friedens- und Aussöhnungsunterfangen zu verstehen, mit dem Europäerinnen und Euro-

päer eine fundamentale Lehre aus den bitteren Erfahrungen des 20. Jahrhunderts ziehen: Nie wieder Krieg in Europa. Nie wieder rücksichtloses Machtstreben. Nie wieder Missachtung der Menschenwürde. Deshalb hat sich die EU im Lissabonner Vertrag ausdrücklich als Wertegemeinschaft charakterisiert und sowohl ihre Verfassungsstruktur als auch ihre konkrete Politik auf eine Wertebasis verpflichtet. „Die Werte, auf die sich die Union gründet", heißt es in Artikel 2 des Lissabonner EU-Vertrags, „sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet." In Artikel 21 EUV bindet sich die Union auch in ihrem Außenhandeln an diese Werte und an weitere Grundsätze.

Die EU hat durchaus mit einer gewissen Berechtigung den Friedensnobelpreis 2012 erhalten

Die EU hat durchaus mit einer gewissen Berechtigung den Friedensnobelpreis 2012 erhalten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Europäerinnen und Europäer eine geschichtlich beispiellose Periode des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands erlebt – eine Leistung, die nach 1990 im Großen und Ganzen auf weite Teile des nunmehr ungeteilten Kontinents ausgedehnt werden konnte. Gewiss ist der Frieden in Europa zu einem guten, vielleicht entscheidenden Teil der Tatsache zu verdanken, dass die europäische Einigung unter dem Schutz der NATO und der USA als der Garantiemacht des Westens erfolgt ist. Aber dies gilt vor allem, wenn man Frieden primär als die Abwesenheit von Krieg auffasst. Die großartige Leistung der europäischen Einigung besteht jedoch darin, die Absicherung vor äußerer Bedrohung zur Gestaltung eines friedlichen, demokratischen und sozialen europäischen Gesellschaftsmodells nach innen zu nutzen. Frieden ist eben auch eine politische Gestaltungsaufgabe, die über Grenzschutz nach außen und Polizeiarbeit nach innen hinausgeht. Die europäische Integration war erfolgreich, weil es gelungen ist, durch politische Vertrauensbildung, durch ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit die Aussöhnung zwischen den einstigen europäischen Feinden herbeizuführen. Die EU steht für ein politisches Modell, in dem Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit als grundlegende Werte und Prinzipien verwirklicht sind. Diese Werte sind ihrem Anspruch nach universal. In der EU werden sie auf eine spezifische Weise politisch realisiert, in der sich die besonderen historischen Erfahrungen und Traditionen der europäischen Nationen niederschlagen. Die Legitimation der EU hängt an diesen Werten. Würden sie aufgegeben, wäre die EU ein rein interessenorientierter politischer Zweckverband, den seine Mitglieder je nach Auffassung ihrer nationalen Interessenlage einsetzen oder ablegen würden. Die gegenwärtige Krise der EU ist daher vor allem eine innere Krise: Jene Mitgliedstaaten, die für eine Abkehr von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Friedensorientierung votieren, sprechen sich damit gleichzeitig gegen die europäische Einigung aus und unterhöhlen die Legitimation der EU. Man kann es nicht von der Hand weisen: Was das geeinte Europa ausmacht, wird gegenwärtig mindestens ebenso von innen infrage gestellt, wie es von außen bedroht wird.

Die EU – eine außenpolitische Friedensmacht?

Als Wertegemeinschaft ist die EU auch in ihrem Außenhandeln auf ihre grundlegenden Werte verpflichtet. Sie kann sich nicht als ein bloßer Machtakteur zur Bündelung europäischer Interessen verstehen, sondern hat diese Interessen in einem wertbezogenen Rahmen zu verfolgen, sodass die globale Friedens- und Rechtsordnung dadurch nicht beschädigt, sondern idealerweise gestärkt wird. Wie dies genauer zu verstehen ist, wird in der politischen Diskussion mit Begriffen

wie „Friedensmacht“, *„normative power“, „soft power“* oder *„ethical power“* erörtert. Die EU, so ein Grundgedanke der *normative power*-Konzeption, verändert durch ihr außenpolitisches Agieren die international akzeptierten Vorstellungen dessen, was legitime Politik und legitime Institutionen ausmacht, und wirkt so ohne direkte Machtausübung positiv auf die internationalen Ordnungssysteme ein. Die Globale Strategie hat 2016 erneut bekräftigt, dass die EU für Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Wohlstand und eine regelbasierte Weltordnung eintritt. In einer Zeit, in der Unilateralismus und Verachtung für völkerrechtliche Regime im Trend zu liegen scheinen, ist dies eine wichtige und wertvolle normativ basierte Rollenauffassung. Man kann sicherlich mit Recht einwenden, dass die EU dieser Selbstverpflichtung bislang faktisch nur unzureichend gerecht geworden ist und dass ihr ein gegenteiliges Außenhandeln nicht eben selten vorgehalten werden kann. Die häufig beklagte mangelnde Kohärenz der außenbezogenen Politiken hat ihre Ursache sicherlich auch in den Interessengegensätzen der Mitgliedstaaten und in der Verfasstheit der GASP, die letztlich auf eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners hinausläuft.

Der Vorwurf, die Friedens- und Werteorientierung der EU-Außenpolitik habe letztlich vor allem eine rhetorische Bedeutung und bleibe ganz erheblich hinter ihrem Anspruch zurück, ist in unserem Zusammenhang freilich nur eine Seite der Kritik. Befürworter des neuen Schwungs in der GSVP könnten ja argumentieren, dass die vertiefte Koordination und Zusammenarbeit und die operative Verstärkung durch Instrumente wie PESCO der EU genau jene Werkzeuge in die Hand geben, die sie zu einem konsistenteren und effizienteren Außenhandeln befähigen werden. Eine anders gelagerte Kritik meldet jedoch gerade hieran Zweifel an. Die bisherige Orientierung an Frieden und Rechtsordnung, die die Union in der Außenpolitik gezeigt habe, sei gerade ihrer Ineffizienz zu verdanken gewesen. Gerade weil die GASP und vor allem die GSVP wenig vergemeinschaftet seien und sich weitgehend aus der komplizierten Kompromissbildung unter den Mitgliedstaaten ergeben, sei die EU als wenig handlungsfähiger internationaler Akteur faktisch auf einen friedens- und regelorientierten Politikstil festgelegt gewesen. Kurz gesagt: Die EU ist Friedensmacht, weil sie wegen ihrer speziellen Verfasstheit gar keine Machtpolitik verfolgen kann. Der Zuwachs an Handlungsfähigkeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist daher, so das Argument, aus friedensethischer Sicht überaus kritisch zu bewerten: Wird die EU nicht, da sie durch PESCO nun die Möglichkeiten dazu hat, mehr und mehr zur Interessen- und Machtpolitik übergehen? Verführt eine EU-Armee zur Abkehr von der Friedensorientierung? Steht die GSVP in Gefahr, auf eine schiefe Bahn zu geraten? Diese Kritik nimmt zusätzlich auf eine Spannung innerhalb der Werte der Union Bezug: Die Union verfolgt ja nicht nur Frieden, sondern auch die Durchsetzung liberaler Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung und Freiheit. Das Durchsetzen von Demokratie und Menschenrechten kann aber durchaus den Einsatz militärischer Mittel erfordern und steht somit in einem möglichen Gegensatz zur Friedensorientierung.

Führt eine EU-Armee zur Abkehr von der Friedensorientierung?

Das Argument ist überaus ernst zu nehmen. Es spielt ja auf die problematische, teilweise unselige Geschichte der humanitären Interventionen in der jüngeren Vergangenheit an. Das militärische Eingreifen etwa in Afghanistan und im Irak, das in beiden Fällen auch mit dem Schutz der Menschenrechte, der Befreiung aus Diktaturen und dem Errichten einer Demokratie gerechtfertigt wurde, hat bis heute ungelöste Konfliktherde hervorgebracht. In den Augen vieler Beobachter steht Menschenrechtspolitik mittlerweile grundsätzlich unter Ideologieverdacht. In der Tat kann nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass neue GSVP-Handlungsspielräume in einer Weise genutzt werden, die in Widerspruch zu den Werten der Union steht. Zunächst könnte dieses Risiko dann real werden, wenn PESCO für EU-Mitgliedstaaten, die europäischen Wer-

ten ablehnend gegenüberstehen, zur Blaupause wird, die durch den Lissabon-Vertrag gegebene Möglichkeit zur Clusterbildung für partikulare Zwecke zu nutzen. PESCO bildet ja einen rechtlich-politischen Rahmen für die verbindliche, „ambitionierte" Zusammenarbeit von Staaten, die den entsprechenden politischen Willen und die militärischen und sonstigen Fähigkeiten zu einer solchen definierten Zusammenarbeit aufbringen. Die innere und die äußere Situation der EU könnten dann einen riskanten Mix ergeben, wenn sich politisch europa- und menschenrechtsskeptische Regierungen zusammentun, um etwa einer von ihnen wahrgenommenen Bedrohungslage an den Grenzen – durch Migranten oder durch einen anderen Staat – durch gemeinsame Operationen zu begegnen. Ein solches Szenario ist gegenwärtig noch nicht zu erkennen. Die ersten im Rahmen von PESCO eingerichteten Projekte sind eher auf einem niedrigeren Ambitionslevel angesiedelt und vorwiegend rüstungswirtschaftlicher und logistischer Natur. Auch scheinen die Möglichkeiten zur Clusterbildung durch ausgesuchte Mitgliedstaaten bislang nicht genutzt zu werden. Dies könnte sich freilich ändern. Indem PESCO den Rahmen für eine unterschiedlich intensive Zusammenarbeit von einzelnen Mitgliedstaaten grundsätzlich bereitstellt, trägt es einerseits dazu bei, die bislang träge GSVP dynamischer zu machen. Andererseits birgt dies die Gefahr, die Mitgliedstaaten auseinanderzudividieren. Sollten militärische Operationen einer Teilmenge der EU-Staaten Schule machen und zudem auch hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit fundamentalen Werten der Union infrage stehen, könnten sie nicht nur die GASP, sondern den Zusammenhalt der EU insgesamt aufs Spiel setzen.

Weder kann Frieden mit Gewalt errichtet noch können Menschenrechte mit unmoralischen Mitteln etabliert werden

Friedenspolitisch können Ziel und Mittel nicht voneinander getrennt werden

Auch diesseits solcher Szenarien ist friedensethische Skepsis gegenüber der Vision einer EU-Armee angebracht. Im Raum steht der Verdacht, die Ausweitung sicherheitspolitischer und insbesondere militärischer Handlungsfähigkeiten führe auch dann zu einem Widerspruch zur bisherigen Friedensorientierung der EU, wenn die liberalen Werte der Union beachtet würden. Ja, gerade die selbst gesetzte Verbindlichkeit gegenüber Werten wie Demokratie, Freihandel und Menschenrechten setze die Orientierung am Frieden aufs Spiel, weil sie die Legitimation zum militärischen Intervenieren bereitstelle. Würden erhöhte Effizienz und Effektivität im GSVP-Bereich nicht zu einer Interessenpolitik führen, die unter dem Mantel der Menschenrechts- und Demokratieverbreitung die Ausweitung der europäischen Einflusssphäre verfolgt – einfach, weil sie es kann? Auch dieser Einwand ist ernst zu nehmen. Er beruht auf einem weit verbreiteten Missverständnis. In der Friedens- und Menschenrechtspolitik können Ziel und Mittel nämlich nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Weder kann Frieden mit Gewalt errichtet noch können Menschenrechte mit unmoralischen Mitteln etabliert werden. Beide werden vielmehr durch Gewaltanwendung tendenziell delegitimiert. Dies überzeugt dann am ehesten, wenn Frieden und Menschenrechte nicht als punktuelle Ereignisse betrachtet werden, wie etwa das Beenden eines Bürgerkriegs oder der Sturz einer Diktatur durch militärische Intervention. Frieden und Menschenrechte sind vielmehr als Ordnungsprinzipien einer gerechten und humanen Gesellschaft und eines Staats zu sehen. Sie bedürfen einer Umsetzung in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen – etwa des Rechts und der Politik – und sind auf Mentalitäten, Einstellungen und Haltungen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Bestehen und Funktionieren angewiesen. Deswegen können sie nicht ohne Weiteres zum Gegenstand instrumentellen Außenhandelns gemacht werden. Friedens-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik können daher nicht

durch Maßnahmen verbreitet oder gestützt werden, die diesen Werten selbst nicht gerecht werden, sondern sie als zynischen Vorwand zur Durchsetzung ganz anderer Interessen erscheinen lassen müssen.

Das Verhältnis zwischen Friedenssicherung und Menschenrechtspolitik ist ohne Zweifel außerordentlich komplex. Es ist wahrscheinlich nicht überzeugend, den Einsatz militärischer Mittel grundsätzlich für alle Situationen auszuschließen. Daher ist eine GSVP der EU auch nicht grundsätzlich unsinnig oder illegitim. Die Erfahrungen mit den humanitären militärischen und nicht militärischen Interventionen der vergangenen Jahrzehnte lehren jedoch, dass es ungleich viel einfacher ist, militärisch zu intervenieren und akute Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu stoppen, als eine funktionierende, stabile und demokratisch verfasste Gesellschaftsordnung wieder zu errichten, wo sie erst einmal ernsthaft beschädigt wurde. Was bislang international nicht zufriedenstellend beantwortet wurde, ist zudem folgende Frage: Wie können internationale Konflikte, regionale Destabilisierung und verheerende Entwicklungsdisparitäten rechtzeitig verhindert oder so eingedämmt werden, dass sie sich nicht zu überregionalen und globalen Sicherheitsrisiken entwickeln – und dies unter Beachtung fundamentaler Menschenrechte und Werte? Wie muss die internationale Ordnung beschaffen sein, dass Sicherheitsrisiken unwahrscheinlicher werden oder ihr jeweiliges Gewicht abnimmt? Und welche Rolle könnte die europäische GSVP dabei spielen? Und: Wäre sie dazu angesichts der inneren Verfasstheit der EU überhaupt in der Lage?

Die EU muss sich um ihren inneren Zustand kümmern

Die Freude über das Voranschreiten im Bereich der GSVP sollte nicht übersehen lassen, dass der innere Zustand der Union momentan besorgniserregend ist. Die Ansichten darüber, wozu die europäische Einigung dient und worin ihre wesentlichen Grundlagen bestehen, gehen weit auseinander. Das dürfte sich auch in der GSVP niederschlagen, wo sich zeigen muss, zu welchen gemeinsamen Lagebeurteilungen und Maßnahmenbeschlüssen die europäischen Partner bereit sind. Sollte in 2019 ein harter Brexit erfolgen, sollten antieuropäische Parteien eine Mehrheit bei der Europawahl erringen und sollten noch mehr Mitgliedstaaten EU-skeptische oder -ablehnende Positionen beziehen, könnte die Einheit der Union ernstlich auf dem Spiel stehen. Auch diesseits eines solch düsteren Szenarios dürfte eine konsistente GSVP weiterhin eine echte Herausforderung darstellen. Die eigentliche Aufgabe der EU – letztlich die Aufgabe der Europäerinnen und Europäer – besteht darin, die fundamentale Krise der EU zu überwinden. Diese Krise der Union ist nicht nur eine Institutionenkrise, sondern auch eine Krise der Demokratie und des Rechtsstaats in Europa. Wird diese nicht überwunden, steht zu befürchten, dass Europa selbst zu einem Unruhefaktor wird. Das Wiederaufleben des überwunden geglaubten Nationalismus und der ethnozentrischen Interessenpolitik macht die europäischen Staaten nicht zu berechenbaren Akteuren. Der Wert der GSVP wird sich auch daran messen lassen müssen, ob und inwieweit sie dazu beiträgt, außenpolitischen Irrationalismus zu verhindern. Demokratie und europäische Integration haben sich seit 1948 Hand in Hand über Europa ausgebreitet, sie müssen heute gemeinsam verteidigt werden. Die EU und die politische Vision, die hinter der europäischen Integration steht, benötigen eine neue Plausibilität. Dazu werden auch Antworten auf die Sicherheitsbedürfnisse und die Sicherheitsinteressen der europäischen Bürgerinnen und Bürger gefunden werden müssen. Diese sehen ihre Sicherheit nicht nur durch russische Großmachtpolitik oder durch unregulierte Migration bedroht, sondern auch durch den ökonomischen, sozialen und kulturellen Transformationsdruck, dem sie in ihren Gesellschaften ausgesetzt sind. Man kann

Diese Krise der Union ist nicht nur eine Institutionenkrise, sondern auch eine Krise der Demokratie und des Rechtsstaats in Europa

mit guten Gründen der Überzeugung sein, dass die gesellschaftlichen Transformationsherausforderungen im europäischen Rahmen letztlich besser bewältigt werden können als im nationalen Alleingang. Diese Sichtweise muss jedoch auf neue Weise plausibel werden.

Aktuelle Aufgaben für die EU als Friedensmacht

Die veränderte außenpolitische Sicherheitslage, auf die die EU mit der Globalen Strategie reagiert, hat viele Facetten und Ursachen. Etliche davon haben mit echten Interessengegensätzen zwischen Großmächten zu tun, andere mit regionalen Problemen, wieder andere werden durch ideologische Motive angefeuert. Die EU ist ohne Zweifel überfordert, wenn sie diese Konflikte ursächlich bekämpfen wollte. Ihr bisheriges Verständnis als Friedensmacht hat freilich auch einen ganz anderen Akzent gesetzt. Da es internationale Konflikte immer geben wird, kommt es darauf an, eine belastbare und einigermaßen funktionsfähige internationale Rahmenordnung aufzubauen und zu stärken, innerhalb deren diese Konflikte möglichst konstruktiv, menschenrechtskonform und schadensarm ausgetragen werden können. Offenkundig hat das Ordnungssystem der Vereinten Nationen, das die Nachkriegsperiode lange Zeit geprägt hat, seine besten Zeiten hinter sich. Es bedarf einer grundlegenden Reform, die etwa mit den wechselseitigen Blockademöglichkeiten der Vetomächte aufräumt. So etwas wie eine globale *rule of law* ist in Ansätzen auf verschiedenen Gebieten erkennbar, aber bedarf noch erheblicher Ausbauarbeiten. Es wird darauf ankommen, internationale Akteure wieder vom Sinn des Multilateralismus zu überzeugen und sie zur konstruktiven Partizipation an der Reform der internationalen Ordnung zu bewegen. Hier liegt eine Jahrhundertaufgabe, die des entschiedenen und nachhaltigen Einsatzes bedarf. Dies ist eine wesentliche Gestalt, die Friedensarbeit heute annimmt und die einer Friedensmacht angemessen ist. Diese Herausforderung ist umso dringlicher, als sich momentan kaum bedeutsame Mächte darum kümmern: Die USA setzen zurzeit auf unilaterale Druckpolitik, Russland und China haben wenig Interesse an Regelungen, die nicht unmittelbar ihren Interessen dienen – somit bleibt eigentlich nur Europa als hinreichend gewichtiger Akteur übrig, um Verantwortung für die Zukunft der internationalen Ordnung zu übernehmen. Dies klingt angesichts des gegenwärtigen Zustands der Union utopisch. Schließlich müssten dazu auch innereuropäische Gegensätze überwunden werden wie die zwischen jenen Mitgliedern beziehungsweise Austrittskandidaten (Frankreich beziehungsweise UK), die gegenwärtig als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs über einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat verfügen, und jenen ohne einen solchen Sitz. Entsprechend dürften die Einstellungen zur Reform der UN bzw. der internationalen Ordnung generell recht unterschiedlich sein und in diverse Richtungen gehen. Die EU kommt jedoch ohnehin nicht darum herum, das im Zuge ihrer bisherigen Geschichte erworbene Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten für ihre gegenwärtige und zukünftige Außenpolitik zu mobilisieren. Schließlich funktioniert auch die aktuell neue Form annehmende GSVP auf der Basis gegenseitigen Vertrauens – oder sie wird wirkungslos bleiben. Es ist der Union zu wünschen, dass das Engagement der Mitgliedstaaten für eine gemeinsame Politik insgesamt neuen Schwung erhält. Dies wird nicht ohne Revitalisierung der Wertebasis gehen können. Doch würde die EU damit die Voraussetzung schaffen für eine konsistentere Einstellung ihrer Mitglieder und ihrer eigenen Politik zu den fundamentalen Werten Frieden, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie – nach innen wie nach außen. Das wäre jedenfalls ein wirklich substanzieller Beitrag der EU zur globalen Friedensordnung.

Der Autor

Nach akademischen Stationen in Tübingen, Berlin, Erfurt und Saarbrücken hat ***Christof Mandry*** *seit 2015 die Professur Moraltheologie/Sozialethik an der Goethe Universität Frankfurt inne. Seine Forschungs- und Interessenschwerpunkte liegen zum einen im Bereich der politischen Ethik (gesellschaftlicher Pluralismus, Europäische Union, Migration), auf der anderen Seite in den Bereichen der Lebensführung und der Identität moralischer Personen sowie der Bio- und Medizinethik (Ethik im Gesundheitswesen, medizinethische Entscheidungsfragen).*

EUROPÄISCHE ARMEE
VON REALITÄTEN UND CHIMÄREN

Autor: ***Hans-Georg Ehrhart***

Der letzte NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 ging noch einmal glimpflich aus. Zunächst gab es viel Theaterdonner von US-Präsident Donald Trump. Er prangerte die angeblich unfaire Lastenteilung an und mahnte die Erfüllung des vereinbarten Ziels an, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Militärhaushalt auszugeben. Die NATO und mehr noch die transatlantischen Beziehungen durchleben seit Trumps Amtsantritt eine veritable Vertrauens- und Sinnkrise, die wiederum in der ebenfalls kriselnden EU den Ruf nach strategischer Autonomie verstärkt. Der Weg dahin, so die Protagonisten mit Berufung auf den Lissabon-Vertrag, würde über den Ausbau der Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (GSVP) führen. Seit einiger Zeit ist schon vom Aufbau einer Europäischen Armee die Rede[1], vom zu stärkenden europäischen Pfeiler in der NATO[2] und vom Ziel einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion[3]. Der aktuelle Koalitionsvertrag verspricht den „Ausbau einer europäischen Verteidigungsunion" und weitere Schritte auf dem Weg zur „Armee der Europäer"[4].

Wäre auch der Verteidigungsbereich vergemeinschaftet wie die Zoll- und Währungspolitik, dann, so die Befürworter, sähe alles anders aus. Wäre also eine integrierte europäische Armee nicht die Lösung? Wäre sie nicht rüstungswirtschaftlich effizienter, integrationspolitisch fortschrittlicher, weltpolitisch effektiver und sicherheitspolitisch nützlicher? So veröffentlichte das Europäische Parlament einen Bericht, der die Kosten der verteidigungspolitischen Zersplitterung der EU auf jährlich bis zu 136 Milliarden Euro schätzt.[5] Egon Bahr wiederum meinte, die Bildung einer europäischen Armee führe dazu, dass Europa seine Rolle als sicherheitspolitisches Protektorat Amerikas überwinde.[6] Das wäre angesichts der erratischen Politik eines Donald Trump und der damit verbundenen Ungewissheit der amerikanischen Sicherheitsgarantie eine verlockende Aussicht. Doch warum ist es den Europäern bislang nicht gelungen, eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln? Ein historischer Rückblick gibt erste Aufschlüsse.

Abstract

Zu Beginn seines Beitrags konstatiert Hans-Georg Ehrhart eine „veritable Vertrauens- und Sinnkrise" in den transatlantischen Beziehungen seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump. Diese befeuert in der EU den Ruf nach strategischer Autonomie. Von einem Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bis hin zum Aufbau einer europäischen Armee versprechen sich die Befürworter mehr rüstungswirtschaftliche sowie integrations- und sicherheitspolitische Vorteile.

Ehrhart schließt daran einen historischen Abriss an. Nach dem Scheitern des Vorhabens einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den Jahren 1950 bis 54 und einer „Wiederbelebung" der Westeuropäischen Union beschloss die EU 1999 unter dem Eindruck der Balkankriege, die GSVP aufzubauen. Diesen Prozess unterteilt der Autor in drei Phasen: die Schaffung der vertraglichen Grundlagen und Institutionen für die Durchführung von Krisenmanagementoperationen, die operative Phase mit zivilen und militärischen Missionen auf Grundlage der 2003 verabschiedeten ersten Sicherheitsstrategie sowie die stärker verteidigungsorientierte Globale Strategie von 2016, in deren Folge auch die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) ins Leben gerufen wurde.

Angesichts von Defiziten einzelner EU-Mitgliedstaaten, etwa bei bestimmten militärischen Fähigkeiten, spreche nichts gegen mehr europäische sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit, so Ehrhart. Dass jedoch am Ende dieses langsam, aber stetig voranschreitenden Prozesses eine europäische Armee stehen müsse, sei nicht zu erkennen und auch aus dem Vertrag von Lissabon nicht abzuleiten. Mehr noch: Sie sei schlichtweg nicht zu realisieren. Denn ihre Schaffung würde zunächst eine bundesstaatliche Verfasstheit Europas voraussetzen, zu der (nicht nur in Deutschland) der politische Wille fehlt. Auch unterschiedliche sicherheitspolitische Kulturen und zu erwartende nationale Widerstände gegen Kompetenzverluste, etwa seitens des Militärs oder der nationalen Rüstungsindustrien, stünden ihr entgegen. Zu guter Letzt bestehe laut Ehrhart die Gefahr, dass die Existenz gemeinsamer Streitkräfte früher oder später einer klassischen Großmachtpolitik Vorschub leiste, zumal die notwendige parlamentarische Kontrolle einer solchen Europaarmee noch völlig ungeklärt ist. Für die wünschenswerte Stärkung einer Friedensmacht Europa stelle sie daher definitiv einen Irrweg dar.

Historischer Rückblick[7]

Das Projekt einer Europäischen Armee, das insbesondere die deutschen Regierungsparteien als langfristiges Ziel befürworten, stand zwischen 1950 und 1954 bereits einmal vor der Realisierung. Damals war Frankreich die treibende Kraft für seine Initiierung und für sein Scheitern. Der Kalte Krieg führte kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer veränderten Bedrohungslage, in deren Mittelpunkt zunehmend die Sowjetunion und weniger Deutschland stand. Der 1948 zwischen Frankreich, Großbritannien und den Beneluxstaaten geschlossene Brüsseler Vertrag hatte sich noch gegen eine Aggression der Sowjetunion und Deutschlands gerichtet. 1949 wurde Frankreich Gründungsmitglied der NATO. Angesichts des amerikanischen Drucks, Westeuropa als „Festlandsdegen" gegen die Sowjetunion aufzubauen, verfolgte Paris ab 1950 eine Deutschland- und Sicherheitspolitik, die der Formel „Sicherheit und Kontrolle durch Integration" folgte.[8]

Wenn schon in einer historisch günstigen Konstellation eine europäische Armee nicht akzeptabel war, bedeutet das für die heutigen Erfolgsaussichten nichts Gutes

Zunächst erfolgte 1952 die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, mit der Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Beneluxstaaten diese damals wirtschaftlich und rüstungspolitisch wichtigen Sektoren einer gemeinsamen hohen Behörde unterstellten. Das Vorhaben einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unterzeichneten 1952 zwar alle Teilnehmerstaaten. Es scheiterte aber 1954 nach harten internationalen Verhandlungen an der ablehnenden Haltung Frankreichs, das aufgrund zwischenzeitlich veränderter parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse nicht mehr zu einer umfassenden Einschränkung der nationalen Souveränität in diesem vitalen Politikfeld bereit war. Dadurch wurde auch der 1953 vorgelegte Verfassungsentwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft, die stark supranationale Züge hatte, obsolet. Das Ende des Koreakrieges und der Tod Stalins sowie die Ergebnisse der Genfer Indochina-Konferenz und die schwindende Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung hatten die Sicherheitslage für Paris verändert. Als „Ersatzlösung" wurde die Bundesrepublik Mitglied der NATO und der aus dem geänderten Brüsseler Vertrag hervorgegangenen Westeuropäischen Union (WEU).

Während die NATO künftig für die militärische Sicherheit nach außen zuständig war, oblag der WEU vor allem die Aufgabe der Rüstungskontrolle gegenüber der Bundesrepublik. So scheiterte der bislang einzige Versuch, eine europäische Armee aufzubauen. Wenn aber schon in einer historisch günstigen Konstellation wie damals eine europäische Armee nicht akzeptabel war, bedeutet das für die heutigen Erfolgsaussichten nichts Gutes.

Der in den 1980er-Jahren erfolgte Versuch, die WEU nach dreißigjährigem Dornröschenschlaf zu reformieren und als institutionellen Rahmen für den Aufbau europäischer Verteidigungskapazitäten zu nutzen, lief letztlich auch ins Leere. Ausgangspunkt für diesen Prozess war die Aufhebung aller im konventionellen Bereich noch bestehenden, die Bundesrepublik betreffenden einseitigen konventionellen Rüstungsbeschränkungen. Es folgten einige bi- und multilaterale Schritte der Militärkooperation sowie die Abmachung, sich in allen militärischen Fragen zu konsultieren. Im Maastrichter und im Amsterdamer Vertrag über die Europäische Union noch als militärischer Arm der EU vorgesehen, musste die WEU schließlich dem 1999 beschlossenen Vorhaben weichen, die GSVP im Rahmen der EU aufzubauen.

Vorausgegangen waren die Balkankriege in den 1990er-Jahren, welche die Unfähigkeit der meisten EU-Staaten vor Augen führten, in ihrer Nachbarschaft militärisch zu intervenieren. Darum einigten sich Frankreich, das ursprünglich eine eigene europäische Verteidigung im Rahmen der WEU anstrebte, und Großbritannien, das genau das verhindern wollte, weil es eine Schwächung der NATO befürchtete, auf dem Gipfel von Saint-Malo

darauf, Interventionskapazitäten im Rahmen der EU aufzubauen. Deren Hauptzweck war und ist aber nicht der Aufbau einer europäischen Armee, um die Verteidigung Europas zu gewährleisten, sondern die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten für das internationale Krisenmanagement. Der Hauptadressat dieser Initiative war übrigens Deutschland, das nach Ansicht von Paris und London viel zu wenig in militärische Kapazitäten investierte.

GSVP im Werden

Die GSVP entwickelte sich zunächst sehr dynamisch. Sie wurde vom damaligen Hohen Beauftragten der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, zu Beginn als das „Integrationsprojekt der nächsten Dekade" eingestuft.[9] Dieser mit den Europäischen Räten von Köln und Helsinki 1999 startende Prozess lässt sich in drei Etappen einteilen. In der ersten Phase wurden die wesentlichen Institutionen aufgebaut, danach begann die operative Phase. Seit 2016 läuft die dritte Etappe, die sich verstärkt dem Aufbau von zivilen und militärischen Kapazitäten widmet. Dieser stand zwar von Beginn an auf der Agenda und war ja der eigentliche Anlass dafür, dass die GSVP auf die Schiene gesetzt wurde. Sie blieb aber nicht zuletzt wegen der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise weit hinter den Erwartungen zurück.

Im Amsterdamer Vertrag und im Vertrag von Nizza schuf die EU die vertraglichen Grundlagen für die Durchführung von Krisenmanagementoperationen. Erstens wurde das Amt des Hohen Vertreters für die GASP geschaffen, der zugleich Generalsekretär des Rates ist. Zweitens wurde ihm mit der Policy Unit ein kleiner Stab zur Seite gestellt, der mittlerweile auf einen veritablen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) angewachsen ist. Drittens wurden die Petersberg-Aufgaben in den Vertrag übernommen.[10] Damit wurde zivile und militärische Krisenbewältigung zu einem Aufgabenbereich der EU. Als Nächstes wurde mit dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) ein Kernstück des Krisenmanagements geschaffen. Es setzt sich aus den Ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten und einem Vertreter der Kommission zusammen. Es nimmt unter der Verantwortung des Rates die politische Kontrolle und die strategische Leitung von Operationen zur Krisenbewältigung wahr. Für das zivile Krisenmanagement wurde ein gesonderter Ausschuss gegründet (Committee for Civilian Aspects of Crisis Management, CIVCOM), der aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der Kommission besteht und das PSK berät. Der Militärausschuss (European Union Military Committee, EUMC) besteht aus den Generalstabschefs der Mitgliedstaaten und ist das oberste militärische Organ in den politisch-militärischen Strukturen des Rates. Er berät das PSK in allen militärischen Fragen. Ihm arbeitet ein Militärstab zu (European Union Military Staff, EUMS). Im EAD sind zwei Stäbe für ziviles und zivil-militärisches Krisenmanagement eingegliedert: Die Civil Planning and Conduct Capability, die eine Art Hauptquartier für ziviles Krisenmanagement ist, und das Crisis Management and Planning Directorate, das für integrierte zivil-militärische Planung zuständig ist.[11]

Die operative Phase der GSVP begann 2003 und umfasst bislang 34 zivile und militärische Operationen

Die operative Phase der GSVP begann 2003 und umfasst bislang 34 zivile und militärische Operationen. Sie erfolgten zunächst auf der Grundlage der 2003 verabschiedeten ersten European Security Strategy (ESS), die fünf Kernbedrohungen benannte: Terrorismus, Staatsversagen, regionale Konflikte, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und organisiertes Verbrechen. Gegenwärtig laufen sechs militärische und zehn zivile Operationen beziehungsweise Missionen mit insgesamt circa 5000 Einsatzkräften. Die meisten dieser Einsätze zeichnen sich durch eine geringe Personalstärke und ihren zivilen Charakter aus. Acht finden gegenwärtig in Afrika statt, sechs in Europa. Von den militärischen Operationen ist keine im militärischen High-End-Spektrum. Der vom Umfang her anspruchsvollste Militäreinsatz war die Operation in Bosnien und

Herzegowina mit zeitweise 7000 Einsatzkräften.[12] Die vom Einsatzgebiet her anspruchsvollste Operation war EUFOR Tschad/ZAR mit knapp 4000 Einsatzkräften. Die anspruchsvollste zivile Mission (EULEX) fand mit zeitweise 2000 Kräften im Kosovo statt.[13]

Der erhoffte große Wurf in Richtung europäischer Armee ist bislang ausgeblieben

Die dritte Phase startete mit der neuen Globalen Strategie der EU (EUGS) im Jahre 2016. Sie löste die ESS ab und lässt sich von fünf Prinzipien leiten: Sicherheit für die Union, staatliche und gesellschaftliche Resilienz, integrierter zivil-militärischer Ansatz für die Konfliktbearbeitung, kooperative regionale Ordnungen und Global Governance.[14] Weitere wichtige Stationen sind die Verabschiedung einer Roadmap für die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten 2016, die Forderung des Europäischen Parlaments, eine Europäische Verteidigungsunion aufzubauen, 2016, die Verabschiedung eines European Defence Action Plan durch die Europäische Kommission im selben Jahr, der Beschluss zur Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds 2017, die Verabschiedung eines Reflexionspapiers über die Zukunft der europäischen Verteidigung durch die Europäische Kommission, der Beschluss, ein ständiges militärisches Hauptquartier für nicht exekutive Militäroperationen einzurichten, der Beginn der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) mit zunächst 17 Projekten, einem nationalen Implementierungsplan und einer jährlichen sowie einer strategischen Überprüfung 2021 und 2025 und die Einigung auf die Einrichtung eines Programms für die Entwicklung der europäischen Verteidigungsindustrie 2018.

Eher ein Trugbild als ein realistisches Ziel

Die skizzierten Schritte zum Aufbau der GSVP zeigen zweierlei: Sie entwickelt sich schrittweise, aber langsam. Der erhoffte große Wurf in Richtung europäischer Armee ist bislang ausgeblieben. Wie passt diese Zielsetzung mit dem Vertrag von Lissabon zusammen? Dieser bestimmt einerseits in Artikel 4, dass „die nationale Sicherheit weiterhin in die alleinige Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten [fällt]“. Er ist andererseits flexibel angelegt, gibt er doch in der Präambel das Ziel einer „immer engeren Union der Völker Europas“ vor. Als Ziel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) nennt Artikel 42 „die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik […], die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“. Was das integrationspolitisch konkret bedeutet, bleibt unklar, denn eine gemeinsame Verteidigung ist mit und ohne europäische Armee vorstellbar. Ebenso offen ist, welche politische Gestalt die EU annehmen soll. Gleichwohl gibt es einige gute Argumente, die gegen eine europäische Armee sprechen.[15]

Mit seinem Urteil zum Vertrag von Lissabon vom 30. Juni 2009 bekräftigt das Bundesverfassungsgericht einerseits die in Artikel 23 Grundgesetz enthaltene Ermächtigung zur Beteiligung an einer als Staatenverbund konzipierten Europäischen Union. Andererseits verdeutlicht es, dass das Grundgesetz die für Deutschland handelnden Organe nicht dazu ermächtigt, „durch einen Eintritt in einen Bundesstaat das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes in der Gestalt der völkerrechtlichen Souveränität Deutschlands aufzugeben“. Dieser Schritt ist „allein dem unmittelbar erklärten Willen des Deutschen Volkes vorbehalten“.[16] Die klassische Finalitätsfrage der Europäischen Union – soll die EU zu einem Bundesstaat (inklusive einer integrierten Armee) führen oder soll sie ein Gebilde sui generis in Form einer Staatenverbindung bleiben? – wird faktisch zugunsten der zweiten Zielvorstellung entschieden. Das Urteil verbaut zwar nicht die Möglichkeit eines Aufgehens deutscher Staatlichkeit in einer europäischen Föderation. Karlsruhe hat aber eine extrem hohe Hürde errichtet: Es bedürfte einer neuen Verfassung, die den Verzicht auf staatliche Souveränität ausdrücklich enthält und der das deutsche Volk unmittelbar zustimmen muss.

Ein weiteres verfassungsrechtliches Argument spricht gegen eine europäische Armee: Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1994 entschieden, dass der Bundestag vor einem Auslandseinsatz der Bundeswehr ein entsprechendes Mandat erteilen muss. Die deutsche Armee ist aus gutem Grund ein Parlamentsheer. Selbst wenn sich die EU zu einem regionalen System gegenseitiger kollektiver Sicherheit entwickeln würde, so das Verfassungsgericht, wäre eine Supranationalisierung der Entscheidung über einen konkreten Einsatz von Streitkräften wegen des Friedens- und Demokratiegebots des Grundgesetzes nicht zulässig. Zugleich besagt das Urteil, dass damit allerdings „keine unübersteigbare Grenze für eine technische Integration eines europäischen Streitkräfteeinsatzes" gezogen sei.[17] Als Beispiele nennt es gemeinsame Führungsstäbe und die Bildung gemeinsamer Streitkräftedispositive.

Ein weiteres Gegenargument ist, dass die deutschen Parteien zwar vom Ziel einer europäischen Armee reden, aber diese in letzter Konsequenz nicht wollen, zumindest nicht als Element eines europäischen Bundesstaates. Dieses Ziel haben mittlerweile alle aus ihrer Programmatik gestrichen. Abgesehen davon, dass eine europäische Armee, die diesen Namen verdient, eine bundesstaatliche Verfasstheit der EU eigentlich voraussetzt, wirft die gewünschte militärische Integration Fragen auf, deren Beantwortung die deutsche Politik gern umgeht. Wohin soll eine stärker vergemeinschaftete GASP führen? Wenn ein europäischer Bundesstaat nicht mehr das Ziel ist, wie soll die europäische Armee denn politisch geführt werden? Was sind die Folgen für das Verhältnis zur NATO? Wäre diese Armee angesichts eines fehlenden europäischen Konsenses in der Frage der Anwendung militärischer Gewalt überhaupt einsatzfähig? Die fehlenden Antworten lassen vermuten, dass es sich bei der Forderung bloß um ein Schlagwort handelt. Wenn sie wirklich ernst gemeint wäre, müssten die Regierungsparteien konkrete Antworten auf die oben aufgeworfenen Fragen geben und entsprechend ambitionierte Initiativen starten.

Selbst wenn die Bundesregierung das Ziel einer Europäischen Armee ernsthaft verfolgte, bliebe das Vorhaben aufgrund der Widerstände der Verbündeten eine Chimäre. Den neutralen EU-Mitgliedern bleibt dieser Weg schon aus verfassungsrechtlichen Gründen versperrt. Sie können zwar problemlos an der GSVP teilnehmen, wollen aber ihren neutralen Status nicht aufgeben. Erst recht wollen sie nicht in einem europäischen Bundesstaat aufgehen. Das streben auch Großbritannien und Frankreich nicht an, ebenso wenig die mitteleuropäischen EU-Mitglieder. Keiner der Verbündeten will zudem die NATO infrage stellen, denn sie wissen: NATO und europäische Armee schließen sich eigentlich aus, weil eine funktionstüchtige europäische Armee die NATO obsolet machen würde.

NATO und europäische Armee schließen sich eigentlich aus, weil eine funktionstüchtige europäische Armee die NATO obsolet machen würde

Der fehlende Wille der Partner zum Aufbau einer europäischen Verteidigung ist nicht nur eine Frage des politischen Voluntarismus. Er wurzelt vielmehr in den unterschiedlichen sicherheitspolitischen Kulturen. Hier setzt die Europäische Interventionsinitiative von Präsident Macron an, die außerhalb der EU angesiedelt ist.[18] Während die Bevölkerung in Deutschland aus historischer Erfahrung heraus sehr interventionsskeptisch und der entsprechende Handlungsspielraum der Exekutive durch den verfassungsrechtlich verankerten Parlamentsvorbehalt eingeschränkt ist, sieht das in Frankreich anders aus: Die Bevölkerung ist weniger interventionsskeptisch, und der sicherheitspolitische Handlungsspielraum des Staatspräsidenten ist größer. Hinzu kommt ein anderes Selbstverständnis der außenpolitischen Eliten, das sich aus ihrem ehemaligen Weltmachtstatus, ihren Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien, dem Status als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs und als Nuklearmacht sowie ihrem nationalen Unabhängigkeitsstreben speist.[19]

Gegen die Bildung einer europäischen Armee sprechen auch die korporativen Eigen-

interessen vieler Akteure in den EU-Staaten. So würden die nationalen Verteidigungsministerien an Bedeutung verlieren oder gar ganz verschwinden. Das könnte zwar Geld sparen, würde aber politische Widerstände verursachen. Ähnliches gilt für gewichtige Teile der Streitkräfte. Allein die seit vielen Jahren beobachtbare Schwierigkeit, innerhalb eines Landes die Rolle der Teilstreitkräfte zugunsten von übergreifenden und integrierten Strukturen („jointness") zu verändern, weist darauf hin, dass die Hindernisse sehr groß sind. Auch Akteure aus der Rüstungsindustrie wollen den nationalen Kuchen nicht gern mit anderen teilen, von den Arbeitnehmervertretern bislang geschützter Rüstungsbereiche ganz zu schweigen. Diese korporativen Widerstände gibt es in allen EU-Staaten, die über entsprechende Strukturen verfügen.

Die Forderung nach einer europäischen Armee ist wirklichkeitsfern, irreführend und provinziell

Selbst wenn die bislang aufgeführten Gegenargumente gegenstandslos wären, sprechen doch gewichtige normative Gründe gegen eine europäische Armee: Wäre eine EU mit gemeinsamen Streitkräften nicht eine klassische Großmacht, nur im europäischen Gewand? Würde dadurch nicht das Sicherheitsdilemma erhöht werden? Denn je stärker die Interventionskapazitäten und je größer der Wille, als Weltordnungsmacht militärisch einzugreifen, desto wahrscheinlicher sind Gegenreaktionen. Selbst wenn heute keine hegemonialen Absichten bestehen, könnte sich das im Laufe der Zeit ändern.

Vor diesem Hintergrund kommt der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte eine zentrale Bedeutung zu. Wie würde die demokratische Kontrolle des Militärs durch das Europäische Parlament gewährleistet? Gewiss könnte der Parlamentsvorbehalt nicht so umfassend durchgesetzt werden wie heute in Deutschland und Schweden. Aber selbst dann könnte die EU einen Militäreinsatz beschließen, den eine Mehrheit in Deutschland ablehnt, was bereits aus demokratietheoretischen Gründen nicht hinnehmbar ist. Letztlich geht es um eine Entscheidung über Leben und Tod. Notwendig ist also ein demokratisches Verfahren, das eine kritische öffentliche Debatte ermöglicht und Fehlentscheidungen von oben unwahrscheinlicher macht.

Für eine Friedensmacht Europa

Die Forderung nach einer europäischen Armee ist wirklichkeitsfern, irreführend und provinziell. Worin läge eigentlich ihr friedenspolitischer Mehrwert? Effektivitäts-, Effizienz- und Nützlichkeitsüberlegungen sind doch nicht wertfrei. Die oben angeführten Gegenargumente sprechen nicht gegen mehr europäische sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit. Die EU braucht eine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik. Ihre Mitglieder haben Schwächen in ihrer Streitkräftestruktur, bei bestimmten Fähigkeiten und bei der Koordinierung und Zusammenlegung relevanter Bereiche. Diese Schwächen lassen sich aber auch ohne europäische Armee beheben. Zudem spielen sich die Klagen über fehlende militärische Kapazitäten auf hohem Niveau ab, wenn man bedenkt, dass die Mitgliedstaaten zusammen mehr als das Dreifache für das Militär ausgeben als Russland und die EU als Ganzes die zweitstärkste Militärmacht der Welt ist. Die entscheidende Frage ist doch: Welcher politischen Zwecksetzung sollen die militärischen Fähigkeiten dienen? Die Forderung nach einer europäischen Armee spannt den Karren vor das Pferd. Sie beschreibt eher eine Chimäre als eine Vision. Eine bessere außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit sollte nicht den Aufbau einer integrierten Militär- und Weltmacht, sondern einer Friedensmacht[20] Europa anstreben, die die Entscheidung über die Teilnahme an Militäreinsätzen bei den Mitgliedstaaten und den nationalen Parlamenten belässt.

1 2012 legten elf Außenminister der EU eine Initiative vor, in der sie u. a. für eine europäische Verteidigungspolitik plädieren mit dem Zusatz: „Für einige Mitglieder der Gruppe könnte dies letztlich eine europäische Armee umfassen." Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas, 17.9.2012, http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Europa/zukunft.pdf (Stand: 7. November 2018).
2 Strabenow, Michael (2018): „Der europäische Pfeiler." In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9.7.2018, S. 1.
3 Vgl. Die Bundesregierung (2016): *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr.* Berlin, S. 139.
4 Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 17. https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1 (Stand: 7. November 2018).
5 European Parliament (2013): *Cost of Non-Europe Report.* (CoNE 4/2013.) Brüssel, S. 75.
6 Bahr, Egon (2014): „Braucht die Europäische Union eine eigenständige Sicherheitspolitik?" In: Staack, Michael/Krause, Dan (Hg.): *Europa als sicherheitspolitischer Akteur.* Opladen, S. 18.
7 Dieser Abschnitt stützt sich auf Ehrhart, Hans-Georg (2014): „Eine Europäische Armee: eher Chimäre als Vision!" In: *Friedensgutachten 2014.* Berlin, S. 87–99.
8 Ehrhart, Hans-Georg (1988): *Die „deutsche Frage" aus französischer Sicht (1981–1987).* München, S. 93. Dort auch ausführlich zum hier nur skizzierten Verlauf.
9 Solana, Javier (2000): „Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Außenpolitik – Das Integrationsprojekt der nächsten Dekade." In: *Integration,* Nr. 1, S. 1.
10 Die Petersberg-Aufgaben umfassten zu dieser Zeit humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Maßnahmen sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen. Der Lissabon-Vertrag erweiterte sie um gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, militärische Beratung und Stabilisierungseinsätze.
11 Vgl. Ehrhart, Hans-Georg (2010): „Die EU als internationaler Akteur und ihr Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung." In: Staack, Michael (Hg.): *Gesamteuropäische Friedensordnung 1989–2009.* Bremen, S. 35 ff.
12 EUFOR Althea hat gegenwärtig noch 600 Einsatzkräfte.
13 EULEX operiert gegenwärtig mit 500 Einsatzkräften.
14 European Union Global Strategy. https://europa.eu/globalstrategy/en/global-strategy-promote-citizens-interests (Stand: 7. November 2018).
15 Dieser Abschnitt stützt sich auf Ehrhart, Hans-Georg (2014): „Eine Europäische Armee: eher Chimäre als Vision!" In: *Friedensgutachten 2014.* Berlin, S. 87–99.
16 Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009, Absatz 228. http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html (Stand: 7. November 2018).
17 Ebd., Absatz 255.
18 Macron, Emmanuel: Initiative pour l'Europe, 26.9.2017. http://www.elysee.fr/declarations/article/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique/ (Stand: 7. November 2018).
19 Vgl. Ehrhart, Hans-Georg (2017): Große Ambitionen und viele Fragen: zur nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie Frankreichs und zur Zukunft der Europäischen Verteidigung. IFSH-Stellungnahme vom 20.11. https://ifsh.de/news/details/of/news-1491/ (Stand: 7. November 2018).
20 Vgl. dazu Ehrhart, Hans-Georg (i. E.): „Friedensmacht." in: Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hg): *Handbuch Frieden.* Wiesbaden; Ehrhart, Hans-Georg (2011): Quo vadis, EU? Force for Peace or Military Power? ZEUS Working Paper 1. https://ifsh.de/file-ZEUS/pdf/Ehrhart_The_EU-A_Force_for_Peace_16082011.pdf (Stand: 7. November 2018).

Der Autor

***Hans-Georg Ehrhart**, Dr. phil., M.A., geb.1955, studierte Politikwissenschaften, Soziologie und Philosophie in Bonn. Forschungsaufenthalte: Fondation pour les Études de Défence Nationale, Paris (1988), Queen's Centre for International Relations, Kanada (1993), European Union Institute for Security Studies, Paris (2001). Ehrhart war von 1987 bis 1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung des Forschungsinstitutes der Friedrich-Ebert-Stiftung und seit 1989 Wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg (IFSH), leitete von 2008 bis 2018 das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien und ist seit Oktober 2018 Senior Research Fellow am IFSH.*

AUF DER SUCHE NACH STRATEGISCHER KONVERGENZ IN DER EUROPÄISCHEN RÜSTUNGSINDUSTRIE

Autorin: ***Sophie Lefeez***

Abstract

In ihrem Beitrag zur Entwicklung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fokussiert sich Sophie Lefeez nicht auf die politischen Gründe, sondern auf die wirtschaftspolitische Argumentation. Die hohen Entwicklungskosten für neue Rüstungsgüter zwingen selbst die finanziell potentesten Akteure zur Zusammenarbeit. Durch eine konsolidierte europäische Rüstungsindustrie mit einigen wenigen Großunternehmen, die Rüstungsgüter und Waffen in entsprechenden Stückzahlen für alle Mitgliedstaaten produzieren könnten, ließen sich – so die Hoffnung der Europäischen Kommission – bedeutende Einspareffekte erzielen.

Diese Logik stellt die Autorin als „Wunschdenken" dar. Es sei eine Illusion zu glauben, dass es nur einer Montage der jeweils besten Komponenten verschiedener europäischer Zulieferer bedürfe, um das beste Endprodukt herzustellen. Diese technisch-analytische Denkweise ignoriere komplett die unterschiedlichen Soft Skills der verschiedenen Unternehmen und die Tatsache, dass Rüstungsgüter keine Konsumprodukte seien, sondern hochspezifische und von unterschiedlichen sicherheitspolitischen „Kulturen" geprägte Produkte. Gerade in diesem Bereich seien die Unterschiede zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten, ihre spezifischen Bedürfnisse und Werte evident. Lefeez zeigt an Beispielen, dass sich die erhofften Skalenerträge aber gerade nicht oder nur in deutlich geringerem Umfang realisieren lassen, wenn schlussendlich jeder Kooperationspartner ein exakt auf seine Anforderungen zugeschnittenes Rüstungsprodukt kaufen will.

Anschließend teilt sie die Mitgliedstaaten in verschiedene Gruppen ein: die Big Player mit einer starken Rüstungswirtschaft, darunter Deutschland und Frankreich, solche mit mittelgroßen Rüstungsfirmen und begrenzten politischen Ambitionen (etwa Tschechien, Belgien und Polen) und die neutralen Staaten. Hieraus ergeben sich mögliche Konfliktlinien: So könne etwa das Vorhaben, die großen Konzerne zu stärken, die dortigen Arbeitsplätze zu sichern und den Wettbewerb unter den Zulieferern zu stärken, zu weiteren Verwerfungen zwischen westlichen und östlichen Mitgliedstaaten führen.

Bis Ende 2017 hatte die Europäische Union militärische weitestgehend Fragen aus ihrem Kompetenzbereich ausgeklammert. Da diese als rein nationale Angelegenheit galten, hatte die EU – im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen – keine Legitimation, rüstungspolitisch aktiv zu werden. In den letzten zwei Jahren jedoch ist mächtig Bewegung in diesen Bereich gekommen, was von vielen geradezu enthusiastisch begrüßt wird. Nun könne, so die Hoffnung, auch im Rüstungsbereich ein Binnenmarkt entstehen, in dem die Mitgliedstaaten zum Wohle aller harmonisch zusammenarbeiten. Dieses Idealbild könnte sich allerdings als reines Wunschdenken herausstellen, denn bereits jetzt lassen sich erhebliche Mängel an dem Plan ausmachen. Wie im Weiteren dargestellt wird, sind die Gemeinsamkeiten der Mitgliedstaaten in der Rüstungsindustrie nicht allzu stark ausgeprägt, sodass gemeinsam genutzte Ausrüstung oder gemeinschaftlich wahrgenommene Entwicklungsaufgaben nicht automatisch zu den erwarteten Einsparungen führen werden. Zudem unterscheiden sich sowohl die strategischen Ambitionen der Mitgliedstaaten als auch die industriepolitischen Zielsetzungen. Das Vorhaben der EU-Kommission wird Gewinner und Verlierer produzieren, und das ausgerechnet zu einer Zeit, in der ein Teil der Bevölkerung der Mitgliedstaaten beginnt, den Verbleib in der EU infrage zu stellen. Ehe ich auf diese zwei Beschränkungen weiter eingehe, werde ich erörtern, wie und warum sich die Europäische Kommission nun des Themas Verteidigung annimmt.

Wie die EU-Kommission für Verteidigungsfragen zuständig wurde

Verteidigungsangelegenheiten lagen zunächst ausschließlich in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Dies wurde in Artikel 223 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (1957) festgelegt und in Artikel 296 im Vertrag von Amsterdam (1997) sowie in Artikel 346 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union bestätigt. Gleichwohl wurde beim Vertrag von Maastricht die Tür zu einer

Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen aufgestoßen: „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Union betreffen, wozu auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im Sinne des Unterabsatzes 2 gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt“ (Titel V, Artikel 17). Mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ergaben sich sogar noch darüber hinausgehende Möglichkeiten: „Die Union ist nach Maßgabe des Vertrags über die Europäische Union dafür zuständig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen“ (Titel I, Artikel 2.4).

Der nächste Schritt in Richtung einer gemeinsamen Politik erfolgte am 30. November 2016, als die Europäische Kommission den Europäischen Verteidigungs-Aktionsplan veröffentlichte (European Defence Action Plan). Dieser schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung der Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich sowie der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit vor. Dabei knüpfte die Kommission an die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sowie an ihre eigene, im Juli 2013 veröffentlichte Mitteilung mit dem Titel „Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor“[1] an, in der sie eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen in Innovationen für Europas Verteidigungssektor dargelegt hatte. Wie der Aktionsplan ausführt, ist es „das übergeordnete Ziel der Initiative zu gewährleisten, dass die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung integriert, wettbewerbsfähig, innovativ und hinreichend breit gefächert bleibt, um diese Prioritäten und die Entwicklung militärischer Fähigkeiten zu unterstützen, welche die Mitgliedstaaten unter Umständen brauchen, um den künftigen Sicherheitserfordernissen zu genügen“[2].

Im Juni 2017 veröffentlichte die Europäische Kommission ein Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung, in dem sie argumentierte, die EU habe Europa Frieden gebracht und solle mehr Verantwortung übernehmen: Es sei „nun an der Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, welche konkreten Zielsetzungen die Union künftig im Sicherheits- und Verteidigungsbereich verfolgen soll.“[3] Noch im gleichen Monat richtete die Kommission den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) zur Gewährung finanzieller Unterstützung von der Forschung bis zur Anschaffung militärischer Ausrüstung und Technologien ein.[4] Dem folgte das Europäische Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (EDIDP), mit dessen Hilfe die europäische Verteidigungsindustrie bei der Entwicklung neuer Produkte und Technologien in auf europäischer Ebene ausgewählten Bereichen finanziell unterstützt werden soll. Unterdessen nutzten diejenigen Mitgliedsstaaten, die an weitergehenden Schritten interessiert waren, die durch den Lissabon-Vertrag (2009) gebotene Möglichkeit zur Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO). Tatsächlich sind fast alle Mitgliedstaaten an einem der PESCO-Projekte beteiligt – mit Ausnahme von Malta, Dänemark und Großbritannien.

Noch im Juni 2017 begrüßte der Europäische Rat das Reflexionspapier der Kommission und sicherte seine Unterstützung für die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Integration der verschiedenen nationalen Verteidigungsindustrien (EDF, EDIDP, PESCO) zu.

Dass die EU sich zu einem Engagement auch im Verteidigungsbereich entschloss, hatte eine Reihe von Gründen

Dass die EU sich schließlich zu einem Engagement auch im Verteidigungsbereich entschloss, hatte verschiedene Gründe. Einer ist politischer Natur – zu Beginn der 2010er-Jahre hatte sich die Sicherheitslage der EU angesichts von Konflikten und Krisen in Europas unmittelbarer Nachbarschaft erheblich verschlechtert. Dies veranlasste die europäischen Staaten dazu, sich mit dem Thema Verteidigung auseinanderzusetzen. Als weiterer Grund können wirtschaftliche Überlegungen gelten. Laut Kommission sind „die bei der Entwicklung

neuer Verteidigungs- und Raumfahrtfähigkeiten anfallenden Kosten so hoch, dass eine eigene Entwicklung den Rahmen selbst der größten Mitgliedstaaten häufig sprengt". Dieser Umstand war bereits 2009 von der französischen Generaldirektion Rüstung erkannt worden.[5] Gleichzeitig waren die meisten nationalen Verteidigungsbudgets immer weiter geschrumpft, doch selbst das Ziel, zwei Prozent des BIP in die Verteidigung zu investieren, sei zur Finanzierung der Ausrüstung nicht ausreichend. Zu diesem Schereneffekt „kommt erschwerend die Fragmentierung der europäischen Märkte hinzu, die zu unnötigen Doppelstrukturen im Bereich der Fähigkeiten, Organisationen und Ausgaben führt"[6], so die Kommission.

Ziel ist die Herstellung militärischer Ausrüstung in Großserie durch europäische „Champions" sowie ihre Bereitstellung für die zwei Dutzend weiteren Mitgliedstaaten zu günstigeren Preisen dank Skaleneffekten. Diese Champions sollen aus einer Neustrukturierung des europäischen Wirtschaftsgefüges hervorgehen, was bedeutet, dass einige Länder ihre Hauptlieferanten einbüßen und nur eine Handvoll (oder sogar nur einer?) pro Sektor – Heer, Marine und Luftwaffe – übrig bleiben werden. Diese Marktführer sollen dann für die Herstellung ihrer Produkte auf technischen Komponenten der besten Firmen Europas zurückgreifen.

Indem die Kommission die Industrie dazu bringen möchte, Lieferanten nach rein technischen Kriterien auszuwählen, übersieht sie die Soft Skills und deren zentrale Rolle für einen reibungslosen Ablauf von Prozessen

Dem liegt die Annahme zugrunde, bei einem Zusammenbau der besten Komponenten entstünden auch die besten Produkte. Hierbei wird jedoch die Integrationsphase außer Acht gelassen – etwa dem analytischen Prinzip in der Wissenschaft entsprechend. Dieses besagt, es sei zur Lösung eines komplexen Problems ausreichend, dieses in kleine Stücke zu zerlegen und sich dann mit den Einzelteilen zu befassen, ohne dabei die Integrationsphase zu berücksichtigen.[7] Dabei liegt die Komplexität genau in dieser Wiedereingliederung. Wird sie übergangen, können mangelhafte Produkte die Folge sein, so hochwertig die einzelnen Elemente auch sein mögen. Indem die Kommission die Industrie dazu bringen möchte, Lieferanten nach rein technischen Kriterien auszuwählen, übersieht sie, dass die europäischen Unternehmen unterschiedliche Sprachen sprechen und unterschiedliche Kulturen haben.[8] Anders formuliert: Die Kommission berücksichtigt nicht die Soft Skills und deren zentrale Rolle für einen reibungslosen Ablauf von Prozessen.

In dieser von der Europäischen Kommission erdachten und vom Europäischen Rat unterstützten Wunschwelt büßen einige Mitgliedstaaten Teile ihrer Verteidigungsindustrien ein, und Aufträge werden hauptsächlich nach harten, rein technischen Kriterien vergeben. In dieser Vision werden jedoch nicht nur die Soft Skills ausgeblendet, sondern auch die politische Dimension: Eine eigene Verteidigungsindustrie ist ein Kernbestandteil staatlicher Souveränität und Autonomie.

Genug Gemeinsamkeiten für eine gemeinsame Rüstungsindustrie?

Die Europäische Kommission wendet auf die Verteidigungsindustrie die gleiche Logik wie auf die anderen Branchen an. Sie versteht nicht, warum sie ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht auf die gleiche Weise fördern sollte, und macht entsprechend auch keinen Unterschied zwischen der Herstellung von Rüstungsgütern, Kühlschränken oder Schokolade.

Dabei sind Erstere sehr spezielle Produkte. Sie werden nur entwickelt, wenn ein entsprechender Auftrag vorliegt, und ihre Merkmale müssen der Nachfrage genau entsprechen – im Gegensatz zu den meisten handelsüblichen Produkten, die von der Angebotsseite bestimmt und so vermarktet werden, dass sie den Bedarf, den sie decken sollen, erst schaffen. Im Verteidigungsbereich wird die Nachfrage von der militärischen Kultur geprägt, welche sich in der jeweiligen Doktrin widerspiegelt. Deshalb führt eine Armee beim Erwerb von Rüstungsgütern nicht „einfach einen Ausrüstungsgegenstand" ein, sondern auch

fremde Gebräuche, da militärische Ausrüstung auch kulturelle Werte verkörpert – so wie jedes Produkt. Ist es vor diesem Hintergrund klug, bei der militärischen Zusammenarbeit nur den wirtschaftlichen Aspekt zu berücksichtigen?

Ein Blick auf PESCO zeigt, dass es bei 14 der zunächst beschlossenen 17 Projekte um Medizin, Kommunikation und Cyberspace, Logistik und Transport sowie Schulungen geht – von großen strategischen Ambitionen keine Spur. Ein Projekt jedoch kann durchaus als ambitioniert gelten: Ziel der Krisenreaktionsinitiative European Union Force Crisis Response Operation Core (EUFOR CROC) ist es, die EU zu einer schnelleren Bereitstellung von Truppen für Friedenssicherungseinsätze zu befähigen. Allerdings lässt es sich eher wegen der Komplexität der Aufgabe als wegen der Führungsrolle, die die EU übernehmen will, als ehrgeizig bezeichnen. Nur ein Projekt (indirekte Feuerunterstützung) befasst sich mit der Entwicklung von Waffen. Nachdem es ursprünglich abgelehnt worden war, wurde es schließlich doch noch aufgenommen, da es das einzige Projekt unter der Führung eines Visegrád-Staates war.[9] Diese Fakten zeigen, wie schwer die Abstimmung gemeinschaftlicher Projekte im Verteidigungsbereich angesichts der großen Anzahl an Mitgliedstaaten sein kann.

Im November 2018 wurden 17 neue PESCO-Projekte angenommen. Einige davon waren in der ersten Runde noch abgelehnt worden, wie das von Deutschland geleitete Projekt Geo-Meteorological and Oceanographic Support Coordination Element. Andere laufen tatsächlich bereits, wie beispielsweise European Medium Altitude Long Endurance Remotely Piloted Aircraft Systems.[10] Alles in allem dienen nur wenige Projekte dazu, europäische Fähigkeitslücken, etwa bei schweren Transporthubschraubern und -flugzeugen, Tankflugzeugen etc., zu schließen.

Zudem erzielen nicht alle Projekte mit strategischen Ambitionen wirtschaftliche Einsparungen. Beispielsweise konnte Frankreich im Rahmen des italienisch-französischen Fregattenprogramms FREMM 30 Millionen Euro sparen, dies entsprach jedoch gerade einmal einem bzw. 1,5 Prozent der Gesamtkosten. In einer parlamentarischen Anhörung sagte der ehemalige Chef der Naval Group, Pascal Bossier, dass „das FREMM-Programm ohne Zweifel auch in einem rein französischen Umfeld hätte umgesetzt werden können, und das ohne Konsequenzen für den Zeitrahmen und mit verschwindend geringen Konsequenzen für die Kosten“. Das vorgestellte Beispiel ist ein extremes, denn nur 15 Prozent des Programminhalts waren für beide Marinen deckungsgleich. Es zeigt dennoch, dass Kooperationsprogramme nicht zwingend erfolgreich sind. So können Skaleneffekte drastisch begrenzt sein, wenn die Spezifikationen zu stark auseinandergehen (wie beim Transportflugzeug A400M) oder wenn es zahlreiche Varianten gibt (wie beim Hubschrauber NH-90: 24 Varianten wurden entwickelt). Als Folge fallen die wirtschaftlichen Gewinne niedriger aus als erwartet. Tatsächlich „stellt die Zusammenarbeit an sich, insbesondere wenn sie schlecht koordiniert wird, einen separaten Kostenpunkt dar“, so der französische Rechnungshof (Cour des Comptes) 2018 in seinem Bericht „Die Europäische Kooperation im Rüstungsbereich“.

Begrenzte Skaleneffekte sind keine Überraschung, da nationalstaatliche Ambitionen und kulturelle Gepflogenheiten unter den europäischen Ländern nicht einheitlich sind

Begrenzte Skaleneffekte sind letztendlich keine Überraschung, da nationalstaatliche Ambitionen und kulturellen Gepflogenheiten unter den europäischen Ländern nicht – bzw. noch nicht? – einheitlich sind. So braucht zum Beispiel die italienische Marine Fregatten vor allem für Patrouillen entlang der Küste, die französische Marine hingegen möchte weltweit operieren können. Die meisten Länder in Europa sorgen sich vor allem um ihre eigene Sicherheit, wohingegen Frankreich und Großbritannien jeweils eine Interventionsarmee unterhalten. Diese Unterschiede bei den Zielsetzungen spiegeln sich in unterschiedlichen Rüstungserfordernissen wider. Auch Topogra-

fie und Klima erklären einige Unterschiede: Im Schnee wird anders gekämpft als in der Wüste, in den Bergen anders als in der Ebene.

Die europäischen Institutionen unterschätzen die nationalen Besonderheiten und setzen auf die Bindungskraft der versprochenen Spareffekte und größeren Wettbewerbsfähigkeit, in der Annahme, daraus werde eine politische Union erwachsen. Dabei gibt es keine Gewissheit, dass wirtschaftliche Kooperation zwangsläufig entsprechende politische Prozesse in Gang setzt[11] – gewiss ist aber, dass Zusammenarbeit an sich nicht automatisch zu wirtschaftlichen Einsparungen führt.

Unterschiedliche Erwartungen an die EU

Die von den europäischen Institutionen angestrebte Vereinheitlichung der militärischen Ausrüstung – die nebenbei den Weg für gestärkte Oligopole in der Rüstungsindustrie ebnen wird – erscheint noch schwieriger zu erreichen, wenn man sich die betreffenden Staaten ansieht.

Hier eine kurze Typologie.

Zunächst ist eine Gruppe Länder mit starker Rüstungsindustrie auszumachen, insbesondere die sogenannten *Letter of Intent countries,* also jene EU-Mitgliedstaaten, die ein Rahmenübereinkommen über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der europäischen Rüstungsindustrie unterzeichnet haben: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden und Spanien. Sie unterstützen die Projekte der Kommission aus zwei Gründen. Politisch wollen Länder mit großer Rüstungsindustrie in der Regel ihre strategische Autonomie wahren, können ihren Bedarf aber nicht mehr vollständig selbst abdecken. Denn das hierfür erforderliche technische Wissen ist mittlerweile zu umfangreich geworden, und die Kosten sind zu stark gestiegen. Deshalb kommen die Staaten nicht um die Zusammenarbeit und die Unternehmen nicht um die multinationale Ausrichtung herum. Dementsprechend suchen die betreffenden Länder nach einem sicheren Umfeld und vertrauenswürdigen Partnern, mit denen sie zusammenarbeiten können. Die EU ist für sie der am nächsten liegende Ansprechpartner – und bislang auch der einzige. Daneben bedient das Projekt der Kommission ein zweites Interesse: Es verspricht, den großen Unternehmen bei der Wahrung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu helfen und als Nebeneffekt Arbeitsplätze zu sichern. Die Marktführer werden wahrscheinlich Marktführer bleiben, da sie auf globaler Ebene bereits etabliert sind und das Projekt ihnen vermutlich dabei helfen wird, die besten Lieferanten zu finden. Diese Staaten sind wahrscheinlich auch bereit, einige kleine und mittlere Unternehmen zum Wohle der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Marktführer zu opfern – wie einige Ökonomen auch bereits öffentlich empfohlen haben.[12]

Die strategischen Ziele einiger Länder beschränken sich auf die Sicherung ihrer Grenzen und die Unterstützung von NATO-Operationen

Die zweite Gruppe besteht aus Ländern mit mittelgroßer Industrie und begrenzten politischen Ambitionen. Dazu gehören die mittel-, ost- und nordeuropäischen Länder. Ihre strategischen Ziele beschränken sich auf die Sicherung ihrer Grenzen und die Unterstützung von NATO-Operationen. Wie die Länder der ersten Gruppe unterstützen auch sie ihre eigene Verteidigungsindustrie und betreiben wissenschaftliche und technologische Forschung, um ihr Bruttoinlandsprodukt zu steigern. Die meisten von ihnen würden am liebsten ausschließlich bei heimischen Unternehmen kaufen und greifen nur dann auf ausländisches Know-how zurück, wenn es im eigenen Land nicht verfügbar ist. Die ausländischen Kunden ihrer Marktführer finden sich in der Regel – aber nicht ausschließlich – in Nischenmärkten. Tatsächlich stellen die Unternehmen der ersten Gruppe hauptsächlich leistungsstarke Produkte her und setzen diese zu hohen Preisen ab, während die Unternehmen der zweiten Gruppe mit Blick auf die technische Leistung und den Preis etwas bescheidener daherkommen. Dennoch zeichnen sich ihre im besten Sinne zufriedenstellenden

Produkte durch ein Preis-Leistungs-Verhältnis aus, das für bestimmte Staaten weltweit attraktiv ist. Saab in Schweden und Aero Vodochody in Tschechien seien hier beispielhaft für die Luftfahrt, Tatra Trucks für Landfahrzeuge genannt. Die Rüstungsproduzenten dieser Gruppe exportieren ebenfalls weltweit. Einige arbeiten auch für amerikanische Unternehmen oder kooperieren mit diesen, etwa Sabca (Belgien), Guardtime und Milrem (Estland), PZL Mielec (Polen), Aero Vodochody (Tschechien) oder Nammo (Finnland). Das Interesse dieser Ländergruppe an einer integrierten europäischen Verteidigungsindustrie speist sich hauptsächlich aus der Aussicht auf wirtschaftliche Gewinne – und in dieser Hinsicht kann der amerikanische Markt ebenso attraktiv sein wie jeder andere auch.

Diesen Ländern ist bewusst, dass ihre Marktführer wahrscheinlich nicht die europäischen Champions von morgen sein werden. Wäre das den Ländern der ersten Gruppe Grund genug, um den „Tod" der Marktführer der zweiten Gruppe zu beschleunigen beziehungsweise herbeizuführen? Oder für ihre Umwandlung in reine Ausrüstungshersteller zu sorgen? Um zu überleben, müssen die Unternehmen der zweiten Gruppe wahrscheinlich dem europäischen Markt den Rücken kehren und ihren Marktanteil anderenorts konsolidieren. Damit hätte die Kommission ihr Ziel, die Anzahl der europäischen Wettbewerber zu reduzieren, in jedem Fall verfehlt.

Aufgrund ihrer Geschichte stehen einige Länder in Mitteleuropa den Initiativen der Kommission skeptisch gegenüber. Zwar verstehen sie den Gedanken, dass innerhalb der EU eine Arbeitsteilung erreicht werden soll, aber sie können nicht nachvollziehen, warum dabei nicht für jeden ein Teil der Aufgaben anfällt, so wie einst im sowjetischen System. Die westeuropäisch geprägte Wirtschaftslogik propagiert zwar den Einheitsgedanken, macht aber die Mitgliedstaaten de facto zu Konkurrenten – für die eben erwähnten Länder ein Paradox. Sie befürworten einen minimalen Wettbewerb zur Vermeidung von Monopolen und wünschen sich ein Netzwerk von Subunternehmern, in dem so gut wie jeder seinen Platz finden kann.

Schließlich gehören zu Europa auch drei neutrale Länder mit eigener Verteidigungsindustrie, nämlich Finnland, Irland und Österreich. Wird die EU es schaffen, ihr Ziel einer integrierten europäischen Verteidigungsindustrie zu erreichen und dabei gleichzeitig die von diesen Ländern gewählte Neutralität zu respektieren? Das ist schwerer, als es klingt, hält man sich vor Augen, dass – wie in diesem Aufsatz gezeigt werden sollte – wirtschaftliche Integration von einer gemeinsamen Verteidigungspolitik begleitet werden muss.

Stimmen die ethischen und politischen Werte in ausreichendem Maß überein, um gemeinsam militärische Ausrüstung herzustellen?

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die von der Europäischen Kommission gewünschte integrierte Verteidigungsindustrie und ein entsprechender Binnenmarkt vermutlich nur einigen wenigen Ländern zugutekommen werden. Dies wird die Kluft zwischen West und Ost innerhalb der EU vergrößern.

Zudem werden einige zentrale Punkte in den offiziellen Dokumenten seltsamerweise kaum angesprochen. Was ist mit den geistigen Eigentumsrechten? Wer eine nationale Verteidigungsindustrie unterhält, will sich darauf verlassen können, dass die Lieferanten im Konfliktfall sowie während der gesamten Produktlebensdauer – also etwa 40 Jahre lang – die beste Ausrüstung sowie Ersatzteile liefern. Langfristiges Vertrauen ist demzufolge von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang sagte mir ein Interviewpartner einmal: „Geheimhaltung ist keine Handelsware." Und was geschieht, falls sich ein Partner weigert, an einen Abnehmerstaat zu exportieren? Als Frankreich und Deutschland ihre Zusammenarbeit besiegelten, unterzeichneten sie 1972 ein Abkommen (Schmidt-Debré-Abkommen), in dem sich beide Länder verpflich-

teten, kein Exportveto einzulegen. Dennoch blockierte Deutschland 2014 aus ethischen Gründen einige Verkäufe. Ist das gegenseitige Vertrauen also stark genug? Stimmen die ethischen und politischen Werte in ausreichendem Maß überein, um gemeinsam militärische Ausrüstung herzustellen?

Es herrscht der Eindruck vor, dass Kommission und Rat gerade das Pferd von hinten aufzäumen: Sie verwirklichen die Wirtschaftsunion – und die Verteidigungsunion –, ehe die politische Union erreicht ist. Leider ist dieser Kritikpunkt schon lange bekannt.

1 Europäische Kommission (2013): Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigeren und effizienteren Verteidigungs- und Sicherheitssektor, COM (2013) 542. http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2013/DE/1-2013-542-DE-F1-1.Pdf (Stand: 7. November 2018). Die Mitteilung wurde von den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und der Industrie wohlwollend aufgenommen.
2 European Commission (2016): European Defence Action Plan, S. 2 (aus dem Englischen übersetzt). http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2016_grow_006_cwp_european_defence_action_plan_en.pdf (Stand: 7 November 2018).
3 Europäische Kommission (2017): Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung, S. 3. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence_de.pdf (Stand: 7. November 2018).
4 Europäische Kommission (2017): Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds, COM(2017) 295 final. https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2017/DE/COM-2017-295-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF (Stand: 7. November 2018).
5 „Die aktuelle Höhe der europäischen Haushaltsmittel und die steigenden Kosten von Waffensystemen bedeuten, dass kein europäischer Staat, einschließlich Frankreich, den Rahmen und damit die Fähigkeit hat, die Kosten einer Verteidigungsindustrie zu tragen, die allen Bedürfnissen gerecht wird." Direction générale de l'armement (DGA, 2009): Plan stratégique pour la R&T dans la défense et la sécurité [Strategischer Plan für Forschung und Entwicklung in Sicherheit und Verteidigung]. S. 22.
6 Europäische Kommission (2016): European Defence Action Plan, S. 2. http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2016_grow_006_cwp_european_defence_action_plan_en.pdf (Stand: 7. November 2018).
7 Edgar Morin (1990) kritisiert das analytische Prinzip, das der modernen Wissenschaft zugrunde liegt, in seinem Buch *Introduction à la Pensée Complexe*, Paris. Englische Übersetzung des Buchs: Edgar Morin (1993): *Introduction to the complex thought. The tools to address the challenge of complexity.*
8 Edward T. Hall untersuchte jahrzehntelang interkulturelle Beziehungen. Siehe zum Beispiel (1990): *Understanding Cultural Differences: Germans, French and Americans.*
9 Die Visegrád-Gruppe besteht aus vier mitteleuropäischen Staaten: Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn.
10 France and Germany Agree Next-Gen Fighter Design Studies. 22 November 2018. https://defense-studies.blogspot.com/2018/11/france-and-germany-agree-next-gen.html
11 Tatsächlich weist vieles darauf hin, dass dies nicht der Fall ist. Eine historische Erklärung, wie es zur Einbettung der Politik in die Wirtschaft kam, findet sich bei Polanyi, Karl (1945): *The Great Transformation.*
12 Die französische Wirtschaftswissenschaftlerin Fanny Coulomb sagte kürzlich auf einer Konferenz, dass für „eine echte und moderne Planung ein direktes Opfer im Hinblick auf die Industrie akzeptiert werden muss". Entretiens de la Défense (Gespräche zur Verteidigung), Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne, 1. Juni 2018.

Die Autorin

Sophie Lefeez *beschäftigt sich seit über einem Jahrzehnt mit Verteidigungsfragen und hat sich dabei auf den Bereich Beschaffung spezialisiert. Sie ist als Associate Researcher am IRIS (Paris) und am CERREV der Universität Caen tätig, wo sie auch lehrt. Drei Jahre lang betreute Sophie Lefeez die Abschlussarbeiten von Offizieren an der französischen Führungsakademie École de Guerre. 2017 veröffentlichte sie das Buch „L'illusion technologique dans la pensée militaire" mit einem Vorwort von General Vincent Desportes, ehemaliger Direktor der École de Guerre und inzwischen Dozent an der Hochschule Sciences Po in Paris.*

DER WORTE SIND GENUG GEWECHSELT …

Autor: ***Jörn Thießen***

Schließen Sie die Augen, und malen Sie sich folgendes Szenario gedanklich aus: Vor uns liegen weitere sechs Jahre mit Donald Trump – dann kommt ein wirklich konservativer Präsident in den Vereinigten Staaten an die Macht. Wer jetzt nicht aufgewacht ist, kann liegen bleiben. Nicht die USA sind heute in Europa unser Problem – wir sind es selbst. Auf der anderen Seite des Atlantiks siedelt in Nordamerika ein Volk, mit dem wir auf allen möglichen Ebenen eng verbunden sind und bleiben werden – doch es wird nun geführt von einer Administration, deren Absichten und Rhetorik so opak wie verstörend sind. Auf dieser Seite liegt der größte gemeinsame Binnenmarkt der Welt, der jetzt vollmundig beschlossen hat, „sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen" – wenn wir den Worten der Kanzlerin Glauben schenken, die an den Konsens der Münchner Sicherheitskonferenz von 2014 anknüpft, Deutschland müsse außenpolitisch mehr Verantwortung übernehmen.

Den kundigen Europäern ist klar, dass zu unseren Pflichten neben allen Hürden jetziger transatlantischer Herausforderungen gehört, das „Wir" neu in den Blick zu nehmen und uns von alten Bildern auch dann zu trennen, wenn unsere Gesellschaften sie über Jahrzehnte erfolgreich an alle Wände gehängt und wöchentlich abgestaubt haben. Das alte Europa der Römischen Verträge gibt es nicht mehr, so wenig wie wir noch eine „Gemeinschaft für Kohle und Stahl" sind. Heute erleben und gestalten wir eine Agglomeration von Nationen, die über Jahrzehnte auf 28 Staaten angewachsen ist, sich erweitern will und durch tief ineinander verwobene Werte, Regeln und darauf fußende Kooperationsgewinne nach innen wie außen zur erfolgreichsten Region der Welt geworden ist. Frieden und Wohlstand sind für die große Mehrheit der Bevölkerungen bei allen Unterschieden Alltag geworden. Aus Erzfeinden sind, wenn nicht Freunde, so doch verlässliche Partner geworden. Ob und in welchem Maße wir auch eine Gemeinschaft sind, kommt nicht allein auf den jeweiligen politischen Standpunkt an, sondern auch auf den konkreten Politikbereich unserer Betrachtung. Wir können auch konstatieren, dass das Militärische zu den bisher erfolgreichen Kooperations- und Integrationsprozessen Europas gehört. Die Liste der funktionierenden Gemeinschaftsprojekte ist lang und reicht von der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit

Abstract

Jörn Thießens Beitrag ist ein Plädoyer für ein zunehmend integriertes europäisches Militär mit dem Ziel einer Militärunion und einer gemeinsamen Armee. Mit Blick auf die völlig unwägbar gewordenen transatlantischen Beziehungen und die außergewöhnliche Erfolgsgeschichte des europäischen Projekts sei für die EU der Zeitpunkt gekommen, „aus eigener Motivation und Notwendigkeit" für ihren eigenen Schutz zu sorgen. Gerade mit einem solchen relevanten strategischen Ziel könne den Bürgerinnen und Bürgern die Sinnhaftigkeit des Projekts EU neu vermittelt werden. Das gelte umso mehr in Zeiten, in denen Nationalismus, Populismus und (im Brexit kulminierende) Europa-Skepsis das auf Kooperation und Moderation basierende Gebilde von allen Seiten untergraben.

1954 ist die Idee einer europäischen Armee noch gescheitert; mittlerweile, so Thießen, bestünden zahlreiche militärische und Sicherheitsinitiativen, die die grundsätzliche Friedensorientierung der EU nicht konterkarieren. Warum sollte eine verbesserte Interoperabilität, auf die auch die jüngst ins Leben gerufene Ständige Strukturierte Zusammenarbeit abzielt, nun plötzlich ad acta gelegt werden? Schließlich antworte die EU auf dieselben Bedürfnisse und wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die im Rahmen der NATO bestünden.

Zudem sei die EU längst in konkreten friedenssichernden und krisenpräventiven Einsätzen involviert; nun müsse die neu entstandene Dynamik genutzt werden, um „bottom-up" für eine längst vorhandene Realität die erforderlichen Strukturen zu schaffen und gemeinschaftlich zu finanzieren – selbstverständlich unter Gewährleistung funktionierender Kontrolle durch das EU-Parlament. Thießen schließt seinen Beitrag mit einem konkreten Vorschlag: der Aufstellung eines „European Peace Corps".

über deutsch-niederländische Einheiten bis zum Coordinated Annual Review of Defence (CARD) und zum Europäischen Verteidigungsfonds.

Was sind aber morgen die Stärken einer (aller Voraussicht nach) von den Briten verlassenen Europäischen Union, in deren nächstem Parlament 30 bis 40 Prozent Abgeordnete sitzen werden, die entweder extrem rechten oder extrem linken Parteien angehören? Was ist der Eros einer Gruppe, die mindestens ein Mitglied mit Verfahren wegen offensichtlicher Verstöße gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien konfrontiert und ein zweites seiner Justizreform wegen schon auf dem Schirm hat? Welche Werte und Haltungen tragen uns weiter angesichts offenbar hoch attraktiver Modelle asiatischer Gesellschafts- und Organisationsformen, die sich mit unseren Prinzipien von Aufklärung, Individualität und universellen Menschenrechten nicht vertragen?

Europa ist Moderation. Zwischen kleineren und größeren Staaten, zwischen reicheren und ärmeren Nationen, zwischen vielfältigsten Regionen und oft divergierenden Interessen

Es bleibt irritierend, dass Kritik an Aufsetzung und Realität der Europäischen Union und ihrer strategischen Ziele oftmals nicht umhinkommt, Quisquilien zum Vorwand zu nehmen, um daran grundsätzliche Fehlentwicklungen festmachen zu wollen. Für die ältere Generation, deren Eltern Kriegskinder waren, sind Frieden und Wohlstand herausragende Marken und Ergebnisse europäischer Einigung – diese Errungenschaften allein jedoch tragen die Union für jüngere Zeitgenossen ganz offenbar nicht mehr in die Zukunft.

Wer sich heute für den weiter fortschreitenden Einigungsprozess in Europa engagiert, kann sich darauf berufen, dass die Geschichte der Union darauf fußt, ein komplexer Prozess zur Entwicklung, Einhaltung und Kontrolle komplexer Regelwerke zu sein. Europa ist Moderation. Zwischen kleineren und größeren Staaten, zwischen reicheren und ärmeren Nationen, zwischen vielfältigsten Regionen und oft divergierenden Interessen. Immer aber will es Antworten darauf suchen, dass unseren divergenten Gesellschaften die drängenden Herausforderungen nicht sektoral, regional, national oder am BSP orientiert und einzeln entgegenkommen.

Die Union ist klein im globalen Maßstab, und sie ist in hohem Maße fragmentiert. Die oft beschworene Souveränität einzelner Staaten ist eine Schimäre und eben auf vielen Feldern nicht mehr als der fromme Wunsch zunehmend instabiler Regierungen, die mit der Betonung derselben von eigenen Schwächen ablenken wollen. Der grassierende Nationalismus ist eine ebenso große Gefahr wie einzelne Lichtgestalten einzelner Staaten, die Programmatik und Person so unmittelbar aneinanderkoppeln, dass institutionelle Anker und parlamentarische Verankerungen hintanzustehen drohen oder bereits bachab gegangen sind.

Alle hängen in Europa von allen ab. Zu einer Strategie der Kooperationsgewinne gibt es noch nicht einmal die vordergründige Alternative des Austritts aus der Union. Die Mischung aus Verhandlungen und Gewürge mit der britischen Regierung zielt im Kern ja darauf, den alten institutionellen Rahmen zu verlassen, um Abertausende neue institutionelle Rahmungen neu zu verhandeln. An den Abhängigkeiten ändert auch ein solcher radikaler Schnitt nichts.

Europa verliert mit dem Brexit als Ganzes. Auch an Reputation. An allen Ecken und Enden. Mit den Augen von Sicherheitsexperten gesehen: fast ein Viertel seiner militärischen Fähigkeiten und fast 40 Prozent der militärischen industriellen Basis, wie Christian Mölling jüngst auf einer Konferenz in Washington zwischen der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und dem American Institute for Contemporary German Studies angemerkt hat.

Die Union ist an einem historischen Punkt angelangt, an dem sie sich aus eigener Motivation und Notwendigkeit selbst mehr und mehr um ihren äußeren Schutz kümmern muss. Das ist strategisch nach außen mindestens so sinnvoll, wie es für ihr inneres Gefüge und die Vermittlung ihrer Sinnhaftigkeit an ihre Bürgerinnen und Bürger existentiell ist. Europa muss wieder Kontrolle über sich bekommen, muss wenige, sichtbare, einleuchtende strategische Ziele nach vorn stellen. Sicherheit gehört dabei in die erste Reihe. Die jetzige Kommission engagiert sich auf diesem Themenfeld wie keine andere vor ihr.

Die Globale Strategie der Union sagt: „Der Zweck, ja die Existenz selbst unserer Union wird in Frage gestellt. […] Unsere Region ist instabiler und unsicherer geworden. Die Krisen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen wirken sich direkt auf

das Leben unserer Bürger aus." Wer die Union erhalten, stärken und auf die Zukunft ausrichten will, muss dafür sorgen, dass sie sich sichtbar und stark in ihren Projekten ebenso direkt auf das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger ausrichtet, wie es die externen Krisen tun. Nur so erhalten wir politische Steuerungsfähigkeit und erringen sie da zurück, wo sie schon entglitten ist.

Das Projekt einer Europäischen Armee ist älter als die jetzige Union. Lesenswert sind die Protokolle des Deutschen Bundestages von 1950, die sich mit dem Vorhaben des damaligen französischen Ministerpräsidenten René Pleven auseinandersetzten, unter dem Kommando eines europäischen Verteidigungsministers eine Armee zu schaffen, der auch deutsche Einheiten angehören sollten. Bundeskanzler Adenauer stimmte dieser Idee grundsätzlich zu und nannte ihr Scheitern die „bitterste Enttäuschung" seiner Regierungszeit. Die SPD stand der ganzen Sache sehr viel skeptischer gegenüber; so führte der damalige Abgeordnete Lütkens aus: „[...] Europa muss ein Werk des Friedens und der friedlichen Werte sein, wenn es überhaupt geschaffen werden soll, und keinesfalls kann es als Werk der militärischen Organisation geschaffen werden."[1]

60 Jahre später ist Europa ein Werk des Friedens geworden und auch nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 militärisch verwobener, als man es sich damals je hat vorstellen können. Wenn wir auf Grundlage dieser Idee weiterarbeiten, ist das genauso richtig, wie es damals richtig war. Alle bekannten europäischen militärischen und Sicherheitsinitiativen, vom Verteidigungsfonds (EDF) bis zur European Defence Agency, von den Battle-Groups bis zum Militärischen Hauptquartier der Union (das wir noch nicht so nennen dürfen), vom CARD-Prozess (Coordinated Annual Review of Defence) bis zu den engsten Kooperationen Deutschlands mit beispielsweise Belgien, Norwegen, Tschechien und Rumänien, zielen cum grano salis in die Richtung der Permanent Structured Cooperation (PESCO): der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in der Union unter dem Dach der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Diese muss Schritt für Schritt zu einer verbesserten Interoperabilität führen, die nicht nur durch unsere gemeinsamen Werte und Grundhaltungen, sondern auch durch den schlichten Mangel an Ressourcen aller europäischen Partner erzwungen wird. Dieselben Nöte herrschen auch in den meisten Staaten der NATO – die EU befasst sich mit ihren Initiativen nicht nur mit sich selbst, sie antwortet damit auch innerhalb des Transatlantischen Bündnisses auf dieselben Herausforderungen.

PESCO beschreibt heute 17 konkrete Projekte von 25 Partnern, die nicht mehr als ein kleiner und stellenweise kleinteiliger Anfang sind. Sie beschäftigen sich unter anderem mit den Themen Medical Command, Logistic Hubs, Military Mobility und European Training Certification. Wichtig wird im Vollzug die Frage der eingehaltenen Verbindlichkeit werden: Die Möglichkeit des „Opt-out" ist nicht mehr gegeben, soll nicht das gesamte Projekt scheitern. Frankreich wollte unter diesem Dach weniger, aber tiefere Kooperation – die Debatte wird uns weiterhin begleiten. Wie auch der Vorschlag Macrons zur Etablierung einer europäischen Interventionstruppe, dem die Kanzlerin zunächst positiv gegenübersteht.

Von einer echten Militärunion sind wir noch weit entfernt, diese aber muss kommen. Sie sollte nicht nur mehr Übungen, besser koordinierte Cyberdefence und mehr Ausgaben für Rüstung und gemeinsame Ausrüstung beinhalten. Nun müssen die nächsten Schritte mutig und klug gegangen werden: ein gemeinsames Kommando, ein aufwachsender gemeinsamer Etat, eine europäische Verteidigungskommissarin, ein europäischer Verteidigungsausschuss und der Aufbau parlamentarischer Kontrolle durch das Europäische Parlament (EP). Die Liste der Politiker und Parteien, deren Vorschläge in diese Richtung weisen, ist lang: Kohl, Juppé, Blair, Hollande, Schäuble, Lamers, Steinmeier, Merkel, von der Leyen, Macron, Kauder, Juncker, SPD, CDU, Grüne.

Europa ist ein Werk des Friedens geworden und militärisch verwobener, als man es sich je hat vorstellen können

Schwere Argumente sprechen auch dagegen: die Abgabe von Souveränität, die unterschiedlichen (Wehr-)Verfassungen, differierende parlamentarische Kontrolle, andere Werte und Normen der Berufsethiken, unterschiedliche demokratische Rechte des Personals, Sprachbarrieren, industrieller Nationalismus, nationale Identifikationen

und die Frage der nuklearen Ausstattung – und diese Aufzählung ist noch nicht vollständig. Wahr ist dennoch, was Steffen Dobbert schrieb: „Die EU-Soldaten beobachten, überwachen, bilden aus und verteidigen sich in Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, im Kongo, in Georgien, im Irak, in Moldau, im Niger, in Palästina, in Somalia und im Südsudan. […] Ganz schön viel für eine einst gescheiterte Idee."[2]

Der deutsche Parlamentsvorbehalt kann nicht unmittelbar auf das Europäische Parlament übertragen werden, er ist ein deutscher Kontrollmechanismus, der sich bei uns sehr bewährt hat und der noch nie einen geplanten Einsatz verzögerte. Ob Europa modifizierte Mechanismen der parlamentarischen Direktive entwickelt, wird sich erst im Laufe konkreter Vorhaben herausstellen. Unsere europäischen Nachbarn sind genauso Demokraten wie wir, die Rechte des Individuums liegen auch ihnen am Herzen und sind in den Verfassungen verankert. Übertriebene Vorbehalte sollten uns hier nicht leiten.

Projekte und Institutionen militärischer Natur haben wir mit europäischer Beteiligung und auch Federführung einige: das Deutsch-Niederländische Korps, die Deutsch-Französische Brigade, der europäische Anteil im Baltikum, die Missionen der Marine im Mittelmeer und am Horn von Afrika. Ebenso unsere Erfahrungen beim strategischen Lufttransport, bei AWACS, im Korps Nord-Ost oder im Eurokorps, bei der Luftraumüberwachung oder der gemeinsamen Minenabwehr. Nicht alle Erfahrungen ermutigen, aber es sind insgesamt richtige Schritte auch hin zu einer Europäisierung von Streitkräften.

Worüber soll aber ein neuer Verteidigungskommissar bestimmen, was soll das Europäische Parlament kontrollieren? Noch haben wir keine paneuropäischen Truppen, und König ohne Land ist kein besonders attraktiver Job. Beginnen wir mit einem „European Peace Corps", zu dem sich Frauen und Männer aller europäischen Staaten direkt melden können, das mit der tätigen Hilfe der Deutsch-Französischen Brigade in Müllheim aufwächst, sich an Blauhelmmissionen der UN unter Mandat von UN und EP beteiligt und unsere gemeinsamen Ideen von Diplomatie, Friedenssicherung, Prävention und internationaler Solidarität unter Beweis stellen kann. Ein Aufbaustab für das European Staff and Command College wird dort angesiedelt und erstellt im Rahmen des „Militär-Erasmus-Programms" Lernpläne für das Corps und seine Aufgaben.

Heute laufen unter dem Dach der EU zehn zivile und sechs militärische Aktionen, stehen über 3000 Expertinnen und Experten des ganzen Spektrums von Stabilisierung, Friedenssicherung und -konsolidierung zur Verfügung. Allein in Deutschland gibt es davon beim Zentrum für internationale Friedenseinsätze rund 1400. Expertise ist vorhanden – breite zivile wie in hohem Maße militärische in allen Staaten der Union. Sie auf operativen, taktischen und strategischen Ebenen in ein neues Projekt einzubringen ist sinnvoll.

Die Strategie der Europäischen Union nimmt menschliche Sicherheit in einem 360-Grad-Ansatz in den Blick. Sie orientiert sich an politischen, militärischen, ökonomischen, sozialen, infrastrukturellen und informationellen Kategorien. Das ist ihr Alleinstellungsmerkmal auf diesem Globus. Für sie spielen Diplomatie, umfassende Sicherheit, Verteidigung, Entwicklungskooperation, humanitäre Hilfe und ökonomischer Aufbau gleichrangige Rollen. Ein gemeinsames „Peace Corps" kann zur Sichtbarkeit dieser Ziele beitragen. Ein mutiger Schritt zum Aufbau gemeinsamer Streitkräfte nach kräftiger Europäisierung aller möglichen Felder und Strukturen ist dringend nötig. Der skizzierte Vorschlag mag naiv sein, die EU kann zurzeit keine eigenen Truppen aufstellen, da ihr völkerrechtlicher Status umstritten ist, viele andere Hürden mögen für unüberwindbar erklärt werden, nicht alle Staaten werden dabei sein wollen. Dennoch gilt: Worten müssen nicht noch mehr Worte und Projekte folgen – lasst uns endlich Taten sehen.

1 http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/01/01098.pdf (Stand: 7. November 2018).
2 https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/europaeische-armee-juncker-nato-russland (Stand: 7. November 2018).

Der Autor

Jörn Thießen *ist evangelischer Theologe und Pastor und arbeitet als Direktor bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Er war unter anderem persönlicher Referent von Ministerpräsident Engholm und Leiter des Büros bei Bundesminister Scharping. Von 2002 bis 2005 führte er das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr in Strausberg. Thießen ist SPD-Mitglied und war von 2005 bis 2009 Abgeordneter im Deutschen Bundestag, dort im Verteidigungsausschuss.*

EMANZIPATION MIT AUGENMASS

Interview mit ***Karl-Heinz Kamp***

Herr Dr. Kamp, die Verteidigungsministerin spricht ja davon, bei der Verteidigung europäischer zu werden, aber transatlantisch zu bleiben. Wie darf man sich das denn konkret vorstellen?

Der Satz beruht auf einer zweifachen Notwendigkeit: Zum einen sind die transatlantischen Beziehungen – Trump hin oder her – essenziell für die deutsche und europäische Sicherheit. Man muss also nicht alles gut und richtig finden, was in Washington so angerichtet wird, aber wir müssen uns gleichzeitig vor Antiamerikanismus in unseren eigenen Gesellschaften hüten. Ja, Amerika ist manchmal schwierig, aber es ist das einzige Amerika, das wir haben.

Andererseits kann Europa nicht immer darauf hoffen, dass die USA schon da sein werden, wenn es wieder einmal sicherheitspolitisch eng wird – sei es in Europa oder anderswo. Diese Erkenntnis gilt nicht erst, seit Donald Trump im Weißen Haus regiert, sondern ist schon von vielen seiner Vorgänger angemahnt worden. Trump ist nur der Erste, der mit der Forderung nach mehr Lastenteilung durch die Verbündeten Ernst macht. Papa zahlt schlicht die Rechnungen der dauerstudierenden Kinder nicht mehr – um ein praktisches Bild zu wählen. Damit muss Europa die Rechnungen selbst bezahlen beziehungsweise Schritt für Schritt die militärischen Fähigkeiten entwickeln, die bislang von den USA bereitgestellt wurden. Das ist leichter gesagt als getan, und nicht jeder hat verstanden, dass das markige Wort vom „Schicksal in die eigenen Hände nehmen" mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Ein immer wieder angeführter Grund zur europäischen militärischen Integration ist ja die Kosteneffizienz. Kosteneffizient können aber Redundanzen zur NATO kaum sein. Wie will man solche verhindern?

Es ist schon viele Jahre her, dass die Amerikaner die Europäer vor doppelten Strukturen in NATO und Europäischer Union warnten, weil sie nicht nur Geldverschwendung, sondern auch eine mögliche Abkopplung der USA von Europa befürchteten. Außenministerin Albright nannte das einst die berühmten drei „Ds": *no duplication, no discrimination and no decoupling.* Diese Furcht besteht schon lange nicht mehr. Im Gegenteil, die USA wären heilfroh, wenn die Europäer überhaupt mehr militärische Fähigkeiten aufbauen würden – ob in der NATO oder in der EU. Natürlich muss man im Einzelfall schauen, dass man nicht das Rad neu erfindet und Dinge beschafft, die in der NATO schon existieren. Bei den eher geringen Verteidigungsausgaben der einzelnen EU-Mitglieder ist diese Gefahr aber ohnehin überschaubar.

Die transatlantischen Beziehungen sind für die deutsche und europäische Sicherheit essenziell

Aber insgesamt sind die EU-Verteidigungsausgaben doch schon heute ein Vielfaches der russischen. Zudem: Nur weil amerikanische Warnungen vergangener Administrationen heute ausbleiben, heißt es doch nicht, dass europäische Mehrausgaben in der Verteidigung per se sinnvoll sind.

Halt, halt – zum einen sagen Kostenvergleiche mit Russland nur wenig aus, wenn man nicht die unterschiedlichen Kosten und die strategische Lage einbezieht. Russland gibt seit Jahren zwischen vier und fünf Prozent seines Sozialprodukts für das Militär aus, wobei Soldaten nur einen Bruchteil des Gehalts der EU-Soldaten bekommen dürften. Die EU liegt im Schnitt bei 1,3 Prozent. Auch ist es eine Streitkraft, die von einer Regierung in Moskau kommandiert wird. In der EU sind es 28 Staaten mit gewaltigen Redundanzen.

Zum anderen sind höhere europäische Militärausgaben nicht erforderlich, weil Präsident Trump das sagt oder weil man ein guter transatlantischer Partner sein möchte. Streitkräfte, wie etwa die Bundeswehr, brauchen mehr Geld, weil sie schlicht ihren Auftrag nicht mehr erfüllen können. Sehen Sie sich die Schlagzeilen von Panzern, die nicht fahren, und Helikoptern, die nicht fliegen, an. Dabei geht es nicht nur um Großgerät, sondern um Nachtsichtgeräte, Winterparkas, Splitterschutzwesten und so weiter. Wenn die Politik Männer und Frauen in gefährliche Einsätze schickt, in denen sie ihr Leben riskieren, dann muss die Politik die beste Ausrüstung bereitstellen, die verfügbar ist. Dafür bedarf es mehr Geld, und das hat nichts mit Aufrüstung oder vermeintlichen Rüstungswettläufen zu tun.

Höhere europäische Militärausgaben sind nicht erforderlich, weil Präsident Trump das sagt

Sicherheitsbedrohungen sind ja vielfältig und müssen nicht immer militärischer Natur sein. Gibt es Bedrohungsszenarien, bei denen Sie die EU sicherheitspolitisch besser aufgestellt sehen als die NATO? Wenn ja – welche; wenn nein – wozu das Ganze?

Die NATO ist nie die Allzweckwaffe für sicherheitspolitische Probleme gewesen. Im Gegenteil, sie hat ein eher begrenztes Portfolio, nämlich Bündnisverteidigung, militärisches Krisenmanagement und Partnerschaften mit Ländern außerhalb der NATO zur gemeinsamen Sicherheitsvorsorge. Das sind die Kernfunktionen, wie sie im Strategischen Konzept des Bündnisses festgeschrieben sind. Diese sind beispielsweise ideal, um mit der Bedrohung durch Russland umzugehen, helfen aber nur wenig gegen Migration oder islamistischen Terrorismus. Die EU ist hingegen viel breiter aufgestellt und kann neben ihren (sehr begrenzten) militärischen Fähigkeiten ein breites Spektrum politischer und wirtschaftlicher Mittel einbringen.

Ein gutes Beispiel für die unterschiedlichen Fähigkeiten ist die Ukraine-Krise. Die NATO baut militärische Abschreckungskapazitäten in Osteuropa auf, um Moskau von weiteren Abenteuern in Osteuropa abzuhalten. Die EU hingegen ist der Krisenmanager, der einen Vertrag über die Gasversorgung der Ukraine ausgehandelt hat, gegenüber Moskau Sanktionen aufrechterhält und mithilfe der Nachbarschaftspolitik andere Länder in der Region stabilisiert, damit sie nicht in den russischen Herrschaftsbereich hineingezogen werden. Deshalb ist auch die Idee vom „vernetzten Ansatz", also der Verbindung ziviler und militärischer Maßnahmen, kein leeres Gerede, sondern eine zwingende Notwendigkeit. Die Militärs sind übrigens die Letzten, die an die Allmacht von militärischer Stärke glauben. Das ist ein Zerrbild, das gerne aufgebaut wird. Ebenso wenig sind zivile Maßnahmen zur Konfliktbeilegung moralisch höherwertiger als militärische Aktionen, wie gerade in Deutschland immer wieder suggeriert wird. Es muss beides sinnvoll zusammenwirken.

Angenommen, es kommt bald zu einer einheitlichen EU-Armee mit einheitlicher politischer Führung. Erleben wir dann eine EU, die von der deutschen Kultur militärischer Zurückhaltung geprägt ist, oder wird sie zum liberalen Falken, der die Lücke füllt, die unsere transatlantischen NATO-Partner durch ihre Schwerpunktverschiebung hinterlassen haben?

Eine einheitliche Europa-Armee, die von einer gemeinsamen europäischen Regierung geführt wird, wird es wohl nie geben – schlicht weil die meisten EU-Mitglieder so etwas nicht wollen. Das heißt aber nicht, dass man nicht immer mehr europäische Streitkräfte schaffen kann, in denen sich mehrere Länder zusam-

Zur Person

Dr. Karl-Heinz Kamp ist seit 2015 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Nach dem Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften war er 1989 in verschiedenen Funktionen für den Bereich Sicherheitspolitik in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn zuständig. 1992 erfolgte die Promotion an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Von 2007 bis 2013 war Kamp Research Director am NATO Defense College in Rom.

mentun und sich Truppenteile wechselseitig unterstellen. Die deutsch-niederländische Kooperation ist ein Beispiel dafür, wo auf beiden Seiten Souveränitätsverzicht geübt wird, indem ein niederländischer General deutsche Truppen befehligt und umgekehrt. Damit nähern sich auch unterschiedliche militärische und politische Kulturen einander an.

Das mit der Kultur der militärischen Zurückhaltung gilt für Deutschland ohnehin kaum noch, denn sonst wären wir wohl kaum zum drittstärksten Truppensteller in Afghanistan aufgestiegen. Andererseits wird Deutschland den Einsatz von Streitkräften nie so handhaben, wie es Frankreich oder Großbritannien tun. Wir haben nicht nur eine andere Geschichte, sondern auch andere politische Verfahren, wie etwa das starke Mitspracherecht des Parlaments. Die EU wird immer versuchen müssen, sehr unterschiedliche Kulturen – nicht nur militärische – miteinander zu vereinen. Das ist gerade jetzt mit Partnern wie Ungarn, Polen oder Italien sehr schwierig.

Was können EU-Partner auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik von Deutschland lernen, und was könnte sich Deutschland andersherum von seinen EU-Partnern abschauen?

Das Zusammenwirken in Allianzen, sei es NATO oder EU, ist ja ein ständiger Prozess des wechselseitigen Lernens. Auch in der EU bringen unterschiedliche Partner unterschiedliche Fähigkeiten ein, die von den anderen aufgenommen werden: Großbritannien – solange es noch dazugehört – den berühmten Pragmatismus, Frankreich den klaren Blick auf die Gefahren südlich des Mittelmeers, Deutschland die Fähigkeit, unterschiedliche Ansätze zu verbinden und vor allem die Positionen der „kleineren“ Partner einzubeziehen.

Derzeit könnte Deutschland vor allem von sich selbst lernen. Nach 2014 hat die damalige GroKo mehr internationales Engagement nicht nur versprochen, sondern auch gezeigt. Deutschland ist mehrfach über den eigenen Schatten gesprungen und hat Streitkräfte in Osteuropa stationiert oder Waffen an die Peshmerga – also in ein Krisengebiet – geliefert. All diese Maßnahmen sind gegen den Umfragetrend durchgeführt worden, schlicht weil sie notwendig waren. Etwas von dieser Entschlossenheit wünscht man sich heute, etwa wenn man sich die ziemlich schräge Debatte um die berühmten zwei Prozent anschaut.

Eine einheitliche europäische Armee, die von einer gemeinsamen europäischen Regierung geführt wird, wird es wohl nie geben – weil die meisten EU-Mitglieder so etwas nicht wollen

Herr Dr. Kamp, wir danken Ihnen für das Interview!

WÜRDE SICH ESTLAND DURCH PESCO UND EINE EUROPÄISCHE ARMEE SICHERER FÜHLEN?

Abstract

Viljar Veebel geht der Ausgangsfrage seines Beitrags unter mehreren Gesichtspunkten nach. Anhand von Umfrageergebnissen stellt er fest, dass estnische Sicherheitskreise Russland als heutige und zukünftige Hauptbedrohung sehen. Zugleich wird die NATO vor diesem Hintergrund als Hauptgarant für glaubhafte Abschreckung und Verteidigung wahrgenommen.

Geht es um die neuen Initiativen und Visionen in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, fällt die Reaktion relativ klar aus: Die Vision einer europäischen Armee wird sowohl von Politikern und Militärs als auch von der Bevölkerung überwiegend skeptisch beurteilt; sie habe keinen sicherheitspolitischen Mehrwert und sei ohnehin schwer bis gar nicht zu realisieren. Interessanterweise wird PESCO bereits deutlich positiver gesehen. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit könne beispielsweise die militärischen Fähigkeiten der EU ausbauen und sei außerdem nach innen und außen (gegenüber Russland) ein Signal der funktionierenden Kooperation. Für beides führt der Autor zahlreiche Belege an.

Die Gründe für diese unterschiedliche Bewertung sind Veebel zufolge nachvollziehbar. Estland wolle (genauso wie seine Nachbarstaaten Lettland und Litauen) auf keinen Fall die NATO als Hauptsicherheitsgaranten infrage stellen. Der pragmatischere Ansatz von PESCO, von dem man sich unter anderem auch Vorteile für die landeseigenen Rüstungsfirmen erhofft, passe besser zu dieser Haltung als das mit vielen Fragezeichen behaftete Langfristziel einer gemeinsamen Armee. Grundsätzlich, so der Autor, könnte sich die estnische Öffentlichkeit noch deutlicher bewusst machen, welches Potenzial eine engere sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit beinhalte – sowohl militärisch als auch für die Integration in die EU insgesamt.

Zum Abschluss beleuchtet Veebel noch kurz die Reaktion in russischen Auslandsmedien auf beide Initiativen. Während die europäische Armee kaum von Interesse war, wurde PESCO als sinnlose Geldverschwendung und (militärisch völlig unzureichende) Provokation aufgefasst. Diese heftige Kritik lege nahe, dass Russland sich durch eine engeren Schulterschluss der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung tatsächlich getroffen fühlt.

Autor: ***Viljar Veebel***

Einleitung

Die Ergebnisse einer kürzlich in den EU-Mitgliedstaaten durchgeführten Umfrage[1] zu den Themen Sicherheit und strategische Partnerschaft zeigen, dass Experten und politische Entscheidungsträger in Estland der Ansicht sind, Instabilität und Gefahr gingen hauptsächlich von Russland aus. Estlands großer Nachbar wird bereits seit etwa zehn Jahren – seit er sich während der Unruhen in Tallinn 2007 aggressiv in innenpolitische Angelegenheiten einmischte – als ernste Bedrohung gesehen. Die Lagebeurteilung durch die estnischen Experten hat sich seitdem nicht geändert. Der russisch-georgische Krieg von 2008 und die Ereignisse in der Ukraine ab 2013 haben die Ängste eher noch verschärft, daher lassen die oben erwähnten Umfrageergebnisse darauf schließen, dass Russland auch in den nächsten zehn Jahren als Hauptquelle von Bedrohung und Instabilität für Estland wahrgenommen werden wird (siehe Abbildung 1).[2] Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Esten aktiv nach möglichen Sicherheitsgarantien gegenüber Russland suchen. Dieses verfolgt aggressiv seine Ziele, das aktuelle Sicherheitsumfeld der früheren Sowjetrepubliken zu destabilisieren, die ehemaligen Gebiete wieder unter Kontrolle zu bringen und die NATO möglichst zu delegitimieren.[3]

Für die Esten genauso wie für die Letten und Litauer steht das transatlantische Sicherheitsbündnis NATO definitiv ganz oben auf der Liste solcher Sicherheitsgarantien. Die transatlantische Partnerschaft gilt als Kernelement der estnischen Verteidigungsdoktrin. Diese besagt, dass Estland glaubhafte Abschreckung und militärische Verteidigung durch kollektive Verteidigung im Rahmen der NATO sicherstellt, einschließlich der eigenen militärischen Verteidigungsfähigkeiten, die einen Teil der NATO bilden.[4] Darüber hinaus unterstützen laut der im Oktober 2017 durchgeführten öffentlichen Meinungsumfrage etwa 74 Prozent der Befragten in Estland die Mitgliedschaft des Landes in der NATO, und 50 Prozent sind davon überzeugt, dass das Bündnis militärischen Beistand

leisten würde, sollte in Estland ein Konflikt ausbrechen. Zudem sind 60 Prozent der Meinung, dass die Stationierung einer NATO-Kampfgruppe in Estland die Sicherheit in Estland stärke, und 39 Prozent gehen davon aus, dass die NATO-Mitgliedschaft potenzielle Angriffe auf ihr Land verhindere.[5] Das transatlantische Sicherheitsbündnis ist für die Esten also eindeutig der wichtigste Sicherheitsgarant – alternative Sicherheitskonzepte und Kooperationsformen haben es dementsprechend schwer, dagegen anzukommen und das Vertrauen der Esten im gleichen Maße zu gewinnen.

Dennoch konnten zwei Initiativen dieser Art – die im Dezember 2017 ins Leben gerufene Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) der EU und der Vorschlag von Jean-Claude Juncker im März 2015 zur Gründung einer europäischen Armee – in gewissem Umfang das Interesse estnischer Politiker und Militärexperten wecken. Der Start von PESCO während des estnischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2017 überraschte die estnische Bevölkerung – die Initiative war erst kurz vor Beginn der estnischen EU-Ratspräsidentschaft auf die politische Agenda gesetzt worden. Der Vorschlag zur Einrichtung einer europäischen Armee wiederum fiel in die Zeit, in der die Ängste angesichts des aggressiven Auftretens Russlands nach den Ereignissen in der Ukraine wieder zunahmen.

In der Hoffnung, diese beiden Initiativen könnten das Sicherheits- und Schutzgefühl Estlands wieder verbessern, lohnt es sich ohne Zweifel zu analysieren, wie estnische Politiker, Militärexperten und die estnische Öffentlichkeit PESCO und die europäische Armee sowohl in ethischer als auch in praktischer Sicht einschätzen und welche Gründe dahinterstehen. Darüber hinaus erscheint es im größeren Kontext auch lohnenswert, die Position Russlands in Bezug auf diese beiden Themen zu untersuchen.

Eine europäische Armee aus Sicht der Esten

Jean-Claude Junckers Vorschlag zur Gründung einer europäischen Armee wurde von estnischen Politikern überwiegend mit Vorsicht und Skepsis aufgenommen. Die Begründungen reichen von unnötiger Redundanz bis hin zu fehlender Solidarität. Der estnische Ministerpräsident Jüri Ratas beispielsweise brachte deutlich zum Ausdruck, Europa brauche keine eigene Armee, daher befürworte er die Idee nicht. EU und NATO stünden nicht im Wettbewerb, so-

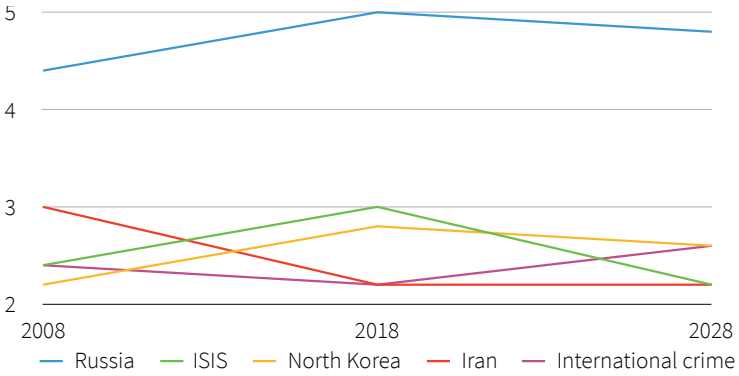

Abbildung 1: Einstufung der Hauptquellen von Bedrohung und Instabilität im Jahr 2018 und Vergleich derselben Bedrohungen durch estnische Experten für die Jahre 2008 und 2028: die Ergebnisse der ECFR-Umfrage im Sommer 2018 (Einstufung auf einer Skala von 1 bis 5, wobei 1 für „keinerlei Bedrohung" und 5 für „maximale Bedrohung" steht); Quelle: siehe Endnote 1

dass eine Dopplung der Strukturen nicht erforderlich sei. Nur durch einen Ausbau der gegenseitigen Zusammenarbeit könnten EU und NATO zu mehr Sicherheit in Europa beitragen.[6] Justizminister (und Ex-Verteidigungsminister) Urmas Reinsalu argumentierte, Junckers Vorschlag stelle keine praktische Kooperationsinitiative dar, sondern eine politische Erklärung, die die aktuellen Sicherheitsbedürfnisse Estlands kaum erfüllen könne. Zudem betont er, für die Bildung der europäischen Armee müssten die Verträge auch Angelegenheit der nationalen Verteidigung regeln. Da hierfür Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten herrschen müsse, sei dies in der Praxis nur schwer zu erreichen. Reinsalu verweist zudem auf das Solidaritätsprinzip: Die EU-Solidaritätsklausel könne bereits heute angewandt werden und sei für Estland wichtiger als die Bildung einer europäischen Armee.[7] Marko Mihkelson, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im estnischen Parlament, vertritt die Meinung, Europas gegenwärtige Verteidigungsstrukturen sollten allein als Reaktion auf Russlands Vorgehen nicht leichtfertig geändert werden. Vielmehr sollten genau jene Initiativen und Maßnahmen Vorrang haben, die die Rolle der europäischen Verbündeten in der NATO stärken und die wirt-

schaftliche und militärische Zusammenarbeit auf transatlantischer Ebene vertiefen. Damit spielt er auch auf die Bedeutung der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP an.[8] Außenminister Sven Mikse bezeichnet die Idee gemeinsamer europäischer Streitkräfte als „interessant, aber mit viel Raum für Verbesserungen“[9]. Verteidigungsminister Jüri Luik hingegen lehnt eine gemeinsame europäische Armee ab; im Bedarfsfall sollten militärische Einheiten aus den nationalen Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten zusammengestellt werden.[10] Matti Maasikas, Estlands Stellvertretender Minister für EU-Angelegenheiten während der estnischen EU-Ratspräsidentschaft, ordnet Junckers Vorschlag als Beitrag zur aktuellen Debatte über die Möglichkeiten zur Stärkung der militärischen Zusammenarbeit in Europa ein.[11] Allerdings ist auch er der Meinung, die sicherheitspolitischen Initiativen und Konzepte sollten angesichts der sich radikal geänderten Sicherheitslage in Europa überarbeitet werden. MdEP Urmas Paet (Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) sorgt sich um den aktuell ineffizienten Einsatz der EU-Battlegroups sowie um finanzielle Fragen. Er spricht sich jedoch auch dafür aus, dass die EU den Plan weiterverfolgt.[12] Einzig der Abgeordnete Indrek Tarand (Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz) grenzt sich von der eher pessimistischen Mehrheit ab und argumentiert, die europäische Armee sei

Der Pessimismus der heimischen Politiker und Militärexperten bezüglich einer europäischen Armee scheint auch in der estnischen Öffentlichkeit vorzuherrschen

„die einzige richtige Lösung“, da „die europäischen Nationen sich bei der Finanzierung der Abschreckung gegenüber Russland zurzeit auf den US-Steuerzahler verlassen und keiner der EU-Staaten es mit einer russischen Aggression aufnehmen könnte“[13].

Auch die Reaktion des estnischen Militärs auf Junckers Vorschlag zur Einrichtung einer europäischen Armee fällt eher skeptisch aus. Zwar haben die aktuell im Dienst stehenden Angehörigen der estnischen Streitkräfte öffentliche Äußerungen zum Thema bislang vermieden. Generalleutnant Johannes Kert und General Ants Laaneots, zwei ehemalige Militärangehörige, die in Estland als Meinungsführer in Sicherheits- und Verteidigungsfragen gelten (beide sind auch Parlamentsmitglied), positionieren sich allerdings klar. So argumentiert Kert, die Bestrebungen der EU zur Konsolidierung ihrer Außenpolitik – zu der auch die Streitkräfte gehören – stellten einen nachvollziehbaren Schritt dar; gemeinsame Streitkräfte würden im Zusammenwirken mit der EU-Mitgliedschaft in der NATO eine stärkere Vereinheitlichung, eine optimale Verwendung von Ressourcen in Europa und bessere Entscheidungsmechanismen fördern. Doch eine europäische Armee werde erst in den 2030er-Jahren entstehen; ob sie allerdings tatsächlich als Instrument kollektiver Abschreckung fungieren könne, sei aufgrund des fehlenden geostrategischen Vorteils der EU im Vergleich zur NATO zweifelhaft.[14] Im Prinzip stellt er den Sinn und Zweck einer europäischen Armee grundsätzlich infrage. General Laaneots führt aus, die Idee einer europäischen Armee könne möglicherweise zwischen den verschiedenen Interessen und Forderungen der EU-Länder zerrieben werden. Das Beispiel Afghanistan demonstriere, wie unterschiedlich die Erfordernisse und Einschränkungen der EU-Mitgliedstaaten bei Militäreinsätzen seien.[15]

Der Pessimismus der heimischen Politiker und Militärexperten bezüglich einer europäischen Armee scheint auch in der estnischen Öffentlichkeit vorzuherrschen.[16] So ergibt sich aus der im April 2017 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage, dass 48 Prozent der Befragten in Estland absolut dafür und 42 Prozent absolut dagegen sind. Interessanterweise liegt die Zustimmung in Estland im Vergleich zu den anderen baltischen Staaten somit am niedrigsten – in Litauen gab es 71 Prozent Zustimmung und 25 Prozent Ablehnung, in Lettland 59 beziehungsweise 36 Prozent.[17] Das sollte aber nicht als mangelnder Konsens unter den baltischen Staaten interpretiert werden, dass der NATO gegenwärtig eine Schlüsselrolle bei der Wahrung von Sicherheit und Stabilität in der Region zukommt; eher kommt darin zum Ausdruck, dass die Letten und Litauer sich von dem Projekt einer europäischen Armee mehr

versprechen als die Esten. Die Haltung der estnischen Bevölkerung hat sich zudem im Laufe der Zeit nicht sonderlich verändert: Eine ähnliche Umfrage Anfang 2014 zeigte, dass 47 Prozent der Befragten in Estland absolut für und 44 Prozent absolut gegen die Gründung einer europäischen Armee waren.[18]

Wie die Esten PESCO beurteilen

Im Gegensatz zur allgemein ablehnenden Haltung gegenüber einer europäischen Armee scheinen die Esten PESCO äußerst optimistisch zu sehen. Die Bedeutung dieser Initiative wurde sowohl von führenden heimischen Politikern als auch von Vertretern der Streitkräfte betont. So bezeichnet der estnische Ministerpräsident Jüri Ratas PESCO vor allem als „grundlegenden Schritt", der zeige, dass 25 Länder sich auf eine engere Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung konzentrierten und sich zu einer Steigerung der nationalen Verteidigungsausgaben sowie zu einer Verbesserung der nationalen Verteidigungsfähigkeiten bekennten. Dabei unterstreicht er insbesondere das Potenzial der Zusammenarbeit im Bereich „militärisches Schengen" (oder, wie er es nennt, des „Schengen für Panzer"), da dieses die Verlegung militärischer Ausrüstung von einem EU-Mitgliedstaat in andere ermögliche.[19] Der estnische Verteidigungsminister Jüri Luik wiederum betont den gleichermaßen politischen wie praktischen Wert von PESCO. Auf der einen Seite sieht er es als politischen „Schirm" bzw. als eine Form der Zusammenarbeit, die sowohl EU-intern als auch gegenüber Russland klar das starke Interesse an gemeinsamen Aktivitäten der EU-Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich signalisiere. PESCO zeige, dass die EU bereit sei, gemeinsame politische, verteidigungsbezogene und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Zusammenarbeit weiter zu stärken. Luik zufolge stellt PESCO ein Beispiel für die Funktionsfähigkeit der EU dar, da es sich nicht mit Krisenbewältigung, sondern mit positiven, zukunftsweisenden Themen befasse. Zudem habe es eine praktische Seite durch gemeinsame Projekte, an denen sich auch Norwegen und Großbritannien beteiligen könnten – dies sei zweifelsohne ganz im Interesse Estlands.[20] Der Befehlshaber der estnischen Streitkräfte, General Riho Terras, unterstreicht ausdrücklich die militärischen Vorteile von PESCO: Die in diesem Rahmen durchgeführten gemeinsamen Projekte konzentrierten sich auf die Entwicklung der neuesten und innovativsten Verteidigungslösungen und stärkten so die Einsatzfähigkeiten der EU. Zudem diene PESCO auch dazu, das enorme Potenzial der EU im Verteidigungsbereich zu heben und die europäische „Säule" der NATO zu stärken. Neben dem Projekt „militärisches Schengen" erwähnt Terras vier Projekte, an denen Estland als Beobachter interessiert sei: Unterwasserdrohnen beziehungsweise Unterwasserroboter, neue digitale Kommunikationssysteme, die Seeraumüberwachung und das Cyberprojekt.[21] Auch nach Jüri Luiks Ansicht bietet PESCO die Möglichkeit zur Entwicklung innovativer Lösungen; Estland habe bereits ein innovatives Projekt zu unbemannten Bodensystemen vorgelegt, welches das Interesse der einflussreichsten EU-Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich geweckt habe. Es sei wichtig, weitere Länder in die Entwicklung intelligenter und innovativer Verteidigungstechnologien flexibel einzubinden und grenzüberschreitende Aktivitäten kleiner und mittelständischer Unternehmen zu unterstützen.[22]

Der Befehlshaber der estnischen Streitkräfte, General Riho Terras, unterstreicht ausdrücklich die militärischen Vorteile von PESCO

Eine grundsätzliche Wahl

Es ist interessant, dass die PESCO-Initiative – die eher auf Verteidigung ausgerichtet ist – in Estland populär zu sein scheint, die Idee zur Gründung einer europäischen Armee hingegen – die stärker auf Abschreckung setzt – bei den estnischen Politikern, Militärexperten und der Öffentlichkeit eher Unsicherheit und Ablehnung hervorruft. Vermutlich gibt es dafür zwei Gründe: erstens praktische Überlegungen, zweitens der Wunsch, im aktuellen Sicherheitsumfeld keinesfalls die Rolle der NATO infrage zu stellen.

Einerseits scheint Estlands Entscheidung zur Beteiligung an PESCO ausschließlich rational begründet: Man verringert die eigene Verwundbarkeit und nutzt eigene Vorteile wie technologisches Know-how. Verteidigungsminister Jüri Luik erklärte beispielsweise, PESCO sei äußerst nützlich für die estnische Verteidigungsindustrie, die sich auf Robotertechnik, Cybersicherheit und Kommunikation sowie auf die Entwicklung moderner technologischer Lösungen spezialisiert hat.[23]

Die Reaktion auf PESCO in prorussischen Medien fiel erwartungsgemäß negativ und abfällig aus

Andererseits scheint die Bevorzugung von PESCO gegenüber der Idee einer europäischen Armee einer sehr grundlegenden Entscheidung zu entspringen. Offenbar lehnen estnische Politiker und Militärangehörige jegliche kritische Betrachtung der NATO-Mitgliedschaft und der mit dem Bündnis verknüpften Idee der kollektiven Verteidigung und Solidarität rigoros ab. Nicht einmal die radikalste politische Partei im estnischen Parlament, die Konservative Partei Estlands (EKRE), hat jemals die NATO-Mitgliedschaft oder die Rolle der NATO für den Schutz Estlands infrage gestellt. Vor diesem Hintergrund sind die größtenteils verhaltenen oder sogar pessimistischen Reaktionen der estnischen Politiker auf eine Idee, die potenziell die Ziele und Strukturen der NATO verdoppeln könnte, zu einem gewissen Grad nachvollziehbar. Die bestenfalls mäßige Antwort Estlands auf die mögliche Bildung einer europäischen Armee lässt sich also wie eine erste instinktive „Schutzreaktion" zum Wohle der NATO lesen.

Eine echte Chance – und eine echte Bedrohung?

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die aktuellen Entwicklungen in der EU hin zu einer engeren Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung ganz im Interesse von Estland sind. Dies macht die Europäische Union militärisch stärker und erhöht die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger – und somit auch die Sicherheit der in Estland lebenden Menschen. Das Gleiche gilt für den Europäischen Verteidigungsfonds, der seinem Wesen nach auch für Estland „mehr kollektive Verteidigung" bringen dürfte.

Zudem verweisen einige estnische Experten darauf, dass die aktuell in der EU relevanten Themen sich mit Estlands Prioritäten decken – wie praktische Überlegungen, proaktives und weitsichtiges Handeln sowie die Bereitstellung tatsächlich verfügbarer Ressourcen.[24] Estlands Interessen im Bereich Sicherheit und Verteidigung dürften in der EU grundsätzlich also gut vertreten sein.

Was den Esten jedoch aktuell ein wenig fehlt, ist der Blick aufs „größere Ganze", das Gefühl, „Europäer zu sein". Wie bereits erwähnt, haben einige estnische Politiker die Bedeutung von PESCO als Bekenntnis von 25 Ländern zu einer engeren Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung und zur Verbesserung nationaler und kollektiver Verteidigungsfähigkeiten unterstrichen. Gleichzeitig sind die gegensätzlichen Positionen gegenüber einer europäischen Armee und PESCO ein Indiz dafür, dass die Esten die Bedeutung und das Potenzial einer engeren Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung in der EU zum aktuellen Zeitpunkt nicht vollständig erfassen und ohne weiteres Nachdenken negativ auf jegliche Initiative reagieren, die sich potenziell mit den Zielen und Aktivitäten der NATO überschneiden könnte. Erst wenn ein direkter Berührungspunkt mit dem Bündnis erkannt wird (wie eine Stärkung der „europäischen Säule" in der NATO im Rah-

Der Autor

Dr. Viljar Veebel arbeitet als Wissenschaftler im Fachbereich für politische und strategische Studien an der Baltischen Hochschule für Verteidigung. Er hat an der Universität von Tartu (Estland) in Politikwissenschaft promoviert. Er war wissenschaftlicher Berater der estnischen Regierung beim Europäischen Verfassungskonvent, hat für verschiedene europäische Einrichtungen geforscht und unter anderem an der Universität Tartu, an der Estnischen Hochschule für Verteidigung, am Estnischen Institut für Außenpolitik sowie an der Diplomatischen Akademie der Ukraine gelehrt. Zu seinen besonderen Forschungsgebieten gehören Russlands strategische Ziele und Militärdoktrin sowie Konzepte und Modelle für Reaktionen der EU und der NATO auf russische Aktivitäten.

men von PESCO), ändert sich die Einstellung. Gleichwohl sollte auch die EU berücksichtigen, woher die Skepsis Estlands rühren dürfte: Diejenigen, die heute eine Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung befürworten, argumentierten noch vor zehn Jahren, eine solche Zusammenarbeit in der EU werde erst erforderlich, wenn die NATO keine Sicherheitsgarantien mehr geben könne, man solle also bis dahin keine Ressourcen für Redundanzen verschwenden.

Last, but not least ist es hochinteressant zu analysieren, was Russland von den beiden Initiativen hält. Es lohnt der Blick auf die prorussischen Medien in estnischer Sprache. Während Jean-Claude Junckers Äußerungen zur Gründung einer europäischen Armee keine nennenswerten Reaktionen (weder positive noch negative) auslöste, erfuhr die jüngste PESCO-Initiative bereits einige Aufmerksamkeit. Nach einigen Versuchen Russlands, Falschinformationen zu verbreiten, fiel die Reaktion erwartungsgemäß negativ und abfällig aus. Zitiert sei hier eine im November 2017 veröffentlichte Meldung von Sputnik, dem von der russischen Regierung finanzierten Medienkanal, der zufolge die neue europäische Militärinitiative ihrem Wesen nach völlig irrational, gegen Russland gerichtet und von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, es sei denn, man hätte die Idee bereits im vergangenen Jahrhundert umgesetzt. Zudem sei klar, so die Zeitung, dass eine militärisch geeinte EU ohne Unterstützung durch die NATO es ohnehin nicht mit den militärischen Fähigkeiten Russlands aufnehmen könne; PESCO sei lediglich ein neues Instrument, um den beteiligten Staaten „Geld aus der Tasche zu ziehen". Zum Abschluss wird Sir Christopher Meyers Aussage zitiert, dass „eher Schweine fliegen werden, bevor die EU eine Armee gründet"[25].

Der offizielle Ton und die Botschaft dieser russischen Meldung sind mehr als eindeutig. Eine gänzlich andere Frage ist jedoch, wie die Europäer sie interpretieren. Da Moskau nur reagiert, wenn es sich ernsthaft angegriffen fühlt, könnte es sein, dass die EU mit dem Aufbau einer engeren Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung einen von Russlands wunden Punkten trifft.

1 European Council on Foreign Relations (2018): The nightmare of the dark: The security fears that keep Europeans awake at night. https://www.ecfr.eu/specials/scorecard/the_nightmare_of_the_dark_the_security_fears_that_keep_europeans_awake_at_n (Stand: 9. November 2018).
2 Andžans, Maris/Veebel, Viljar (2017). „Deterrence Dilemma in Latvia and Estonia: Finding the Balance between External Military Solidarity and Territorial Defence." In: *Journal on Baltic Security* 3 (2), S. 29–41.
3 Veebel, Viljar (2017). „Estonia: On the way to a European army." In: Bartels, Hans-Peter; Kellner, Anna Maria; Optenhögel, Uwe (Hg.). *Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas: Auf dem Weg zur Europäischen Armee?* Bonn, S. 152–164.
4 Die Regierung der Republik Estland (2017): National Security Concept of Estonia [Das nationale Sicherheitskonzept Estlands] (auf Estnisch und Englisch verfügbar). http://www.kaitseministeerium.ee/sites/default/files/elfinder/article_files/national_security_concept_2017.pdf (Stand: 9. November 2018).
5 Kivirähk, Juhan (2017): Avalik arvamus ja riigikaitse/Public opinion and state defence [Öffentliche Meinung und Landesverteidigung](auf Estnisch und Englisch verfügbar). http://www.kaitseministeerium.ee/sites/default/files/elfinder/article_files/avalik_arvamus_ja_riigikaitse_oktoober_2017.pdf (Stand: 9. November 2018).
6 Riigikogu (2017): XIII Riigikogu stenogramm, 16. mai 2017 [Das Protokoll des XIII. estnischen Parlaments vom 16. Mai 2017] (nur auf Estnisch verfügbar). http://stenogrammid.riigikogu.ee/201705161000 (Stand: 9. November 2018).
7 Postimees (2015): Mikser nimetas ELi ühisarmee ideed huvitavaks [Mikser findet die Idee einer europäischen Armee interessant] (nur auf Estnisch verfügbar). https://www.postimees.ee/3116883/mikser-nimetas-eli-uhisarmee-ideed-huvitavaks (Stand: 9. November 2018).
8 Veskioja, Risto (2015): Mihkelson Junckeri EL-i ühisarmee plaanist: tänast Euroopa julgeolekuarhitektuuri ei tohiks kergekäeliselt muuta [Mihkelson zu Junckers Plan: Die aktuelle Sicherheitsstruktur in Europa sollte nicht einfach nebenbei aufgegeben werden] (nur auf Estnisch verfügbar). http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/mihkelson-junckeri-el-i-uhisarmee-plaanist-tanast-euroopa-julgeolekuarhitektuuri-ei-tohiks-kergekaeliselt-muuta?id=70968709 (Stand: 9. November 2018).
9 Siehe Fußnote 6.
10 Kressa, Kaarel (2017): Intervjuu: Kaitseminister Jüri Luik: uus Euroopa kaitsekoostöö on kasulik nii Eesti julgeolekule kui meie firmadele [Interview: Verteidigungsminister Jüri Luik: Neue Verteidigungszusammenarbeit in Europa ist nützlich für die nationale Sicherheit und heimische Unternehmen] (nur auf Estnisch verfügbar). http://www.delfi.ee/news/paevauudised/valismaa/intervjuu-kaitseminister-juri-luik-uus-euroopa-kaitsekoostoo-on-kasulik-nii-eesti-julgeolekule-kui-meie-firmadele?id=80456098 (Stand: 9. November 2018).
11 Tralla, Johannes (2015): Analüütik: Junckeri Euroopa armee idee pole plaan, vaid unistus [Experte: „Junckers Idee einer europäischen Armee ist kein Plan, sondern ein Traum] (nur auf Estnisch verfügbar). https://www.err.ee/531549/analuutik-junckeri-euroopa-armee-idee-pole-plaan-vaid-unistus (Stand: 9. November 2018).
12 Veskioja, Risto (2015): Paet: Junckeri EL-i ühisarmee-plaaniga tuleb edasi minna, kuid lihtne see olema ei saa

[Paet: Europa sollte die Idee einer europäischen Armee weiterentwickeln, aber es wird nicht einfach werden] (nur auf Estnisch verfügbar). http://www.delfi.ee/news/paevauudised/eesti/paet-junckeri-el-i-uhisarmee-plaaniga-tuleb-edasi-minna-kuid-lihtne-see-olema-ei-saa?id=70968879 (Stand: 9. November 2018).
13 ERR (2015): Laaneots: EU army could stumble on different demands of member states [Laaneots: Die EU-Armee könnte über die unterschiedlichen Forderungen der Mitgliedstaaten stolpern] (auf Estnisch und Englisch verfügbar).https://news.err.ee/115381/laaneots-eu-army-could-stumble-on-different-demands-of-member-states (Stand: 9. November 2018).
14 Kert, Johannes (2015): Euroopa Liit vajab tulevikus kindlasti ühiseid relvajõude [Die EU braucht ohne Zweifel gemeinsame Streitkräfte in der Zukunft] (nur auf Estnisch verfügbar). http://maaleht.delfi.ee/news/maaleht/arvamus/johannes-kert-euroopa-liit-vajab-tulevikus-kindlasti-uhiseid-relvajoude?id=73143221 (Stand: 9. November 2018).
15 Siehe Fußnote 12.
16 Als Hinweis sei hier erwähnt, dass hierzu praktisch keine öffentlichen Mediendebatten in Estland stattfanden, und wenn, dann beschränkten sich diese auf einige eher skeptische Überschriften und drehten sich meist um die Frage, warum sich Estland nur auf gemeinsame europäische Streitkräfte konzentrieren solle, wenn gleichzeitig ein viel breiter aufgestelltes und voll funktionsfähiges transatlantisches Sicherheitsnetzwerk vorhanden sei.
17 Europäische Kommission (2017): Special Eurobarometer 461 Designing Europe's Future – Security and Defence, S. 21. https://www.google.com/url?sa=t&rct=-j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&-ved=2ahUKEwjx_fu2gtjdAhXFWSwKHd39CGAQF-jAAegQICRAC&url=http%3A%2F%2Fec.europa.eu%2Fcommfrontoffice%2Fpublicopinion%2Findex.cfm%2FResultDoc%2Fdownload%2FDocument-Ky%2F78778&usg=AOvVaw1IhKu4inLAK7xi7hTJpo8z (Stand: 9. November 2018).
18 Europäische Kommission (2014): Eurobarometer Special Survey 413: Future of Europe (Report). S. 30. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_413_en.pdf (Stand: 9. November 2018).
19 Pealinn (2017): Ratas: Euroopa Liit on täna ühtsem, tugevam ja turvalisem kui enne eesistumist [Ratas: Die EU ist heute integrierter, stärker und sicherer als vor der estnischen EU-Ratspräsidentschaft] (nur auf Estnisch verfügbar). http://www.pealinn.ee/tagid/koik/ratas-euroopa-liit-on-tana-uhtsem-tugevam-ja-turvalisem-kui-enne-n208510 (Stand: 9. November 2018).
20 Siehe Fußnote 10.
21 ERR (2017): Terras: PESCO teeb EL-i sõjaliselt tugevamaks/Terras: PESCO makes EL military stronger [PESCO stärkt das EU-Militär] (auf Estnisch und Englisch verfügbar). https://www.err.ee/648797/terras-pesco-teeb-el-i-sojaliselt-tugevamaks (Stand: 9. November 2018).
22 LETA (2018): EU defense ministers discuss cooperation, security of Western Balkans [EU-Verteidigungsminister besprechen Zusammenarbeit sowie Sicherheit des Westbalkans] (auf Estnisch und Englisch verfügbar). http://www.leta.lv/eng/defence_matters_eng/defence_matters_eng/news/1705D1A1-0CE0-491C-AB5B-BA1F6F767017/?text (Stand: 9. November 2018); siehe auch Verteidigungsministerium (2018): Estonia looking to develop unmanned land systems within the framework of European defence cooperation [Estland will unbemannte Bodensysteme im Rahmen der europäischen Verteidigungszusammenarbeit entwickeln] (auf Estnisch und Englisch verfügbar). http://www.kaitseministeerium.ee/en/news/estonia-looking-develop-unmanned-land-systems-within-framework-european-defence-cooperation (Stand: 9. November 2018).
23 Siehe Fußnote 7.
24 Uibo, Lembit (2017): Missuguse näoga on Euroopa Liidu kaitsealane koostöö [So sieht die EU-Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung aus] (nur auf Estnisch verfügbar). https://diplomaatia.ee/missuguse-naoga-on-euroopa-liidu-kaitsealane-koostoo/ (Stand: 9. November 2018).
25 Hrolenko, Aleksandr (2017): Euroopa armee on müüt [Eine europäische Armee ist ein Mythos] (nur auf Estnisch verfügbar), https://sputnik-news.ee/analytics/20171115/7977294/euroopa-armee-on-muut.html (Stand: 9. November 2018).

NUR EINE WEITERE NUTZLOSE SICHERHEITSINITIATIVE?
RUSSLANDS BLICK AUF PESCO

Autor: ***Maxim Kuzmin***

Im November 2017 tauchte die Abkürzung PESCO in den Schlagzeilen europäischer und amerikanischer Zeitungen auf. 23 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) brachten die „Permanent European Structured Cooperation" oder PESCO (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, SSZ) auf den Weg; später stieg die Zahl der Teilnehmer auf 25. Dieser Akt der vertieften Integration im Bereich Sicherheit und Verteidigung in der EU löste in höchstem Maße entgegengesetzte Reaktionen aus – von überaus positiv bis überaus kritisch –, sowohl in der EU als auch außerhalb. Ganz bestimmt wird er sich auf die Beziehungen der EU mit wichtigen sicherheitsrelevanten Akteuren auf dem europäischen Kontinent auswirken, insbesondere in der Russischen Föderation. Ungeachtet dessen, dass das moderne Russland nicht einmal einen Bruchteil des Einflusses seines Vorgängers, der Sowjetunion, genießt, gibt es doch einige Hebel, über die das Land Einfluss auf die EU-Mitgliedstaaten ausüben kann. Zudem war die russische Sicherheitspolitik der EU gegenüber in letzter Zeit alles andere als freundlich. Aus diesem Grund ist die russische Wahrnehmung von PESCO ein Thema, das von Forschenden mit Interesse verfolgt wird und politisch von Bedeutung ist.

Aus russischer Sicht: Was ist PESCO?

Für das Verständnis einiger entscheidender Punkte in dieser Diskussion ist es notwendig, sich darüber im Klaren zu sein, wofür PESCO derzeit steht und warum sich die EU-Mitgliedsstaaten zum jetzigen Zeitpunkt dafür ausgesprochen haben.

PESCO wurde 2009 in den Vertrag über die Europäische Union (Artikel 42, Abs. 6) aufgenommen. Dort ist die Rede von einer möglichen Sicherheitsinitiative für Mitgliedstaaten, die anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Bereich Verteidigung untereinander weitergehende Verpflichtungen eingegangen sind.[1] Dies wird im Protokoll Nr. 10 des Vertrags erläutert. Eine Mitteilung an den Euro-

Abstract

Unbeeindruckt von der medialen Aufmerksamkeit um PESCO, skizziert Maxim Kuzmin nüchtern, dass es sich dabei nicht um den Aufbau einer europäischen Armee handelt, sondern im Wesentlichen um verbesserte militärische Zusammenarbeit, gemeinsame Nutzung existierender oder zukünftiger Fähigkeiten und erhöhte Mobilität innerhalb der EU. Die vielfältigen Gründe der EU dafür werden auch in Russland wahrgenommen: ein verändertes Sicherheitsumfeld durch Cyberbedrohungen, Migrationsströme etc., das unkalkulierbare Verhalten des NATO-Partners USA unter Präsident Trump sowie die signifikante außenpolitische und militärische Schwächung der EU durch den Brexit. Hauptmotiv aber sei die veränderte russische Außenpolitik seit dem Krieg in Georgien 2008, die 2014 in der Annexion der Krim und der russischen Intervention in der Ostukraine kulminierte.

Bislang, so Kuzmin, lägen nur wenige Äußerungen von russischen Politikern und Wissenschaftlern zu PESCO vor; sie legten zumindest nahe, dass es als weiterer ineffektiver Versuch einer militärischen Stärkung Europas interpretiert wird. Wie der Autor ausführt, sieht Russland seit den Zeiten des Kalten Krieges nicht Europa als Hauptrivale, sondern die US-dominierte NATO. Dieses Denken herrsche nun wieder vor; das zunehmend autoritär und zentralistisch regierte Land setze auf militärische Stärke und Machtpolitik. Europa werde momentan nicht als militärische Bedrohung empfunden – PESCO hin oder her. Größere Aufmerksamkeit russischer Sicherheitspolitiker erlangt die EU hingegen als Soft Power, die versuche, Demokratie und liberale Werte zu verbreiten, denen sich Russland jedoch mit gewisser Vehemenz verschließt.

Dieser aktuell vorherrschenden Wagenburgmentalität folgend werde sich die russische Regierung zu einer Reaktion veranlasst sehen, wenn PESCO auch zu einer Stärkung der NATO führt. Vor allem dann stehe zu befürchten, dass Russland seine Versuche intensiviert, die EU zu spalten. Ansatzpunkte gebe es genug – von Rohstoffabhängigkeit bis zur Unterstützung EU-feindlicher Parteien und Politiker. Die EU sollte diese Bedrohung nach Ansicht des Autors nicht unterschätzen.

päischen Rat über PESCO[2] definiert folgende Ziele:

- Verstärkung gemeinsamer und kooperativer Verteidigungsprojekte
- Einrichtung eines ausschließlich für PESCO-Mitglieder zugänglichen Verteidigungsinformationszentrums
- Entwicklung einer Kooperation im Bereich Cybersicherheit
- Erwägung der gemeinsamen Nutzung bestehender Kapazitäten
- Entwicklung gemeinsamer technischer und operativer Ressourcen, die für eine Kooperation mit der NATO erforderlich sind
- Vereinfachung grenzüberschreitender Transporte innerhalb der EU

Wie sich gezeigt hat, ist PESCO kein Projekt zum Aufbau einer europäischen Armee wie von manchen EU- und nationalen Regierungsvertretern gefordert. Zwar hatten einige EU-Mitgliedstaaten mit Start der PESCO-Initiative ihre Zustimmung dazu erteilt, militärische Streitkräfte gemeinsam einzusetzen, auszubilden und zu finanzieren sowie zwischenstaatliche Bürokratie bei Militärtransporten abzubauen.

Während Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die PESCO-Initiative als „historisch" bezeichnete, nannte sie der EU-Integrationsexperte Dr. Nick Whitney einen „Rohrkrepierer"

Die Vorstellung von PESCO selbst innerhalb der EU wurde jedoch in höchstem Maße widersprüchlich rezipiert. Während Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, diesen Schritt als „historisch" bezeichnete,[3] nannte ihn der EU-Integrationsexperte Dr. Nick Whitney einen „Rohrkrepierer".[4] Einige EU-Mitgliedstaaten brachten ihre Besorgnis zum Ausdruck, PESCO könnte einen weiteren Schritt hin zur Übermacht Deutschlands und Frankreichs in der EU darstellen. Andere wiederum, wie etwa das Vereinigte Königreich, Malta und Dänemark, versagten der Initiative ihre Teilnahme.

Wie PESCO ins Leben gerufen wurde

Wie bereits erwähnt, wurde PESCO im Jahre 2009 vertraglich verankert, jedoch erst 2017 auf den Weg gebracht. Unserer Ansicht nach gibt es für diese Verzögerung verschiedene mögliche Gründe:

Zunächst wurde der Begriff „Europa" für relativ lange Zeit mit Frieden und Sicherheit in Verbindung gebracht. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es auf dem europäischen Kontinent mehrere Jahrzehnte lang nicht zu gewaltsamen Grenzverschiebungen. Dennoch war die Existenz Europas auch in dieser Zeit überschattet, da durch den Kontinent eine Grenze zwischen den beiden Polen des Kalten Krieges verlief. Indessen kam Europa in den Genuss des militärischen „Schirms" der Vereinigten Staaten. Nach dem Ende des Kalten Krieges schienen die durch den Zusammenbruch des Kommunismus verursachten Konflikte weitgehend überwunden – auch wenn fraglich bleibt, zu welchem Preis und in welchem Ausmaß die EU daran beteiligt war. Die EU erlebte seitdem eine Phase relativen Friedens im Innern und nahe den eigenen Außengrenzen. Die europäischen Sicherheitsstrukturen (sowohl NATO als auch GSVP) wurden oft dafür kritisiert, zu viele Mittel aus den Haushalten der Mitgliedsstaaten abzuschöpfen. Tatsächlich hatte die NATO zu Zeiten des Kalten Krieges ein Gegengewicht zur sowjetischen militärischen Bedrohung dargestellt. Die UdSSR existierte nun aber nicht mehr, und Russland erschien nicht als Bedrohung. Vor einigen Jahren änderte sich diese Situation jedoch dramatisch.

Erstens sah sich die europäische Sicherheitspolitik vollkommen neuen Sicherheitsrisiken gegenüber, etwa hybriden Kriegen und Angriffen auf die Cybersicherheit. Die durch die Konflikte im Nahen Osten ausgelöste Flüchtlingskrise betraf EU-Mitgliedsstaaten unmittelbar; sie wurden mit zu den wichtigsten Zielorten für Flüchtlinge aus Syrien. Dadurch wurde auch der Fortbestand des europäischen Projekts selbst und seiner Freiheiten in Frage gestellt (insbesondere die der Freizügigkeit und der offenen Grenzen).

Der zweite Grund, weshalb PESCO gerade zu diesem Zeitpunkt ins Leben gerufen wurde, liegt im Wandel in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten beziehungsweise der Androhung eines solchen Wandels durch die US-Regierung. Fakt ist, dass die USA und die NATO in der europäischen Sicherheitspolitik stets eine wichtige Rolle gespielt haben. Selbst als im Jahre 1998 die eigene Sicherheits- und Verteidigungsstruktur der EU geschaffen wurde, ging es unserer Meinung nach in erster Linie darum, die USA davon zu überzeugen, dass ein geeintes Europa ein zuverlässiger Sicherheitspartner sein könne. Obwohl die USA jahrelang ein stärkeres Engagement bei ihren eigenen Sicherheitsinteressen gefordert hatten, änderte sich 2016 mit der Wahl von Präsident Trump die Haltung der EU in Sicherheitsfragen drastisch. Als überaus erfolgreicher Geschäftsmann und extrem exzentrische Person des öffentlichen Lebens ist Trump für seine politische Unberechenbarkeit und persönlichen Ansichten bekannt, die häufig die Kritik der wichtigsten internationalen Verbündeten der Vereinigten Staaten auf sich gezogen haben. So hört man ihn oft die freiheitliche Staatsordnung insgesamt und die EU im Speziellen angreifen. Einer seiner Hauptstreitpunkte mit der EU ist der Vorwurf, die EU-Mitgliedstaaten blieben hinter ihren NATO-Ausgabenzielen zurück. Der US-Präsident forderte höhere Verteidigungsausgaben von ihnen und drohte damit, sich auf nationale amerikanische Sicherheitsthemen zu konzentrieren *(„America first“)*.

Zudem wird Trump häufig vorgeworfen, er weigere sich, das undemokratische Verhalten Russlands unter Wladimir Putin offen anzusprechen. Daher brachten einige EU-Mitgliedstaaten, insbesondere jene, in denen die Erinnerung an den Sozialismus noch fortlebt, ihre Besorgnis zum Ausdruck, die neue US-Regierung unterschätze die von Russland ausgehende Gefahr. Auf diesen Punkt wird im weiteren Verlauf noch eingegangen.

Drittens ist der Brexit bzw. der Rückzug Großbritanniens aus der EU ein Thema. Der Prozess des Austritts aus einer Union, die ein noch nie da gewesenes Maß an Integration erreicht hat, wird schwierig und kompliziert sein. Er wird sich auf alle Bereiche der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU auswirken, auch auf den Bereich der Sicherheit und Verteidigung in der EU.

Auch wenn europäische Sicherheitsfragen in der Zeit nach dem Brexit nicht so breit in der öffentlichen Debatte diskutiert werden, muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass das Vereinigte Königreich eine Atommacht mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, beeindruckender militärischer Schlagkraft, weltweitem diplomatischem Einfluss durch den Commonwealth und einem der besten Geheimdienste der Welt ist. Der Brexit wird sich in erheblichem Maße auf die Verteidigungsstrukturen der EU auswirken. Die EU verliert ein Mitglied, das in Sicherheitsfragen aufgrund seiner „besonderen Beziehung“ mit den USA die Rolle des „Brückenbauers“ innehatte, ein Land, das 1998 die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitbegründet hat. In ihrer Rede im Rahmen des G7-Gipfels im Juli 2017 merkte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel an: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei“[5], und spielte dabei auf die Rhetorik von Donald Trump und den Brexit an.

Der Brexit wird sich erheblich auf die Verteidigungsstrukturen der EU auswirken

Viertens unterscheiden sich die EU-Mitgliedstaaten erheblich. Sie alle haben unterschiedliche geografische Positionen, BIPs, geschichtliche Hintergründe. Zudem wurden „historisch betrachtet […] Bedrohungen unterschiedlich wahrgenommen“[6], wie es das Reflexionspapier der EU über die Zukunft der europäischen Verteidigung formuliert. Das Baltikum und manche osteuropäische Staaten, in denen man sich noch an das Leben unter einem totalitären Regime erinnert, sehen sich hauptsächlich von der Politik der Russischen Föderation bedroht. Daher rührt die Loyalität dieser Länder zur NATO und zur transatlantischen Zusammenarbeit. Die größte Sorge Südeuropas hingegen ist eine instabile politische Situation im Nahen Osten und in Nordafrika. Die Länder Westeuropas (ins-

besondere jene, die Teil des Anti-IS-Bündnisses sind) fürchten den internationalen Terrorismus und eine Radikalisierung der Jugend und mahnen, anders als ihre osteuropäischen Partner, häufig die Aufrechterhaltung des Dialogs mit Russland an. PESCO lässt sich als Versuch beschreiben, all diese Sicherheitsstandpunkte auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Die Annexion der Krim und Russlands anschließendes Vorgehen stellten nicht einfach nur einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar, sondern den Angriff einer Atommacht mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

Der letzte, aber wahrscheinlich wichtigste Grund für die PESCO-Initiative ist schließlich Russlands Außenpolitik der letzten Jahre. Damit nähern wir uns der Kernfrage dieses Essays.

Wie bereits erwähnt, schien die Russische Föderation, die nach dem Zerfall der UdSSR deren Rechtsnachfolge antrat, für die Sicherheit in Europa zunächst keine Bedrohung darzustellen – trotz der Tatsache, dass Russland in den frühen 2000ern immer mehr Eigenschaften eines demokratischen Staats einbüßte. Im gleichen Zeitraum war in Russland ein Anstieg an Menschenrechtsverletzungen und Korruption zu beobachten. Die Macht konzentrierte sich zunehmend in den Händen einer einzigen Partei, die Rede- und Versammlungsfreiheit wurde beschnitten, und eine aggressive militärische Rhetorik nahm zu. Doch diese Angelegenheiten werden traditionell der Innenpolitik zugeschrieben, und die EU-Mitgliedstaaten hatten kein gesteigertes Interesse daran, die diplomatischen Beziehungen zu ihrem wichtigsten Rohstofflieferanten wegen dessen innerer Angelegenheiten aufs Spiel zu setzen. In den Bereich der Außenpolitik fiel allerdings die Beteiligung Russlands am Krieg in Georgien im Jahre 2008. Die EU und die USA zogen es jedoch vor, nicht überzureagieren. In diesem Zusammenhang erscheint interessant, dass der ehemalige US-Präsident Barack Obama, dessen erste Amtszeit ebenfalls 2008 begann, seine viel beachtete, jedoch letztendlich erfolglose „Reset Policy“ (Politik des Neuanfangs) unmittelbar nach dem Georgien-Krieg verkündete.

2014 annektierte Russland die Halbinsel Krim und begann, die Separatisten in der Ostukraine zu unterstützen, was einen langen militärischen Konflikt nahe den EU-Grenzen mit Tausenden Opfern zur Folge hatte. Die Annexion und Russlands anschließendes Vorgehen stellten nicht einfach nur eine Verstoß gegen das Völkerrecht dar, sondern den Angriff einer Atommacht mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf ein deutlich kleineres Land, das damals im Übrigen eine instabile politische Lage zu bewältigen hatte. Russland begründete dieses Vorgehen damit, man werde die Interessen der Russen schützen, „egal, wo sie leben“. Somit konnten insbesondere die in geografischer Nähe zu Russland liegenden EU-Länder (wie Polen und Rumänien) sowie die baltischen Staaten mit ihrer großen russischen Diaspora sich nicht mehr sicher fühlen.

Russische Ängste

Russland war also einer der Hauptgründe dafür, dass sich die EU-Mitglieder für PESCO aussprachen. Doch wie reagierte Russland? Betrachtet Russland PESCO als eine Bedrohung, genau wie es bei anderen westliche Sicherheitsinitiativen der Fall ist? Es lohnt sich, diese Frage auf mehreren Ebenen zu erörtern. Zunächst ist hier natürlich die Position der Regierungsvertreter- mit der „offiziellen“ Sichtweise zu erwähnen (die sich im Kontext Russlands stets direkt auf die Regierung bezieht). Weiterhin relevant sind der wissenschaftliche Diskurs und schließlich die Meinungen russischer Experten und politischer Journalisten.

Bei näherer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, dass es bislang kaum Stellungnahmen russischer Behörden zu PESCO gibt. Lediglich Wladimir Tschischow, der ständige Vertreter Russlands bei der EU, hat sich bislang geäußert. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Sputnik, die in Europa und den USA als Propagandawerkzeug des Kremls gilt, erklärte er: „Es ist wohl noch etwas verfrüht, auf die Perspektiven für diese Kooperation einzugehen [...]. Wir werden sehen, wie sie umgesetzt wird. Ich denke, die Umsetzung von PESCO wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Meiner Meinung nach wird man [die EU] weiterhin das

tun, was de facto in der Europäischen Verteidigungsagentur bereits Usus ist."[7] Anschließend reflektiert der ständige Vertreter über die Vielfalt in der EU und den möglichen Investitionsschub, den PESCO in der EU-Rüstungsindustrie auslösen könnte. Ganz eindeutig gibt es keine Anzeichen dafür, dass PESCO von Russland als Gefahr eingestuft wird. Das Interview erscheint eher als Stellungnahme eines desinteressierten Politologen denn eines Staatsbediensteten.

PESCO wurde 2017 ins Leben gerufen. Mit Stand Oktober 2018 verzeichnet die russische Fachliteratur keinerlei Haltung dazu. Dies ist vielleicht nicht ungewöhnlich, da bedeutende politische Ereignisse oft plötzlich eintreten und die wissenschaftliche Literatur sie nicht in derselben Geschwindigkeit verarbeiten kann. Doch während der Beginn von PESCO die Titelblätter europäischer und amerikanischer Tageszeitungen beherrschte, fiel auch die Berichterstattung der russischen Medien denkbar knapp aus. Einige russische Politikwissenschaftler äußerten sich allerdings detailliert in einer Reihe von Pressepublikationen. Manche unter ihnen machten sich darüber lustig, dass es bereits seit der Westeuropäischen Union im Jahr 1954 immer wieder erfolglose Versuche gegeben habe, eine Verteidigungsorganisation für die EU zu gründen. Manche betonen, die EU verfüge schließlich bereits über eine eigene Verteidigungsstruktur, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Selbst wenn man deren militärische Effektivität hinterfragen wolle, brauche man doch wohl nicht gleich eine zweite Struktur dieser Art.

Die politischen Journalisten gingen noch weiter. Die rechtskonservative russische Presse sieht tendenziell überall die „Hand Amerikas" am Werk. (Dabei sollte man im Hinterkopf behalten, dass die russische Regierung die Massenmedien in Russland sehr umfangreich kontrolliert. Hiervon ausgenommen sind lediglich die kleineren regionalen sowie einige überregionale Zeitungen. Gegenüber der rechtsgerichteten Presse ist die russische Regierung jedenfalls deutlich toleranter als gegenüber den liberalen Medien.) PESCO, so war zu lesen, sei unter dem Druck der Vereinigten Staaten gegen Russland initiiert worden. Als Beleg wurde Jens Stoltenberg zitiert, der erklärt hatte, die NATO solle nach Möglichkeit künftige PESCO-Kapazitäten nutzen können. Andere Medien hoben positiv hervor, dass die EU begonnen habe, sich in Sicherheitsfragen weiter von den USA zu entfernen. Eine Aufspaltung der transatlantischen Verteidigungspartnerschaft ist ein lang gehegter Traum zahlreicher russischer Experten für internationale Beziehungen.

Eine Aufspaltung der transatlantischen Verteidigungspartnerschaft ist ein lang gehegter Traum zahlreicher russischer Experten für internationale Beziehungen

Bei der Diskussion über die Ansichten von Regierungsvertretern und politischen Beobachtern sollten wir eine weitere relevante Ebene nicht aus den Augen verlieren, nämlich die russische Gesellschaft. Zur Wahrnehmung von PESCO in der russischen Bevölkerung liegen keine Forschungsdaten vor. Es gibt jedoch eine Umfrage des unabhängigen Levada-Centers aus dem Jahr 2017 zur Haltung der Russen gegenüber der EU. Dieser Umfrage zufolge wird die EU beinahe so negativ wahrgenommen wie die Vereinigten Staaten. 60 Prozent der Befragten sehen die USA, 54 Prozent die EU als Bedrohung.[8] Ganz eindeutig nimmt also die Mehrheit der russischen Bevölkerung die EU als Feind wahr. In der Vergangenheit galten die USA im Vergleich zu Europa als eine deutlich größere Sicherheitsbedrohung. Diese Haltung wurde in erster Linie von der sowjetischen Propaganda beeinflusst. Der Begriff „Europa" löste in der Sowjetunion keine negative Reaktion aus, da beinahe die Hälfte des europäischen Kontinents „sozialistisch" war und somit nicht als Feind gelten konnte. Während des Kalten Krieges war die Rolle des größten Feindes den Vereinigten Staaten vorbehalten.

Russland hat in postsowjetischer Zeit verschiedene Phasen internationalen und sicherheitspolitischen Denkens durchlebt. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR war Russland zunächst zu einer Kooperation mit dem Westen bereit. Während seiner ersten Amtszeit bot Präsident Putin den Vereinigten Staaten sogar bereitwillig seine Hilfe beim

Kampf gegen den internationalen Terrorismus an, in der Hoffnung, die USA würden Russland im Gegenzug bei der Entwicklung hin zu einem korrupten autoritären Staat nicht so genau auf die Finger schauen. Als sich diese Strategie als erfolglos herausstellte, versagte Putin seine Kooperationsbereitschaft. Heute werden die Entscheidungen, die in den höchsten Rängen der russischen Außenpolitik getroffen werden, wieder vom Denken des Kalten Krieges bestimmt. Dieses schreibt Präsident Putin die zentrale Rolle zu. Gemäß der russischen Verfassung hat der Präsident sehr umfangreiche politische Machtbefugnisse in der Russischen Föderation und wird lediglich in begrenztem Maße vom Parlament – der Staatsduma – kontrolliert. Da das moderne Russland keine demokratische Gewaltenteilung kennt und der gesetzgebende Arm vollständig von der Exekutive gesteuert wird, ist Präsident Putin kaum irgendeinem Kontrollmechanismus unterworfen. Wie bei autoritären Regierungssystemen üblich, dreht sich im außenpolitischen Entscheidungsprozess alles um das Staatsoberhaupt. Die russischen Behörden sind daher in besonderem Maße auf die militärische Stärke des Landes angewiesen und investieren seit 2008, als der Krieg in Georgien schwerwiegende Mängel in der russischen Armee zutage förderte, enorme Summen in die Modernisierung des Militärs. Wenn wir uns der theoretischen Begrifflichkeiten der Internationalen Beziehungen bedienen, könnte man diese Vorgehensweise als klassischen politischen Realismus bezeichnen.

Die EU wird in den russischen Medien als schwache, bürokratische Organisation dargestellt, die nicht einmal in der Lage sei, ihre eigenen Grenzen zu verteidigen – die NATO hingegen als aggressiver militärischer Block

Folglich wurde die EU in den Augen Russlands durch ihre mangelnde Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt sowie durch die Wahrung von Menschenrechten, demokratischen Freiheiten und Toleranz extrem geschwächt. Im Übrigen führt die Sicherheitspolitik der größten EU-Länder nicht dazu, dass die EU von Russland als Bedrohung gesehen wird. Frankreich, eine der treibenden Kräfte der europäischen Integration, verließ die NATO unter Präsident de Gaulle und trat der Organisation erst 2007 unter Nicolas Sarkozy wieder bei. Deutschland hält sich traditionell zurück, wenn es um Einsätze der Bundeswehr im Ausland geht. Das Vereinigte Königreich bereitet sich auf den Brexit vor. Russland betrachtet die EU somit nicht als direkte militärische Bedrohung und wird auch PESCO nicht so sehen. Dass die NATO Logistik und Kapazitäten von PESCO nutzen könnte, löst allerdings sehr wohl Besorgnis aus. In der Logik des Kalten Krieges ist die NATO nun wieder mit dem traditionell größten Feind, das heißt den Vereinigten Staaten, verbunden. Die EU wird in den russischen Medien als schwache und bürokratische Organisation dargestellt, die nicht einmal ihre eigenen Grenzen zu verteidigen in der Lage sei und darüber hinaus auch zu gespalten, um schnell zu handeln. Die NATO hingegen wird als aggressiver militärischer Block beschrieben, der sich langsam den Grenzen Russlands nähert, um die Souveränität des Landes zu beschränken und an die russischen Rohstoffe zu kommen. Grund genug für Russland zu befürchten, PESCO könnte die NATO stärken.

Russland weiß jedoch um den Einfluss der EU als Soft Power: freie Wahlen, Korruptionsbekämpfung, Demokratisierung, Menschenrechte – die Werte, für die sich die EU-Institutionen einsetzen, stehen ganz bestimmt nicht auf der Liste der Themen, die von den russischen Behörden vertreten werden. Des Weiteren teilt man die Welt, im Einklang mit dem vorherrschenden Denken des Kalten Krieges und den Konzepten des politischen Realismus, nach wie vor in Einflusssphären. Demnach betrachtet Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken als den eigenen „Hinterhof". Dies erklärt die harsche Reaktion auf die Initiative der EU für eine Östliche Partnerschaft unter Einbezug der ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Georgien, die Republik Moldau und Aserbaidschan. Diese Länder waren Russlands außenpolitischer Causa gegenüber stets weniger loyal eingestellt (dabei gilt es zu bedenken, dass der Ausgangspunkt für den russischen Angriff in der Ukraine deren Absicht war, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen). Doch auch

Weißrussland und Armenien, die normalerweise zu Russlands wichtigsten Verbündeten im postsowjetischen Raum zählen, bekundeten Interesse, eine Form von Partnerschaft mit der EU einzugehen. Außenminister Sergei Lawrow verkündete prompt, die Östliche Partnerschaft stelle den Versuch dar, „Länder aus der Position zu verdrängen, die sie als souveräne Staaten einnehmen wollen“[9].

Ein Blick in die Zukunft

Es ist fast unmöglich, politische Ereignisse vorauszusagen. Mithilfe einer Technik zur Simulation verschiedener Basisszenarien bekommen wir jedoch eine gewisse Vorstellung. In diesem Fall sind drei Möglichkeiten vorstellbar, wobei die Handlungen Russlands in puncto PESCO mit Sicherheit von den zukünftigen Entwicklungen im Land abhängen werden. In Szenario Nummer eins erweist sich PESCO lediglich als Papiertiger und erzielt keine nennenswerten Ergebnisse. Für Russland wäre diese Möglichkeit gewiss die günstigste: Das Land könnte den Status quo in seiner Sicherheitspolitik gegenüber der EU beibehalten.

Szenario Nummer zwei beinhaltet eine Weiterentwicklung von PESCO und eine intensive Kooperation zwischen PESCO und NATO. Dies wäre für Russland das schlechteste Ergebnis, und die russischen Behörden fürchten es entsprechend am meisten.

In diesem Fall könnte Russland seine Politik zur Spaltung der EU und insbesondere der militärischen Zusammenarbeit der EU mit den USA verstärken. Es gibt bereits einige besorgniserregende Anzeichen dafür, dass Russland genau so handeln wird – im November 2018 drückte der russische Präsident Wladimir Putin unerwartet seine Unterstützung für das vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron angeregte Projekt einer europäischen Armee aus. „Europa ist […] eine mächtige Wirtschaftsunion, und es ist nur natürlich, dass sie unabhängig sein wollen […] und im Bereich der Verteidigung und Sicherheit souverän sein wollen“, sagte Putin. Die Aussage wurde von Donald Trump heftig kritisiert, gehört aber durchaus zum Konzept der multipolaren (nicht von den USA dominierten) Welt, die Putin seit Anfang der 2000er Jahre befürwortet. Es ist klar, dass das Anliegen des russischen Präsidenten nicht die erfolgreiche Verteidigung der EU ist. Einer möglichen weiteren Abspaltung Europas von den USA in militärischen Fragen sieht er mit Freuden entgegen.

Die Tatsache, dass die EU gespalten ist und verschiedene EU-Mitgliedstaaten eine unterschiedliche Sicherheitspolitik verfolgen, spielt den russischen Behörden in die Hände

Russland scheint zudem zahlreiche Hebel zu haben, um auf die EU-Länder Einfluss zu nehmen – seine Öl- und Gaslieferungen zum Beispiel, aber auch die Wirtschaftspartnerschaften, die derzeit durch Sanktionen geschwächt, jedoch noch nicht vollständig zum Erliegen gekommen sind. Im Übrigen sind einige Staatschefs prorussisch eingestellt, wie der ungarische Präsident Viktor Orbán oder der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte. Große russische Diasporas in manchen EU-Ländern – vor allem im Baltikum – stehen Russland ebenfalls als Instrument zur Verfügung, um die Innen- und Außenpolitik dieser Staaten zu beeinflussen. Zudem könnte Russland sich darauf verlegen, EU-kritische Parteien zu finanzieren – die Unterstützung, die Marine Le Pens Front National in Frankreich erhält, ist hier das offensichtlichste Beispiel – oder seine Agenten in EU-Ländern einzusetzen, um die politische Lage zu destabilisieren. Der jüngste Spionageskandal, der nach der versuchten Vergiftung eines ehemaligen russischen Spions im Vereinigten Königreich ans Licht kam, zeigt, dass diese Sorgen alles andere als unbegründet sind. Die Tatsache, dass die EU gespalten ist und verschiedene EU-Mitgliedsstaaten eine unterschiedliche Sicherheitspolitik verfolgen, spielt den russischen Behörden in die Hände. All das macht Russland zu einer erheblichen Sicherheitsbedrohung für die EU und sollte bei der Planung von Verteidigungsstrategien mitberücksichtigt werden.

Im dritten Szenario steht PESCO nicht in enger Abstimmung mit der NATO, sondern wird von den Mitgliedsstaaten als unabhängige EU-Sicherheitsstruktur entwickelt. Diese

Situation wäre für die russischen Behörden unter Umständen weniger gefährlich als das zweite Szenario, da die EU, wie oben erwähnt, nicht als nennenswerte Verteidigungs- und Sicherheitsstruktur wahrgenommen wird. Doch auch in diesem Fall wäre es denkbar, dass die russischen Behörden ihre Anstrengungen, zumindest in Form von Propaganda, auf die Destabilisierung von PESCO ausrichten. Die EU-Mitgliedstaaten sollten diese Gefahr nicht unterschätzen.

Wer die Richtung des derzeitigen sicherheitspolitischen Denkens der russischen Behörden verstehen will, wird folgendes Zitat aufschlussreich finden: „Wir sollten an der Umsetzung von drei Mega-Projekten arbeiten. Diese sind: die Herstellung neuer Kernwaffen, die Stärkung der Armee und der Schutz der Bevölkerung vor einer Beeinflussung ihres Gewissens von außen. Es herrscht Krieg gegen Russland. Wir müssen zusammenstehen und uns unserem Feind von außen entgegenstellen."[10] Es ist nicht schwer, sich einen sowjetischen Parteifunktionär zu Zeiten des Kalten Krieges vorzustellen, der exakt die gleichen Worte ausspricht – insbesondere angesichts des Umstands, dass diese Worte von Alexander Beglow stammen, dem kommissarischen Gouverneur von Sankt Petersburg, der zweitgrößten Stadt Russlands, also von einem Beamten, der nicht allzu tief in die Außenpolitik des Staats involviert sein dürfte. Leider veranschaulichen diese Worte, was ein Großteil des heutigen Russlands unter einer „modernen" Denkweise versteht.

1 Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union, 2012, S. 39.
2 Siehe https://www.consilium.europa.eu/media/31511/171113-pesco-notification.pdf (Stand: 29. Oktober 2018).
3 Mogherini, Federica (2017): A historic day for the European Union. http://www.federicamogherini.net/historic-day-pesco/?lang=en (Stand: 19. Oktober 2018).
4 Whitney, Nick (2017): EU efforts miss the open goal again. https://www.ecfr.eu/article/commentary_eu_defence_efforts_miss_the_open_goal_again (Stand: 21. Oktober 2018).
5 Soboczynski, Adam (2017): Merkel: Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. https://www.zeit.de/2017/23/angela-merkel-rhetorik-deutschland-usa (Stand: 20. Oktober 2018).
6 Europäische Kommission (2017): Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung, S. 11. https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence_de.pdf
7 EU to Optimize Defense Industry for Its Own Manufacturers – Russian Envoy. https://sputniknews.com/europe/201711211059296791-eu-defense-industry/ (Stand: 21. Oktober 2018).
8 Отношение россиян к США и Евросоюзу ухудшается. [Die Haltung der Russen gegenüber den USA und der EU verschlechtert sich.] https://www.vedomosti.ru/politics/news/2017/12/18/745582-otnoshenie-rossiyan (Stand: 21. Oktober 2018).
9 Pop, Valentina (2009): EU expanding its 'sphere of influence,' Russia says. https://euobserver.com/foreign/27827 (Stand: 21. Oktober 2018).
10 Казак с партийным опытом. [Ein Kosak mit Parteierfahrung.] https://www.rbc.ru/newspaper/2018/10/09/5bbb09a69a79477c8982bde9 (Stand: 21. Oktober 2018).

Der Autor

Maxim Kuzmin *studierte Politikwissenschaften, Internationale Beziehungen und Internationales Recht sowie Friedens- und Sicherheitsforschung. Sein Masterstudium am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg schloss er mit einer Arbeit zum Thema „Mögliche Auswirkungen des Brexits auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union" ab. In seiner Forschung beschäftigt er sich unter anderem mit dem Brexit, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen.*

„MEIN BILD FÜR DAS SICH EINIGENDE EUROPA SIND MEHR UND MEHR INSELN FUNKTIONIEREN-DER KOOPERATION“

Interview mit ***Hans-Peter Bartels***

Herr Dr. Bartels, angenommen, wir befinden uns auf dem Weg zur europäischen Armee: Wie übersetzen Sie die Grundsätze der Inneren Führung für europäische Verteidigungspolitiker? Hätten diese Probleme, sie zu verstehen?

Staatsbürger in Uniform, also Soldaten als Teil des demokratischen Gemeinwesens, das gibt es auch anderswo in Europa. Aber unser Konzept mit Namen „Innere Führung“ ist schon ein sehr deutsches.

Gemeint ist die Ergänzung des militärischen Prinzips von Befehl und Gehorsam, also wenn Sie so wollen: der „äußeren Führung“, durch ethische Maßstäbe, die jeder einzelne Soldat und jede Soldatin verinnerlicht haben soll. Jede und jeder muss in sich selbst so einen Maßstab tragen für Gut und Böse, für Richtig und Falsch, für Recht und Unrecht. Und dieser Maßstab muss mit Freiheitlichkeit und Demokratie vereinbar sein. Wohlgemerkt: Diese individuellen Maßstäbe können in einem christlichen Menschenbild wurzeln oder im Humanismus oder im kritischen Rationalismus. Der beliebte pauschale Verweis auf die sogenannten „Werte des Grundgesetzes“ greift meines Erachtens eigentlich immer zu kurz. Das ist mechanistisches Ableitungsdenken, geprägt vom Glauben an militärische Dokumentenhierarchien.

Der gewissenlose Nur-Kämpfer kann kein Verteidiger von Freiheit und Recht sein

Unsere feste Überzeugung, dass etwa die klassischen Menschenrechte universell gültig sind, überall und jederzeit, leitet sich nicht erst aus dem Grundgesetz ab, sondern geht dem Grundgesetz voraus und liegt ihm zugrunde. Das heißt: Die Menschenrechte gelten nicht deshalb, weil sie in unserer Verfassung stehen, sondern sie stehen in unserer Verfassung, weil sie universell gültig sind – auch schon bevor 1949 das Grundgesetz beschlossen wurde.

Auf solche „inneren“ universell gültigen Maßstäbe für Gut und Böse mussten im Zweiten Weltkrieg die Soldaten des Widerstandes gegen das Nazi-Regime zurückgreifen, als das System der „äußeren Führung“ sie immer wieder zum Bösen, zum Falschen, zum Unrecht zwang. Viele haben vor dem 20. Juli 1944 mit sich gerungen, ob sie ihren Eid auf Hitler brechen und den Befehlsgehorsam, der in der Wehrmacht absolut galt, verweigern durften. Sie hatten ja sonst nichts anderes als ihr eigenes Inneres, ihr Gewissen. Reichte das?

Das Konzept der Inneren Führung sagt jetzt: Euer freiheitliches Gewissen ist Teil Eures Soldatseins. Der gewissenlose Nur-Kämpfer kann kein Verteidiger von Freiheit und Recht sein. Deutschlands Soldaten müssen wissen, wofür sie kämpfen: nicht für irgendein ihnen vorgegebenes Ziel, sondern für etwas, das ihnen selbst wertvoll ist – für ihre, für unsere freiheitliche Ordnung. Kämpfen können und kämpfen wollen, nicht nur weil es befohlen ist, sondern weil die Sache gut und richtig ist, mit dem Gewissen vereinbar: Das ist „Innere Führung“. Deshalb hat jeder Soldat Anspruch auf historische, ethische und politische Bildung, vom ersten bis zum letzten Tag seines Dienens.

Und deshalb gibt es übrigens in unserer Verfassung diesen seltsamen, einzigartigen, sehr deutschen Satz in Artikel 20, Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Jeder Einzelne ist die letzte Instanz, die unsere Freiheit bewahrt. So, das war jetzt eine besonders lange Antwort, aber so ist es eben mit der besonderen deutschen Geschichte, Erfahrung und Verantwortung.

Konkret nachgefragt – glauben Sie, das Verhältnis von Demokratie und Streitkräften, wie wir es in Deutschland aus guten historischen Gründen gestaltet haben, ist in der gesamten EU konsensfähig?

Im Grundsatz ja. Das heißt in Stichworten: Primat demokratischer Politik, aktives und passives Wahlrecht, Beschwerde- und Petitionsrecht, Wahl von Vertrauensleuten und Koalitionsfreiheit, etwa in eigenen soldatischen Berufsverbänden, Gewissens-, Meinungs- und Äußerungsfreiheit im Rahmen der allgemeinen Loyalitätspflicht, Unvereinbarkeit des Soldatseins mit extremistischen, antidemokratischen Haltungen. Und politische Bildung! Nichts davon ist exklusiv deutsch. Manches davon muss in manchen Mitgliedstaaten, gerade den jüngeren, noch rechtliche und gelebte Normalität werden. Aber der Zug fährt genau in diese Richtung. „Innere Führung" müssen wir es dann vielleicht nicht nennen, „Staatsbürger in Uniform" reicht.

Als Argument für die europäische militärische Integration wird immer wieder die Kosteneffizienz angeführt. Wäre es da nicht sinnvoll, zunächst im nationalen Bereich – sprich: bei der Bundeswehr – die Kosteneffizienz zu verbessern, bevor man – um bei wirtschaftlichen Begriffen zu bleiben – eine Fusion eingeht?

Man braucht die nationale nicht gegen die europäische Effizienzsteigerung auszuspielen. Jeder weiß, dass in der Bundeswehr jeden Tag eine Menge Geld sinnlos verbrannt wird. Da muss man ran! Aber dass EU-Europa und NATO-Europa nicht wahnsinnig stark wirken, wenn 22, 25 oder 30 nationalstaatliche Klein-Armeen nebeneinander antreten mit 200 unterschiedlichen Panzertypen, Flugzeugmustern und Fregatten, scheint mir evident. Im Übrigen „fusionieren" das deutsche und das niederländische Heer gerade ganz real, im täglichen Grundbetrieb. Die Rückmeldungen sind gut. Ich finde das super!

Viele Skeptiker führen ja an, dass bei einer Europäischen Armee „der Karren vor das Pferd gespannt wird": Gemeinsame Streitkräfte will man schaffen, aber eine gemeinsame strategische Kultur will man erst später diskutieren. Was antworten Sie diesen Skeptikern?

Natürlich gibt es auf dem Weg zur europäischen Verteidigungsunion noch tausend große und kleine Probleme zu lösen. Aber angesichts unserer europäischen Katastrophengeschichte des 20. Jahrhunderts sind das keine schlimmen, sondern alles ziemlich gute Probleme. Mein Bild für das sich einigende Europa ist nicht der eine große, von allen Nationen auszuhandelnde Masterplan, nach dem dann alles weitere nur noch planmäßig abrollen muss. Mein Bild sind mehr und mehr Inseln funktionierender Kooperation, die wachsen, sich beim Größerwerden berühren, zusammenwachsen und nach und nach Festland bilden.

Und was die heute noch gewiss recht unterschiedlichen strategischen Erfahrungen und Kulturen angeht: Gibt es Integrationsfortschritte beim Militär, dann gibt es auch die sogenannte „normative Kraft des Faktischen" für die Außen- und Sicherheitspolitik. Gibt es keinen Fortschritt, dann bleiben wohl erst mal die historisch gewachsenen Unterschiede in den strategischen Kulturen bestehen.

Herr Dr. Bartels, vielen Dank für das Interview!

Zur Person

__Hans-Peter Bartels__ ist seit 2015 zwölfter Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Nach dem Abitur und dem Wehrdienst 1980/81 studierte er an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel Politische Wissenschaft, Soziologie und Volkskunde und promovierte 1988 zum Dr. phil. Von 1988 bis 1998 arbeitete er als Angestellter in der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein. Seit 1998 war Hans-Peter Bartels SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kiel und saß zuletzt dem Verteidigungsausschuss vor.

ÜBERLEGUNGEN ZU ETHISCHEN STANDARDS FÜR SOLDATINNEN UND SOLDATEN EUROPÄISCHER STREITKRÄFTE

Autorin: ***Angelika Dörfler-Dierken***

„Wir sollten an der Vision arbeiten, eines Tages eine echte europäische Armee zu schaffen", hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am 13. November 2018 vor dem EU-Parlament in Straßburg gesagt. Immer wieder, zuletzt von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, wird eine europäische Armee gefordert, die entsprechend europäischen Werten und Normen zur Befriedung der weltweiten Konflikte beitragen soll. Auch das Weißbuch 2016 der Bundesregierung bringt Deutschlands Selbstverpflichtung zum Ausdruck, gemeinsam mit seinen europäischen Partnern Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht zu verteidigen. Wer gemeinsam handeln will, der braucht eine gemeinsame Basis – auch eine mit den Partnern geteilte ethische Basis. Tatsächlich liegen die nationalen europäischen Streitkräfte weit auseinander, wenn es um ihre militärischen Traditionen geht. Deshalb erläutert der folgende Artikel die Weichenstellungen, die bei der Aufstellung der Bundeswehr mit der Implementierung der Konzeption der Inneren Führung erfolgt sind, und wirbt dafür, die Innere Führung zur Leitkonzeption für die Streitkräfte der europäischen Nationen und für eine möglicherweise entstehende europäische Armee zu machen.

Im September 1957 wurde unter dem westdeutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß das *Handbuch Innere Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe* veröffentlicht. Autoren dieses im Bundesministerium für Verteidigung erarbeiteten Büchleins waren Mitarbeiter des Unterabteilungsleiters im Führungsstab der Bundeswehr (Fü B I Innere Führung). Auch Wolf Graf von Baudissin (1907–1993) trug als Unterabteilungsleiter selbst einiges zu dem Handbuch bei. Bis 1972 wurde das „gelbe Buch", wie es wegen seines senfgelben Leineneinbandes genannt wurde, an alle Offiziere der Bundeswehr zum Selbststudium ausgegeben. Später wurde die hier vorgestellte Konzeption der Inneren Führung in Zentrale Dienstvorschriften überführt und als Dauerbefehl verstanden.

Bis heute prägt die Innere Führung die Bundeswehr in ihrem Selbstverständnis, in ihrer Organisations- und Führungskultur.[1] Zur Frage, ob die Konzeption der Inneren Führung auch für eine möglicherweise zukünftig entstehende europäische Armee inspirierend sein kann, werden im Folgenden einige Überlegungen vorgetragen, die natürlich nur einzelne Aspekte dieses komplexen Themas abdecken können. Jede europäische Nation pflegt ihre je eigenen nationalen Traditionen und Vorstellungen von dem, was einen guten Soldaten bzw. eine gute Soldatin ausmacht. Diese von den grundlegenden europäischen Werten Menschenwürde, Freiheit und Recht her zu durchdringen und zu justieren, dürfte nicht einfach werden. Der Besuch Internationaler Tagungen wie beispielsweise der Euro-ISME, des europäischen Ablegers der International Society for Military Ethics, macht schnell deutlich, wie stark sich diverse Unterschiede der historisch geprägten nationalen Militärkulturen bis heute auswirken: Während für die Vertreter der westlichen Staatengruppe der Zweite Weltkrieg der entscheidende Bezugs- und vor allem: Absetzpunkt ist, ist es für die der östlichen Nationen der Zusammenbruch der UdSSR. Wie die Waffensysteme nicht immer miteinander kompatibel sind, funktioniert auch zwischenmenschlich die multinationale Zusammenarbeit nicht immer ganz reibungslos, selbst wenn einige Staaten und deren Militärs schon sehr gut miteinander kooperieren. Durch die gemeinsame Arbeit und den damit verbundenen Austausch, beispielsweise im Deutsch-Niederländischen Korps, gibt es jedoch nicht nur staunenden Neid zwischen den Trägern des einen und denen eines anderen Hoheitsabzeichens, sondern auch Annäherungen in der Beurteilung ethischer Fragen und in der militärischen Vorgehensweise.

Den Ausgangspunkt für meine Überlegungen zu einer gemeinsamen Führungs- und Organisationskultur, zu einem allen Angehörigen einer zukünftigen europäischen Armee ge-

meinsamen Selbstverständnis wähle ich beim über 60 Jahre alten *Handbuch Innere Führung* (1957),[2] mit dem gut ein Jahrzehnt nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Wiederbewaffnung Deutschlands flankiert wurde. Hier werden vier für das Selbstverständnis der Bundeswehr wegweisende Gedanken knapp skizziert:

- Europa als Friedensraum
- Kritische Reflexion nationaler Militärkulturen
- Technische Entwicklungen fordern verantwortungsvollen Gehorsam
- Menschenwürde als Leitbegriff

Europa als Friedensraum

Ausgehend von einem ersten Kapitel zum Eid, das deutlich den Unterschied zwischen dem von den Wehrmachtssoldaten geforderten Eid auf „den Führer" und dem in der Bundeswehr von Offizieren geleisteten Eid auf den demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat herausarbeitet, beschäftigen sich die folgenden Abschnitte des Handbuchs mit der grundsätzlichen Frage, wann und wie zukünftig Krieg geführt werden könnte. Deutlich herausgestellt wird, dass in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgehen dürfe. Es geht hier nicht um eine Kriegsschulddiskussion und die Frage, ob die anderen europäischen Mächte nicht auch ihren Anteil an den Eskalationen 1914 sowie 1939 gehabt hätten, sondern vielmehr darum, einen neuen Blick auf ein befriedetes Europa einzuüben. Europa sei immer ein einheitlicher Kulturraum gewesen, die europäischen Völker müssten sich als Gemeinschaft verstehen lernen und dürften nicht ihre früheren, konstruierten Nationalismen noch einmal gegeneinander wenden. Und überhaupt sei das Ziel des Soldaten nicht Krieg, sondern Frieden.

„Im Denken des europäischen und damit auch des deutschen Soldaten gilt von jeher der Frieden als der Normalzustand und bildet somit das Ziel, um dessentwillen ein Krieg allein verantwortet werden kann. Vom Frieden her bekommt die Kriegführung ihren Auftrag und ihre Grenzen" (*Handbuch Innere Führung* 1957: 59).

Mit diesen Worten wurde den Bundeswehrsoldaten die Liebe zum Frieden und die Zusammengehörigkeit der europäischen Nationen deutlich vor Augen gemalt. Die Bundeswehr war also von ihrer Aufstellung an auf Europa bezogen, und Europa sollte zukünftig ein Friedensprojekt sein. Nach den Erfahrungen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der immer wieder aufflammenden Revanchismen war es gewiss notwendig, die deutschen Soldaten, viele davon noch in der Wehrmacht und im Geist des Nationalsozialismus erzogen, auf den Frieden zu verpflichten. Heute ist Europa tatsächlich zu einem Friedensraum in einer unruhigen Welt geworden. Zugleich aber sind die Bedrohungen offensichtlich: Wachsender Nationalismus und rechtskonservativer Populismus sowie nationale Sonderwege und Abschottungen konterkarieren Vorstellungen eines vertieften, auch militärischen Zusammenwirkens der europäischen Staaten. Die Rückbesinnung auf eine Verpflichtung zum Frieden untereinander und nach außen könnte zum Eckstein für eine europäische Verteidigungskonzeption und damit für das Selbstverständnis europäischer Soldaten werden.

Während für die Vertreter der westlichen Staatengruppe der Zweite Weltkrieg der entscheidende Bezugs- und Absetzpunkt ist, ist es für die östlichen Nationen der Zusammenbruch der UdSSR

Kritische Reflexion nationaler Militärkulturen

Wichtig dürfte auch die Ermunterung zu selbstkritischer Rückschau sein, die den deutschen Offizieren nahegebracht wurde. Die Autoren des *Handbuchs Innere Führung* anerkannten, dass es damals „schwierig" gewesen sei,

„an die wahre europäische und deutsche Soldatentradition anzuknüpfen, nach dem, was hinter uns liegt:

Die Erteilung verbrecherischer Befehle durch die Spitze,

ihre Weitergabe bis in die untersten Befehlsbereiche,

die Erwartung, dass sie unten nicht ausgeführt wurden,

ihre Ausführung an mancher Stelle,

das befohlene Beiseitestehen, wenn neben dem Soldaten Verbrechen geschehen,

das Verwechseln sittlicher Notwendigkeit mit politischer Lagenbeurteilung.

Das ist – in solchem Umfange zumindest – in der europäischen Geschichte einmalig.

Dass auch auf Feindesseite damals unlautere und unrechte Dinge geschehen konnten, ist bei der Beurteilung dieses Phänomens ebenso unwesentlich wie die Tatsache, dass sich auch großartige Beispiele gegenteiliger Haltung deutscher Soldaten anführen lassen" (*Handbuch Innere Führung* 1957: 63).

Die Prüfung der je eigenen nationalen Militärtradition vor der Folie der europäischen Menschenrechtskonvention könnte auch heute einen Diskussionsprozess in Gang bringen, der die inneren Verhältnisse in Streitkräften demokratisiert und zur Entstehung eines streitkräftegemeinsamen europäischen Bewusstseins beiträgt.

Technische Entwicklungen fordern verantwortungsvollen Gehorsam

Wahrscheinlich wird solche Selbstkritik auch in einer zukünftigen europäischen Armee eingeübt werden müssen, denn das Anknüpfen an mittelalterliche oder gar noch ältere Traditionen ist unmöglich; damals hatte man das Thema Technik kaum zu bedenken. Angesichts der fortgeschrittenen Technisierung des Krieges bis hin zum atomaren Vernichtungsschlag wird schon im *Handbuch Innere Führung* deutlich ausgesprochen, dass allein Abschreckung des Gegners damals die angemessene militärische Strategie sein konnte. Dies gilt heute unverändert. Deshalb hatte die NATO sich auf *Massive Retaliation* verständigt. Die Konzeption wurde dann später abgelöst durch *Flexible Response.* Auch heutzutage ist die Frage des Umgangs mit Atomwaffen in Europa akut. Denn die westeuropäischen EU-Staaten lagern noch immer solche Sprengköpfe – auch jetzt noch, nachdem Russland die von der UdSSR insgeheim in der damaligen DDR stationierten Waffensysteme abgebaut und repatriiert hat. Ohne dass dies in der europäischen Öffentlichkeit intensiv diskutiert würde, hat sich zudem eine neue strategische Instabilität aufgebaut, die durch die drohende Kündigung des INF-Vertrages durch die USA, durch SDI und Cyber War noch verstärkt wird. Russland und die USA verfügen über neue Waffensysteme und steuern in ein neues Wettrüsten. Großbritannien und Frankreich verfügen ebenso wie die USA und Russland über Atomwaffen. Aber auch andere Staaten wie Pakistan und Nordkorea wissen das Abschreckungspotential von Atomwaffen zu nutzen.

In dieser Situation ist es von besonderer Bedeutung, dass ein jeder Soldat beziehungsweise jede Soldatin weiß, was er beziehungsweise sie tut und welche Verantwortung er oder sie für den Weltfrieden trägt. Es muss gerade in militärischen Operationen klar sein, dass durch unbedachtes Handeln unbeabsichtigte Folgen eintreten können, bis hin zu einer Eskalationsspirale, an deren Ende die totale Vernichtung steht. Nur verantwortungsvolles menschliches Handeln scheint dies unter Umständen verhindern zu können. Erinnert sei beispielsweise an Stanislaw Petrow, der im September 1983 den Dritten Weltkrieg verhinderte, weil er selbstständig entschied, keine sowjetischen Raketen abzufeuern, obwohl sein Computersystem ihm einen Angriff aus dem Westen anzeigte.

Es mag verwundern, dass schon 1957, zur Entstehungszeit des *Handbuchs Innere Führung,* eine Diskussion über Atomwaffen in Gang war. Meist assoziiert man den NATO-Doppelbeschluss mit der Entstehung der Friedensbewegung und erinnert sich an die großen Demonstrationen gegen die Stationierung US-amerikanischer Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa. Aber seit 1945 die Atombomben „Little Boy" und „Fat Man" auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen worden waren und seit die UdSSR 1949 mit der Zündung ihrer ersten Atombombe nachgezogen hatte, war den Fachleuten klar, was kriegerische Auseinandersetzungen fortan bedeuten würden: atomare Vernichtung. Das *Handbuch Innere Führung* sagte den Soldaten deshalb deutlich: „Solange militärisches Gleichgewicht der Weltmächte besteht und der Einsatz von Massenvernichtungswaffen droht, wird der Schwerpunkt der Aggression naturgemäß auf geistiges Gebiet verlagert" (*Handbuch Innere*

Führung 1957: 36). Dieser Grundsatz, mögliche Konflikte mit Klugheit auszutragen, sollte auch heute noch für die Einsätze einer europäischen Armee selbstverständlich sein.

Menschenwürde als Leitbegriff

Modern und für eine europäische Armee geeignet sind auch die Überlegungen zu einem neuen Leitbild für diejenigen Soldaten, die das friedliche und freiheitliche und rechtsstaatliche Europa sichern sollen: Im *Handbuch Innere Führung* steht, dass das neue Leitbild der Bundeswehrsoldaten auf den Einzeltaten der Widerständler des 20. Juli 1944 fußen müsse. Denn die Widerständler hätten in einer unklaren Lage Verantwortung übernommen. Ebenso sollten sich europäische Soldaten für „rechte Treue", für „rechte[n] Gehorsam", für „rechte Verantwortung" einsetzen und nötigenfalls „ihre Existenz für Freiheit, Recht und Menschenwürde [opfern]". Die Männer des Widerstands – solche gab es nicht nur in Deutschland, sondern auch in den besetzten Staaten – als Vorbilder für Soldatinnen und Soldaten heute zu bezeichnen, birgt eine spezielle Spitze, denn eine Diskussion um die jeweiligen nationalen Militärkulturen und Traditionen könnte entbrennen. In Frankreich beispielsweise gab es wie in allen anderen europäischen Staaten Europas Kollaborateure mit der Wehrmacht und Widerständler. Andernorts hat auch nach 1945 das Militär eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft mit Zwang verhindert. Die Diskussionen, um die „rechte" militärische Tradition dürften in manchen europäischen Staaten, die infrage kommen, europäische Soldatinnen und Soldaten zu stellen, noch ausstehen.

Selbst wenn viele Begriffe im *Handbuch Innere Führung* entsprechend dem Denken der 1950er Jahre auf den ersten Blick heute altmodisch anmuten mögen, zielen sie doch auf noch immer aktuelle Probleme: Grundlegend für alle Ideen ist die Überzeugung, dass der Soldat in der Demokratie sich diametral unterscheidet von dem in einem totalitären System, weil er als „Staatsbürger in Uniform" nicht bloßes Instrument der militärischen Führung und der politischen Leitung ist, sondern mitdenkender und mitverantwortlicher Staatsbürger, der eine besondere Funktion und Aufgabe im permanenten Bürgerkrieg – wie Baudissin es ausdrückte – um den Erhalt der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung übernommen hat. Die Grundideen dieser Konzeption der Inneren Führung sind bis in die heutige Zentrale Dienstvorschrift Innere Führung (in der Vorschriftensystematik der Bundeswehr jetzt A 2600-1) weitergetragen worden:

- Legitimation allen soldatischen Handelns (Primat der Politik),
- Integration des Soldaten beziehungsweise der Soldatin in die Gesellschaft (Demokratie und Pluralismus) und
- Motivation der Soldatinnen und Soldaten, erwachsen aus der Einsicht in die Sinnhaftigkeit des eigenen Dienstes,

sind die zentralen Ideen.

Inzwischen hat sich herumgesprochen, dass in den heutigen humanitär begründeten Auslandseinsätzen auch diejenigen Uniformträger, die kein Gold oder Silber auf den Schulterklappen tragen, viel Verantwortung übernehmen müssen. Da nützt es nur wenig, wenn in Vorschriften festgeschrieben ist, dass Reliquien oder Heilige Schriften des Gegners – wie etwa der Koran – nicht zu schänden sind, dass Gefangene nicht gefoltert oder mit dem Tod bedroht werden dürfen, dass fremden Frauen (bei Interventionen in anderen Kulturkreisen) ebenso viel Respekt und Achtung gebührt wie heimischen Frauen. Diese Forderungen wollen gelebt werden! Mindestens ebenso große Herausforderungen stellen sich, wenn Soldaten im Einsatzland unvermutet Zeuge werden von menschenverachtendem Unrecht oder – wie in Srebrenica – von einem Massaker.

Grundlegend für die Innere Führung ist die Überzeugung, dass der Soldat in der Demokratie mitdenkender und mitverantwortlicher Staatsbürger ist

Europäische Soldaten sollen „kompromisslos zu den Grundwerten abendländischen Menschentums" stehen und bereit sein, „für die Verwirklichung und Sicherung von Recht und Freiheit des Geringsten auch im Alltag alles

zu wagen" (*Handbuch Innere Führung* 1957: 11). Dabei wird damit gerechnet, dass der Grundkonflikt zwischen Freiheit und Recht einerseits und Totalitarismus andererseits ein bleibender ist und nicht einfach überwunden werden kann. Man könne „auf dieser Welt nur für das eine oder das andere optieren" und müsse „sich entscheiden […], entweder mit aller Konsequenz freiheitlich oder totalitär zu sein. […] Die Verteidigung von Recht und Freiheit befugt uns nicht zu Kreuzzügen oder zu Unternehmen, die zur Versklavung und Vernichtung anderer oder gar der ganzen Welt führen. Sie bedeutet vielmehr in erster Linie einen Anspruch, der an uns selbst gerichtet ist" (*Handbuch Innere Führung* 1957: 11). Die Werte Recht und Freiheit, in einem langen historischen Prozess in Europa ausgebildet, müssen täglich von den europäischen Bürgern und auch von seinen Soldatinnen und Soldaten im Alltag wie im Dienst erfahren werden. „Recht und Freiheit bleiben immer gefährdet, am stärksten durch unseren eigenen Egoismus. Ihre Wahrung und Verteidigung ist unsere besondere Verantwortung für die anderen" (*Handbuch Innere Führung* 1957: 11).

Es wäre tatsächlich wünschenswert, wenn – analog zur Europäischen Menschenrechtskonvention – für alle Angehörigen einer zukünftigen europäischen Armee festgelegt würde, dass sie aus innerer Überzeugung für Freiheit, Frieden, Menschenwürde und Demokratie einzutreten haben. Weil sich an diesen Werten und Normen die Innere Führung ausrichtet, weil die gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland geltende Zentrale Dienstvorschrift A 2600/1 diese Werte und Normen in die Bundeswehr hinein implementiert, wäre die Konzeption der Inneren Führung tatsächlich für europäische Soldatinnen und Soldaten tauglich. Denn durch sie wird sichergestellt, dass die Funktionsprinzipien einsatzfähiger europäischer Streitkräfte mit den freiheitlich-demokratischen Grundsätzen Europas im Einklang stehen. Die Innere Führung lebt von der Überzeugung und Erfahrung, dass nur dasjenige verteidigenswert ist, was lebenswert ist. Hingewiesen würde durch eine solche Festlegung zudem auf die politische und streitkräfteinterne Selbstverpflichtung, dass auch die Menschenwürde des Soldaten beziehungsweise der Soldatin unantastbar ist. Unantastbar wäre diesem *code of ethics* nach sogar die Menschenwürde des Gegners, auch dies ein Gedanke, den Baudissin schon 1957 ausgesprochen hat:

„Menschlichkeit ist nicht teilbar. Soll sie nur noch bestimmten Gruppen vorbehalten bleiben, so wird sie ganz und gar verloren gehen. Der Soldat, der keine Achtung vor dem Mitmenschen hat – und auch der Feind ist sein Mitmensch – ist weder als Vorgesetzter noch als Kamerad oder Mitbürger erträglich" (*Handbuch Innere Führung* 1957: 64).

Diese vier Gedanken des *Handbuchs Innere Führung* aus dem Jahr 1957 haben auch nach mehr als 60 Jahren nicht an Gültigkeit verloren. Sie zum Kernbestand der Ethik einer europäischen Armee weiterzuentwickeln, ist eine zwingende Voraussetzung, will Europa eine zivilisierende Wirkung in den Krisen und Konflikten der Gegenwart notfalls auch durch militärische Einsätze entfalten.

1 Zur Kenntnis der Konzeption der Inneren Führung und zur Bewertung der Umsetzung ihrer Grundsätze durch Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten vgl. Angelika Dörfler-Dierken/Robert Kramer (2014): *Innere Führung in Zahlen. Streitkräftebefragung 2013.* Berlin.
2 Sämtliche folgende Zitate beziehen sich auf: Bundesministerium für Verteidigung (Hg.) (1957): *Handbuch Innere Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe.* Bonn. Sie werden per Kurzbeleg nachgewiesen.

Die Autorin

Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken *ist Projektbereichsleiterin für das Themenfeld „Innere Führung – Ethik – Militärseelsorge" im Forschungsbereich IV „Sicherheitspolitik und Streitkräfte" am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Sie beschäftigt sich aus ethischer, historischer und sozialwissenschaftlicher Perspektive mit aktuellen Fragen, die Soldatinnen und Soldaten umtreiben – in Bezug auf deren berufliches Selbstverständnis, ihre Einbindung in die Gesellschaft, ihre Umsetzung des Leitbildes „Staatsbürger in Uniform" in einer demokratischen Gesellschaft und Kultur. Darüber hinaus untersucht sie diejenigen Fragen, die aus dem Widerspruch zwischen dem Auftrag für deutsche Soldatinnen und Soldaten, dem Frieden in der Welt zu dienen, und dem Einsatz von militärischen Gewaltmitteln folgen. Frau Dörfler-Dierken lehrt an der Universität Hamburg und veröffentlichte zahlreiche Publikationen.*

MINDESTSTANDARDS MÜSSEN GELTEN!

EUROPÄISIERUNG DER ARMEE NICHT OHNE INNERE FÜHRUNG

Autor: *Klaus Beck*

Sicherheit und Verteidigung rücken mehr in den Fokus europäischer Politik

Mit den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen durch die Annexion der Krim und den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine, der Situation im Nahen Osten sowie nicht zuletzt durch die veränderte amerikanische Politik seit der Trump-Administration hat die Debatte um eine stärkere europäische Kooperation in der EU zugenommen. Nicht zuletzt steht dahinter die Überlegung, dass Sicherheit und Verteidigung den Binnenmarkt als bisheriges „Bindemittel" in der EU zumindest ergänzen können und somit nach dem Brexit ein geeignetes politisches Instrument zur Förderung des Zusammenhaltes in der EU sein könnten.

In dem Reflexionsprozess über die Zukunft der EU, den die EU-Kommission mit verschiedenen Dokumenten 2017 begonnen hat, finden sich in dem „Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung"[1] vom 7. Juni 2017 Szenarien für eine gemeinsame Verteidigung und Sicherheit. Dabei wird im dritten Szenario eine weitgehende Integration von Streitkräften auf europäischer Ebene angestrebt.

In der Konkretisierung der europäischen Zusammenarbeit in Fragen der Verteidigungspolitik (Permanent Structured Cooperation, PESCO) wird in dem beschlossenen Dokument vom Dezember 2017 eine stärkere politische und auch militärische Zusammenarbeit zwischen den unterzeichnenden Staaten beschrieben und angestrebt. Eine Liste der vorrangigen Projekte vom 6. März 2018[2] deutet ebenfalls auf weitere Integrationsschritte hin.

In der mittelfristigen Finanzplanung wird seitens der EU-Kommission ein Verteidigungsfonds in Höhe von 18 Milliarden Euro eingeplant – und damit hat auch in der Haushaltspolitik der EU eine Debatte über die stärkere Integration ihren Niederschlag gefunden.

Zwar wird sowohl bei PESCO wie auch bei dem geplanten Verteidigungsfonds der Schwerpunkt auf die gemeinsame Rüstungspolitik gelegt – auch nicht zuletzt unter Einsparungsgesichtspunkten und der Effektivierung durch europäische Kooperationen –, aber die Frage der tatsächlichen Entwicklung europäischer integrierter Streitkräfte ist nunmehr stärker in der politischen (Fach-)Debatte präsent.

Dies wirft konkrete Fragen nach der inneren Struktur solcher Streitkräfte auf – und damit auch die Frage nach einer Europatauglichkeit des Konzeptes der Inneren Führung.

Absehbare Problemfelder der Integration europäischer Streitkräfte

Es zeigt sich, dass bei einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit und europäischen Integration, die über die bisherigen eingeübten Strukturen hinausgeht, sich eine Reihe von Problemen aufgrund unterschiedlicher nationaler Führungskulturen und innerer Strukturen ergeben, die im weiteren Verlauf von Europäisierungsprozessen bearbeitet werden müssen.

Diese beziehen sich insbesondere auf Fragen der Inneren Führung, des Konzepts des „Staatsbürgers in Uniform", der gewerkschaftlichen Vertretung von Soldatinnen und Soldaten, der Beteiligungsstrukturen und auf unterschiedliche Positionen im Hinblick auf die Themen Gender und Diversity.

Die Entwicklung integrierter europäischer Streitkräfte wirft die Frage nach einer Europatauglichkeit des Konzeptes der Inneren Führung auf

Hier seien nur einige Punkte aufgeführt:

- Es gibt in europäischen Armeen erheblich unterschiedliche Führungskulturen, die sich mitunter auch stark von dem deutschen Konzept des „Staatsbürgers in Uniform" und der Inneren Führung unterscheiden.

- Unterschiedliche Wehrrechtssysteme: So ist das Wehrbeschwerderecht in einigen europäischen Armeen überhaupt nicht vorgesehen. Im Gegensatz zu uns in Deutschland besitzen einige Partnerarmeen eine eigene Wehrstrafgerichtsbarkeit.
- Unterschiedliche politische Einbindungen: In Deutschland haben wir eine Parlamentsarmee, was in anderen Ländern nicht der Fall ist. Auch das Primat der Politik ist bei uns wesentlich stärker ausgeprägt als woanders.
- Das hat auch die unterschiedliche Einbindung in die parlamentarischen Strukturen zur Folge. Deutschland ist hier fast einzigartig mit dem Parlamentsbeauftragten in Form des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.
- Der Umgang mit der Geschlechterfrage ist in den europäischen Partnerarmeen sehr unterschiedlich.
- Die Übertragung von Polizeiaufgaben an eine Gendarmerietruppe als Teil der militärischen Struktur ist in einigen europäischen Ländern gang und gäbe, in Deutschland hingegen vom Grundgesetz nicht vorgesehen.
- Die Sicherung freier gewerkschaftlicher Organisierung von Soldatinnen und Soldaten und Armeeangehörigen ist in einigen europäischen Ländern explizit verboten oder wird dort nicht gern gesehen.

Die Bundesrepublik darf nicht zulassen, dass ihre strikten Standards zur parlamentarischen Kontrolle ausgehebelt werden

Und politisch fehlt bisher eine klare Strategie der EU für ihre Sicherheits- und Außenpolitik – ein europäisches Weißbuch dazu ist dringend erforderlich.

Gemeinsame Streitkräfte brauchen eine europäische Innere Führung

Wenn die Integration dieser sehr unterschiedlichen inneren Strukturen gelingen soll und es auch für die beteiligten Soldatinnen und Soldaten in der integrierten EU-Truppe Rechtssicherheit geben soll, dann ist die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Inneren Führung unerlässlich.

Deshalb sind weiter Fragen der Rechtsgrundlage von Einsätzen auf Beschluss der Europäischen Union oder auch einer stärkeren kontinuierlichen militärischen Zusammenarbeit zu entwickeln.

Hier ist insbesondere zu prüfen, wie weit neue europäische Regulierungen notwendig sind, die sich auf die europäische Grundrechtecharta als gemeinsamen Nenner beziehen. Immerhin ist die europäische Grundrechtecharta eine verbindliche Handlungsgrundlage für die europäischen Institutionen. Damit ist ein gemeinsamer europäischer Verfassungskonsens erreicht worden, auf den sich die Entwicklung einer wertebezogenen inneren Struktur beziehen könnte.

Und im Gegensatz zu einem reinen militärischen Zweckbündnis sollten die Normen der Grundrechtecharta eine gemeinsame Wertegrundlage bilden, die auch das außenpolitische Handeln der EU insgesamt bestimmen soll.

Ebenso müssten dann bei einer kontinuierlicheren Zusammenarbeit Fragen auch von unterschiedlichen Gehaltsstrukturen, unterschiedlichen Versorgungsleistungen und andere materielle Dinge geklärt werden. Es wäre dann wohl kaum verständlich, dass in integrierten Einheiten unterschiedliche Leistungen für die gleiche Tätigkeit gelten sollen. Auch hier würde der Satz gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Und selbstverständlich müssten das Mitbestimmungsrecht und die gewerkschaftliche Arbeit und Vertretung für die europäische Armee einheitlich geregelt werden.

Weiterhin müsste die Rolle des Europäischen Parlaments (EP) mit einem Parlamentsvorbehalt geklärt werden, und nicht zuletzt müsste es aus meiner Sicht dann auch einen europäischen Wehrbeauftragten beim EP geben. Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht zulassen, dass ihre strikten Standards zur parlamentarischen Kontrolle ausgehebelt werden.

Wichtig ist dabei, dass bei weiteren Konkretisierungsschritten die bisher unterschiedlichen nationalen Führungskulturen und inneren Strukturen von Streitkräften dahingehend entwickelt werden, dass eine demokratische

Kontrolle von Einsätzen unter europäischem Kommando erfolgt.

Das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ ist dabei abzusichern, das heißt, den Soldatinnen und Soldaten muss das aktive und passive Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit eingeräumt werden. Die Einschränkung der Grundrechte der Soldatinnen und Soldaten muss auf das militärisch absolut notwendige Minimum reduziert, die Pflicht zum Gehorsam auf rechtmäßige militärische Befehle eingeschränkt sein. Zur Kontrolle und Einhaltung dieser Grundsätze muss das Europäische Parlament wirksame Mechanismen entwickeln.

Erste Schritte

Es wird angeregt, dass im Rahmen der PESCO-Projekte auch ein Projekt zur weiteren Ausarbeitung einer europäischen Führungsstruktur und -kultur vorgesehen wird. Dieses sollte insbesondere auch Fragen der unterschiedlichen Systeme und Kulturen in den einzelnen europäischen Armeen im Fokus haben. Hierbei ginge es auch darum, zu identifizieren, wie und welche gemeinsamen ethischen und politischen Werte in den einzelnen nationalen Kulturen vorhanden sind und wie diese miteinander im militärischen Alltag in Verbindung gebracht werden könnten.

Hier könnte die Bundeswehr diverse Möglichkeiten – insbesondere auch des Zentrums für Innere Führung – anbieten, um gemeinsam mit anderen europäischen Partnern an der Frage der Europäisierung der Inneren Führung weiterzuarbeiten.

1 https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/reflection-paper-defence_de.pdf (Stand: 13.11.2018).
2 Siehe https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/03/06/defence-cooperation-council-adopts-an-implementation-roadmap-for-the-permanent-structured-cooperation-pesco/ (Stand: 13.11.2018).

Der Autor

Klaus Beck, Jahrgang 1952, ist Diplom-Pädagoge und wohnt in Ludwigshafen/Rhein. Von 1971 bis 1973 leistete er seinen Wehrdienst und war anschließend Hauptmann d. R. Bis Mitte 2018 arbeitete er als Gewerkschaftssekretär beim DGB; jetzt ist er dort ehrenamtlich tätig. Beck gehört dem Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Bundesministerium für Verteidigung an; seine Schwerpunkte dort sind die Europäisierung der Inneren Führung, das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sowie Probleme einsatzgeschädigter Soldatinnen und Soldaten.

EUROKORPS: FÜR EUROPÄISCHE UNION UND NATO IM EINSATZ

Militärische Kooperation in Europa ist keineswegs neu. Auch die Integration von Personal aus verschiedenen EU-Ländern in militärische Einheiten ist bereits gelebte Realität. Ein Beispiel hierfür ist das Eurokorps in Straßburg: Fünf Rahmennationen entsenden Soldatinnen und Soldaten in den multinationalen Stab, der bei Bedarf bis zu 60.000 Mann in EU- oder NATO-Einsätzen führen kann. Ein Einblick in den Alltag der Angehörigen des Eurokorps könnte also ein Ausblick in die Zukunft der Armee der Europäer sein. Deshalb hat Ethik und Militär beim Eurokorps nachgefragt. Fünf Soldaten verschiedener europäischer Nationen schildern ihre Motive, kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede und geben persönliche Einschätzungen zu militärischer Integration.

OR-9 Eric D. , Belgien

Wann sind Sie in die Armee eingetreten und aus welchem Grund?

Am 3. November 1988 trat ich als Freiwilliger der belgischen Armee bei. Damals war ich 18 Jahre alt, und nach dem Gymnasium konnte ich mich nicht entscheiden, was ich studieren sollte. Dreißig Jahre später arbeite ich immer noch als Unteroffizier für die belgischen Streitkräfte, genauer gesagt beim Eurokorps, einem multinationalen Korps, das sowohl für die Europäische Union als auch für die NATO verfügbar ist.

Welche Erfahrung in Ihrer militärischen Laufbahn hat Sie am meisten beeinflusst?

Als Angehöriger des Sanitätsdienstes und als Combat Medic qualifiziert, hatte ich die Möglichkeit, an dreizehn Auslandseinsätzen teilzunehmen. Ich hatte zwei Touren in Afghanistan, wo ich als medizinischer Verbindungsoffizier zwischen dem deutschen Feldlazarett und dem belgischen PRT/OMLT tätig war. Die tägliche Arbeit in der Notaufnahme, die Möglichkeit, von anderen Nationen zu lernen und an der ersten wichtigen medizinischen Behandlung für alliierte Verwundete mitzuwirken, beeinflussten mein militärisches und privates Leben erheblich.

Sie dienen gerade in einem multinationalen Stab. Würde Sie behaupten, dass es ein gemeinsames Mindset unter den Soldaten verschiedener Nationen gibt? Und falls ja, beruht dieses auf einer gemeinsamen militärischen Führungskultur oder auf europäischen Werten?

Bisher machen meine Erfahrungen in einem multinationalen Stab nur fünf Jahre meiner Dienstzeit aus. Trotzdem habe ich viele Male mit anderen Nationen oder in anderen nationalen kleinen Organisationen zusammengearbeitet. Der große Vorteil in der militärischen Gemeinschaft sind gut strukturierte Führungsprinzipien, die es ermöglichen, im internationalen Umfeld, wie etwa in der NATO, effektiv zu sein.

Zu jeder Zeit müssen die individuellen Werte und kulturellen Hintergründe respektiert werden, um in einem internationalen militärischen Umfeld erfolgreich zu sein. Dies gilt insbesondere im Eurokorps, einem der mit Abstand engagiertesten und erfahrensten Korps in Europa.

Welche regionalen Besonderheiten stellen Herausforderungen im täglichen Dienst dar, und welche haben Sie in Ihrem Beruf bereichert?

Innerhalb des Eurokorps-Hauptquartiers, das aus fünf Rahmennationen gebildet wird, ist es relativ einfach, sich an die Gewohnheiten der anderen anzupassen. Es bietet die Möglichkeit, voneinander zu lernen.

Ein multinationaler Stab scheint ja das eine zu sein, aber die Integration von Kampfeinheiten verschiedener Nationen erscheint etwas komplexer. Bis auf welche Ebene, denken Sie, ist die militärische Integration in Europa sinnvoll?

Derzeit sind dem Eurokorps-Hauptquartier keine Einheiten unterstellt. Infolgedessen basiert meine Antwort nicht auf früheren Erfahrungen. Ich kann aber sagen, dass es eine Herausforderung ist, an komplexen Themen zu arbeiten. Aber es gibt keine Probleme: Über die Herausforderungen wird die militärische Integration erreicht. Es ist nur eine Frage der Zeit.

Wann sind Sie in die Armee eingetreten und aus welchem Grund?

Ich bin 1999 der spanischen Armee beigetreten und habe den Beruf bewusst gewählt. Als Teenager wollte ich meinem Land immer als Mitglied seiner Streitkräfte dienen. Für mich war es der richtige Weg, die Bereitschaft, meinem Land zu dienen, und eine anspruchsvolle Karriere zu vereinen.

Welche Erfahrung in Ihrer militärischen Laufbahn hat Sie am meisten beeinflusst?

Spanische Kadetten verbringen fünf Jahre in ihren jeweiligen Militärakademien – Heer, Marine oder Luftwaffe –, um als aktive Offiziere zugelassen zu werden. Zweifellos hat die Zeit, die ich in der spanischen Generalakademie des Heeres („General" im Sinne von „allgemein", also „aller Truppen"/ verbundener Waffen) verbracht habe, den stärksten Einfluss auf mich ausgeübt, da dort die Grundlagen für meine Professionalität und Persönlichkeit gelegt wurden. Nach meiner Beförderung zum Leutnant wurde ich Heeresflieger. Hubschrauber selbst zu fliegen sowie Operationsplanung für Drehflügler waren die aufregendsten Erfahrungen in meinem Leben. Andere Erfahrungen in Führungsverwendungen – Zug, Kompanie und Bataillon – hatten ebenfalls einen großen Einfluss auf meine persönliche und berufliche Reife. Darüber hinaus muss ich meine Erfahrung in echten operativen Einsätzen in Bosnien, Afghanistan und der Zentralafrikanischen Republik erwähnen. Diese waren die intensivsten und schockierendsten Einflüsse, die ich je erlebt habe. Schließlich sind Führung und Kameradschaft ein täglicher inspirierender Einfluss.

Sie dienen gerade in einem multinationalen Stab. Würde Sie behaupten, dass es ein gemeinsames Mindset unter den Soldaten verschiedener Nationen gibt? Und falls ja, beruht dieses auf einer gemeinsamen militärischen Führungskultur oder auf europäischen Werten?

Die Antwort auf die erste Frage lautet Ja. Meiner Meinung nach haben Militärs auf der ganzen Welt eine gemeinsame Denkweise, unabhängig von ihrem kulturellen, politischen oder geografischen Hintergrund.

Im Falle des Eurokorps denke ich, dass diese gemeinsame Denkweise wahrscheinlich von beiden in der Frage genannten Faktoren herrührt. Eine gemeinsame militärische Befehlskultur, einschließlich einheitlicher Arbeitsorganisation und Verfahren, ist eindeutig erkennbar. Die europäischen Werte – ein gemeinsamer ethischer Ansatz für unseren Beruf und unseren Auftrag – stützen jedoch auch unsere tägliche Arbeit, unsere Mittel und unsere Zwecke.

Dies ist wohl das Beste an der Arbeit im Eurokorps. Ein multinationales Umfeld ermöglicht den Austausch von Erfahrungen und Gedanken und erlaubt es, voneinander zu lernen und Wissen weiterzugeben.

Welche regionalen Besonderheiten stellen Herausforderungen im täglichen Dienst dar, und welche haben Sie in Ihrem Beruf bereichert?

Im Jahr 2018 bildet Europa einen gemeinsamen Raum, in dem sich regionale Gewohnheiten überschneiden und auf natürliche Weise im Alltag integriert werden. Die Zusammenarbeit, die persönlichen Beziehungen und der gemeinsame Auftrag, werden dadurch nicht wirklich vor Herausforderungen gestellt, abgesehen von geringfügig notwendigen Anpassungen in einigen Details.

Nationale und regionale Besonderheiten bieten jedoch die Chance, das kulturelle Verständnis nicht nur intern zu verbessern, sondern auch, um politische, soziale und geopolitische Kontexte besser zu verstehen. Die Geografie bietet zum Beispiel Menschen sehr unterschiedliche Sichtweisen und Herangehensweisen an ein bestimmtes Problem in ganz Europa.

Multinationale Lösungsansätze unterschiedlicher Probleme sind die zusätzlichen Vorteile der Zusammenarbeit im Eurokorps. ▶

OF-3 Jorge A., Spanien

Ein multinationaler Stab scheint ja das eine zu sein, aber die Integration von Kampfeinheiten verschiedener Nationen erscheint etwas komplexer. Bis auf welche Ebene, denken Sie, ist die militärische Integration in Europa sinnvoll?

Zunächst ist die militärische Integration in Europa eine politische Frage und keine militärische Herausforderung. Daher sollte der Nutzen militärisch integrierter Streitkräfte vorrangig im Hinblick auf den politischen Nutzen und nicht auf die reine militärische Effektivität bewertet werden.

Die Integration ausländischer Militäreinheiten ist in der Tat ein komplexes Problem, aber wir haben dies schon früher in der Geschichte geschafft – in Europa zum Beispiel seit dem antiken Griechenland –, und wir tun es täglich: in NATO, EU oder koalitionsgeführten Operationen. Darüber hinaus sind multinationale Einheiten in Friedenszeiten heutzutage in Europa bereits einsatzfähig, wie etwa die Deutsch-Französische Brigade. Man sieht, dass die Integration militärischer Einheiten aus technischer Sicht keine Unmöglichkeit darstellt.

Damit die militärische Integration von Nutzen sein kann, müssen jedoch Synergieeffekte genutzt, die Versorgung und Ausbildung vereinheitlicht und hinreichend finanziert werden, und es müssen Fragen der Führung und Kontrolle berücksichtigt werden, um die militärische Wirksamkeit sicherzustellen.

Wann sind Sie in die Armee eingetreten und aus welchem Grund?

Ich trat 1985 den französischen Streitkräften in der Militärakademie von Saint-Cyr bei. Ich war schon lange an einer militärischen Karriere interessiert und hatte den Wunsch, Offizier zu werden, an der Schnittstelle zwischen Nachdenken und Handeln zu sein, Verantwortung zu übernehmen und meinem Land zu dienen. Ich war und bin immer noch fasziniert von Geschichte und internationalen Beziehungen. Als Offizier hatte ich das Gefühl, ich könnte das im wirklichen Leben sehen.

Welche Erfahrung in Ihrer militärischen Laufbahn hat Sie am meisten beeinflusst?

Ich betrachte meinen Einsatz in einer OSZE-Mission in Georgien vor einigen Jahren als die interessanteste und faszinierendste Erfahrung. Dort konnte ich Zeuge historischer Ereignisse sein und in Zusammenarbeit mit anderen Nationen agieren, um Stabilität zu befördern.

Sie dienen gerade in einem multinationalen Stab. Würden Sie behaupten, dass es ein gemeinsames Mindset unter den Soldaten verschiedener Nationen gibt? Und falls ja, beruht dieses auf einer gemeinsamen militärischen Führungskultur oder auf europäischen Werten?

Insgesamt gibt es eine gemeinsame Denkweise unter den Kollegen im Eurokorps, die verschiedenen Nationen angehören, als überzeugte Europäer einander jedoch kulturell sehr nahe sind. Wir können sagen, dass wir dieselben Grundwerte teilen, aber als Offiziere sind wir uns auch unserer unterschiedlichen Traditionen und Geschichte bewusst. Dies macht die Dinge umso interessanter und herausfordernder.

Welche regionalen Besonderheiten stellen Herausforderungen im täglichen Dienst dar, und welche haben Sie in Ihrem Beruf bereichert?

In einem multinationalen Umfeld zu dienen ist eine fruchtbare Erfahrung. Jede Nation hat in der Tat ihre militärischen Gewohnheiten und ihren Stil, und nationale Vorschriften wie Verwaltungsverfahren, Urlaubspolitik, Entschädigung nach Übungen und dergleichen spielen auch eine gewisse Rolle im täglichen Geschäft. Nichtdestotrotz – mit intelligenten und aufgeschlossenen Menschen, die eine ähnliche militärische Ausbildung und Erfahrung teilen und in einigen Fällen sogar gemeinsam an Operationen beteiligt waren, gibt es überhaupt keine Probleme. Insgesamt versucht jeder Mitarbeiter, welcher Nation er auch angehört, im Interesse des gesamten Teams sein Bestes zu geben.

Ein multinationaler Stab scheint ja das eine zu sein, aber die Integration von Kampfeinheiten verschiedener Nationen erscheint etwas komplexer. Bis auf welche Ebene, denken Sie, ist die militärische Integration in Europa sinnvoll?

Militärische Integration auf Stabsebene ist tägliche Realität: Offiziere aus verschiedenen Nationen sind es schon gewohnt, miteinander zusammenzuarbeiten. In einigen Fällen haben sie an denselben Akademien – etwa an der École de Guerre oder der Führungsakademie – eine Ausbildung absolviert und waren in denselben Einsätzen tätig. Diese Integration ist auf der Ebene der Kampfeinheiten nicht so einfach erreichbar, wo nationale Normen, Vorschriften, Personal, Ausrüstung und so weiter vorherrschen. Eine Armee bleibt eine grundlegende staatliche Institution auf nationaler Ebene, auch wenn Anstrengungen unternommen werden, um die Integration zwischen nahen europäischen Nationen in einer „Koalition der Willigen“ zu fördern. Die militärische Integration in Europa bleibt auf mittlere Sicht ein andauernder Prozess.

OF-4 Edward T., Frankreich

OF-4 Burkhard W., Deutschland

Wann sind Sie in die Armee eingetreten und aus welchem Grund?

Ich wurde als Grundwehrdienstleistender im Oktober 1994 eingezogen. Mein Entschluss, Zeitsoldat zu werden und die Ausbildung als Offizier anzustreben, stand allerdings schon vorher fest. Mein Vater war ebenfalls Berufsoffizier, und so hatte ich bereits als Kind Einblicke in den soldatischen Alltag. Der Kalte Krieg und die jahrelange latente Bedrohung durch den Warschauer Pakt war zum Zeitpunkt meiner Entschiedung nicht mehr existent, dass sich Geschichte aber weiterentwickelt und nichts einen Ewigkeitsanspruch hat, war mir schon damals bewusst. Ein singuläres prägendes Erlebnis war aber der Ausbruch des Bürgerkrieges auf dem Balkan. Ich wollte nicht glauben, dass ein derartiger Konflikt auf europäischem Boden noch möglich war. Ich sah den länger angelegten Dienst in den Streitkräften als Zeit- und später als Berufssoldat als sinnvollen Dienst an, aktiv den Folgen eines solchen Konfliktes im Rahmen der friedensunterstützenden Einsätze zu begegnen oder auch durch eine Wehrhaftigkeit präventiv zu wirken.

Welche Erfahrung in Ihrer militärischen Laufbahn hat Sie am meisten beeinflusst?

Ein Erlebnis zu finden fällt mir relativ schwer. Ich möchte daher die Aspekte persönliche und professionelle Betroffenheit unterscheiden:

Während eines meiner Auslandseinsätze in Afghanistan tötete sich einer meiner Soldaten selbst. Ein Kamerad, von dem ich glaubte, dass ich einen guten Kontakt zu ihm gehabt hätte. Sein plötzlicher Tod und dessen Folgen, Überführung nach Deutschland, Übergabe an die Familie und Beisetzung am 23.12., einen Tag vor Weihnachten, waren für mich als junger Batteriechef ein prägendes Erlebnis, das mich immer wieder daran erinnert, dass man dem Soldaten immer nur ins Gesicht, aber nie in die Gedanken oder das Herz schauen kann.

Sie dienen gerade in einem multinationalen Stab. Würde Sie behaupten, dass es ein gemeinsames Mindset unter den Soldaten verschiedener Nationen gibt? Und falls ja, beruht dieses auf einer gemeinsamen militärischen Führungskultur oder auf europäischen Werten?

Soldaten in Demokratien vertreten meines Erachtens immer eine ähnliche militärische Grundeinstellung, ein ähnliches Mindset. Konservativ geprägt und somit den eher traditionellen Werten wie Kameradschaft, Treue, Pflichterfüllung und Dienst an der Gemeinschaft positiv gegenüber eingestellt. Man ist einer Idee, zum Beispiel der Verfassung und den darin enthaltenen Grundwerten, und nicht einer Führungspersönlichkeit verpflichtet. Das Bewusstsein, dass die eigene Freiheit, die eigene Art zu leben keine Selbstverständlichkeiten, sondern Errungenschaften sind, die aktiv erhalten und konsequent geschützt werden müssen. Dies gilt für meine Erfahrungen, die ich mit europäischen, aber auch transatlantischen Soldaten gemacht habe. Eine Besonderheit von europäischen Soldaten mag eher in der gemeinsam durchlebten, äußerst wechselvollen Geschichte liegen, die gerade in Zentraleuropa Auswirkungen auf das multinationale Miteinander hat. Das Bewusstsein des Wertes des freiheitlichen und friedlichen Zusammenarbeitens ist spür- und erlebbar.

Das Begehen von gemeinsamen Feier- und Gedenktagen mag hier als Beispiel dienen – zum Beispiel zum Ende des Ersten oder Zweiten Weltkrieges. Gedenktage, die Epochen markieren, in denen zum Teil die eigenen Großväter sich noch feindlich auf dem Gefechtsfeld gegenüberstanden.

Welche regionalen Besonderheiten stellen Herausforderungen im täglichen Dienst dar, und welche haben Sie in Ihrem Beruf bereichert?

Ein schlichtes, aber täglich erlebbares Beispiel für eine Herausforderung ist der unterschiedliche Umgang zwischen den Soldaten über Dienstgradgruppen hinweg. In manchen Armeen ist die Trennung der Dienstgradgruppen noch stringenter und viel deutlicher spürbar, als es in der Bundeswehr der Fall ist. Die Frage, wie mit einem Soldaten umgegangen wird, ist in der Bundeswehr eher von dessen Aufgabe und Verantwortungsbereich abhängig als vom tatsächlichen Dienstgrad. So kann sich ein deutscher Mannschaftsdienstgrad auch Gehör in einer Runde von Dienstgradhöheren verschaffen, wenn dieser in einem bestimmten

Umfeld mehr Detailwissen und tiefere Kenntnisse hat. Ein solcher Umgang schließt sich aufgrund der Dienstgradbarrieren in manchen Nationen von vornherein aus.

Gerade bei der Zusammenarbeit mit Offizieren und Unteroffizieren aus Staaten mit relativ kleinen Armeen beeindruckt mich aber deren internationale Erfahrung und große Professionalität besonders. Luxemburg, das nur mit zwei Dienstposten im Eurokorps vertreten ist, und Belgien sind hier für mich herausragende Beispiele. Sei es die beeindruckende sprachliche Kompetenz oder auch die Fähigkeit, sich effektiv in ein multinationals Umfeld einzugliedern, ohne die eigene Identität aufzugeben.

Ein multinationaler Stab scheint ja das eine zu sein, aber die Integration von Kampfeinheiten verschiedener Nationen erscheint etwas komplexer. Bis auf welche Ebene, denken Sie, ist die militärische Integration in Europa sinnvoll?

Eine sinnvolle und tief greifende Integration von Einsatzkräften im klassischen Sinne – also etwa im Rahmen von Artikel 5, große Gefechtslagen – kann ich mir nur bis maximal der Divisionsebene vorstellen und dort auch bereits eingeschränkt. In der taktischen Ebene im Einsatz muss zu schnell, zu agil entschieden und gehandelt werden, als dass man sich Verunsicherung oder Missverständnisse in der Befehlsgebung und Führung erlauben könnte. Die Ausdifferenzierung von verschiedenen Denkschulen innerhalb der Offizierausbildung, politische Auflagen zum Einsatz von Streitkräften, aber auch die immer größer werdende Komplexität von Kommunikations- und Führungsmitteln – Bereiche, auf die sich unmittelbar oft der nationale Vorbehalt im Rahmen von Entwicklung und Beschaffung widerspiegelt – sind Hemmnisse für eine schlagkräftige und agile Truppe. Die Hauptträger des Gefechtes sollten meines Erachtens immer eindeutig national geführt und geprägt sein. Dies schließt nicht die Integration einzelner multinationaler Dienstposten aus.

OR-9 Frank S., Luxemburg

Wann sind Sie in die Armee eingetreten und aus welchem Grund?
Im Oktober 1982, um meinem Vaterland zu dienen.

Welche Erfahrung in Ihrer militärischen Laufbahn hat Sie am meisten beeinflusst?
Unterschiedliche Erfahrungen wie: 1. Soldaten ausbilden, um ihnen Werte, Disziplin und alles andere zu geben, was sie in der Armee für ihren Lebensweg lernen. 2. Verschiedene Auslandseinsätze. 3. Die Möglichkeit, dem Großherzog und seiner Familie zu dienen. Und 4. mit meiner Aufgabe beim Eurokorps anzufangen.

Sie dienen gerade in einem multinationalen Stab. Würde Sie behaupten, dass es ein gemeinsames Mindset unter den Soldaten verschiedener Nationen gibt? Und falls ja, beruht dieses auf einer gemeinsamen militärischen Führungskultur oder auf europäischen Werten?
Militärisches Denken ist ein sorgfältiges Denken, so wie auch der Sprachstil des Militärs. Manchmal können Missverständnisse auftreten, die sich jedoch durch Erfahrung und Reife lösen lassen.

Welche regionalen Besonderheiten stellen Herausforderungen im täglichen Dienst dar, und welche haben Sie in Ihrem Beruf bereichert?
Die wichtigste Bereicherung ist die Arbeit in einem internationalen militärischen Umfeld, in dem es möglich ist, ständig neue Leute kennenzulernen.

Ein multinationaler Stab scheint ja das eine zu sein, aber die Integration von Kampfeinheiten verschiedener Nationen erscheint etwas komplexer. Bis auf welche Ebene, denken Sie, ist die militärische Integration in Europa sinnvoll?
Vor 36 Jahren hätte ich mir nie vorstellen können, mit Militärs aus dem Ostblock zusammenzuarbeiten. Das Denken des Kalten Krieges war in unseren Köpfen, und es war unmöglich, anders zu denken. In den Neunzigerjahren hat sich alles verändert, Europa hat sich zu etwas anderem entwickelt. Die EU hat etwas erreicht, was auch das Militär zu anderem Denken und Handeln veranlasst hat. Der Unterschied ist heute in Bezug auf die internationale Sicherheit für jeden spürbar. Aufgrund der aktuellen Unsicherheit in der ganzen Welt allein aufgrund des Terrorismus ist es wichtig, gemeinsam aufzustehen. Daher ist die militärische Integration in Europa sinnvoll.

CARD – Coordinated Annual Review on Defence
Freiwilliger Prozess zur Synchronisierung der Verteidigungsanstrengungen einzelner Mitgliedsstaaten der EU im Rahmen der EUMS zum Zweck transparenter Fähigkeitsplanung.
Voluntary process to synchronize the defense efforts of individual EU Member States within the EUMS for the purpose of transparent capability planning.

EDA – Europäische Verteidigungsagentur / European Defence Agency
Agentur beim Rat der EU. Gegründet im Jahr 2004, um den EU-Rat sowie die einzelnen Mitgliedsstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu unterstützen.
Agency to the Council of the EU. Founded in 2004 to assist the EU Council and individual Member States in the development and implementation of the European Security and Defence Policy.

EDF – Europäischer Verteidigungsfonds / European Defence Fund
Europäischer Fonds zur Unterstützung und Verbesserung nationaler Verteidigungsforschung und -entwicklung.
European Funds to support and enhance national defense research and development.

EDIDP – Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich / European Defence Industrial Development Programme
Programm zur Steigerung der globalen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung.
Program to enhance the global competitiveness and innovation of the technological and industrial base of European defense.

ESVP – Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik / ESDP – European Security and Defence Policy
Im Vertrag von Nizza 2001 erstmals festgehalten, schließlich durch den Vertrag von Lissabon 2009 in GSVP umbenannt.
First recorded in the Treaty of Nice in 2001, finally renamed the CSDP in 2009 by the Treaty of Lisbon.

EUFOR CROC – EUFOR Crisis Response Operation Core / Kriseninterventionsinitiative
Leuchtturmprojekt der ersten PESCO-Projekte. Soll nicht zur Bereitstellung von stehenden Truppen, sondern von Kernelementen für etwaige Interventionstruppen führen, welche die Krisenreaktionsfähigkeiten der EU verbessern und beschleunigen.
Flagship project of the first PESCO projects. It should not lead to the provision of standing troops, but rather to core elements for intervention forces that improve and accelerate the EU's crisis response capabilities.

EUGS – Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union / Global strategy for the foreign and security policy of the European Union
2016 in Kraft getretene sicherheitspolitische Strategie der EU.
EU Security Policy, that came into force in 2016.

EUV – Vertrag über die Europäische Union / TEU – Treaty on European Union
Grundlagenvertrag zum politischen System der EU (gemeinsam mit dem AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der EU). Ursprünglich als Vertrag von Maastricht (1992) bekannt, mittlerweile mehrfach geändert (Amsterdam 1997, Nizza 2001 und Lissabon 2007).
Basic agreement on the EU political system (together with the TFEU Treaty on the Functioning of the EU). Originally known as the Treaty of Maastricht (1992), it has since been amended several times (Amsterdam 1997, Nice 2001 and Lisbon 2007).

GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU / CFSP – Common Foreign and Security Policy
Eingerichtet durch den Vertrag von Maastricht. Ein wesentlicher Politikbereich der EU, in welchem die Mitgliedsstaaten in Sachen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wie auch in der Entwicklungs- und Handelspolitik zusammenarbeiten.
Established by the Maastricht Treaty. A key EU policy area where Member States cooperate on foreign, security and defense policy, as well as development and trade policies.

GSVP – Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU / CSDP – Common Security and Defence Policy
Teil der GASP
Part of CFSP

SSZ – Ständig Strukturierte Zusammenarbeit / PESCO – Permanent Structured Cooperation
Nach EUV Art. 42 (6) im November 2017 gegründete Zusammenarbeit von 25 Mitgliedsstaaten der EU im Bereich der GSVP. Konkret bestehend aus 34 Projekten, von denen 17 im Dezember 2017 und 17 weitere im November 2018 beschlossen wurden.
Cooperation of 25 EU Member States in the field of CSDP, established in accordance with TEU Art. 42 (6) in November 2017. Concretely consisting of 34 projects, of which 17 were decided in December 2017 and 17 more in November 2018.

VORSCHAU / ALLE AUSGABEN

www.ethikundmilitaer.de

Diese und alle anderen Ausgaben von „Ethik und Militär" finden Sie **in Deutsch und Englisch** auf der Homepage des E-Journals.

Die kommende Ausgabe

Nächster Themenschwerpunkt von„Ethik und Militär" **(ab 15.6.2019): Digitalisierung und Autonomisierung in den Streitkräften.**

Bisher erschienene Ausgaben von „Ethik und Militär"

2018/1	Strategic Foresight
2017	Terror
2016	Innere Führung
2015/2	Hybride Kriege
2015/1	Militärmedizinethik
2014/2	Cyberwar
2014/1	Dronen und LAWS

IMPRESSUM

Das E-Journal „Ethik und Militär" mit der ISSN-Nummer 2199-4129 ist ein unentgeltliches, nicht kommerzielles, journalistisch-redaktionell gestaltetes, digitales Angebot des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.
Direktorin des zebis: Dr. Veronika Bock

Hinweis: Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgeberkreises wieder.

Herausgeber
Prof. Dr. Andreas Bock, Dr. Veronika Bock,
Prof. Dr. Thomas Elßner, Dr. Johannes Frühbauer,
Prof. Dr. Fred van Iersel, Prof. Dr. Alexander Merkl

Advisory Board
Lothar Bendel, Dr. Bernhard Koch, Dr. Angela Reinders,
Cornelius Sturm, Kristina Tonn

Redaktion
Jan Peter Gülden
Rüdiger Frank

Verantwortlich gemäß § 55 Abs.2 Rundfunkstaatsvertrag (RStV):
Dr. Veronika Bock, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Kontakt zur Redaktion
Tel.: +49(0)40 - 67 08 59 - 51, Fax 67 08 59 - 3
E-Mail: redaktion@zebis.eu

Diensteanbieter als Rechtsträger des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis
Katholische Soldatenseelsorge (KS)

Rechtsform
Anstalt des öffentlichen Rechts

Aufsicht
Katholischer Militärbischof für die
Deutsche Bundeswehr
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

Vertretungsberechtigter Vorstand der KS
Leitender Militärdekan
Msgr. Wolfgang Schilk
Diplom-Kaufmann Wolfgang Wurmb
Am Weidendamm 2
10117 Berlin

Kontakt zur KS
Telefon: +49(0)30 - 20 617 - 500
Telefax: +49(0)30 - 20 617 - 599
Info@Katholische-Soldatenseelsorge.de

Erscheinungsdatum: 1.12.2018

ethikundmilitaer.de

zebis
Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften
Herrengraben 4
20459 Hamburg

Tel. (040) 67 08 59 - 55
Fax (040) 67 08 59 - 59

info@zebis.eu
www.zebis.eu